Protokoll der 17. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Donnerstag, dem 17. Juni 1996; Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Lichtenberger Congress Center, Normannenstraße 22; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann.

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung

Inhalt

Eröffnung
Rainer Eppelmann 5

Vortrag
Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung
Michael Stognienko 8

Berichte von Aufarbeitungsinitiativen 13
Heinrich-Theissing-Institut/Schwerin (Bernd Schäfer) – Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Magdeburg Moritzplatz (Annegret Stephan) – Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt (Harald Wernowsky) – Initiative Lager Mühlberg e.V. (Günther Rudolph) – Verband ehemaliger Rostocker Studenten (Dr. Hartwig Bernitt) – Bürgerkomitee 15. Januar/Berlin (Hans Schwenke) – Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße/ASTAK (Jörg Drieselmann) – Bürgerkomitee Leipzig/Museum in der „Runden Ecke“ (Konrad Taut) – Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit e.V./UVA Rostock (Reinhardt Thomas) – Jenaer Geschichtswerkstatt e.V. (Renate Ellmenreich)

Diskussion 31

Vortrag
Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses
Curt Stauss 48

Podiumsgespräch 54
Martin Michael Passauer – Jörn Mothes – Rainer Eckert

Diskussion 61

Anhang

Diskussion mit Zuhörern während zweier Sitzungsunterbrechungen 78

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie alle zu der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages. Kurz gesagt: Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“. Die heutige Veranstaltung steht unter dem Titel „Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses und die Situation der Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“. Wir haben für die heutige Veranstaltung Ort und Termin ganz bewußt ausgewählt. An dem Ort, an dem wir uns heute mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigen werden, haben früher die Helfer des Mielke-Imperiums gesessen, die die Öffentlichkeit und das Licht scheuten wie der Teufel das Weihwasser. Heute ist dieser Ort die Tagungsstätte von Mitgliedern demokratischer Parteien, und zu dieser Veranstaltung hat jedermann Zugang.

Der heutige Tag, der 17. Juni, ist mehr als nur ein symbolisches Datum. Vor 43 Jahren sind hier in Berlin und an anderen Orten viele Menschen gegen das SED-Regime aufgestanden und auf die Straße gegangen. Sie kämpften damals für mehr als nur für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie wollten Demokratie statt Parteidiktatur, Freiheit statt Unterdrückung, Einheit statt Trennung und Teilung. Man skandierte den Ruf „Kollegen reiht Euch ein – wir wollen freie Menschen sein“. Dieser Aufstand brach unter den sowjetischen Panzern und den Salven aus den Maschinengewehren der kasernierten Volkspolizei zusammen. Allein bis zum 30. Juni 1953 wurden mehr als 6.000 Menschen festgenommen. Viele von ihnen wurden zu langen Haftstrafen und zu Zwangsarbeit verurteilt. Sie mußten berufliche Nachteile hinnehmen. Sie wurden am beruflichen Fortkommen gehindert. Manche von denen, die damals dabei waren, leben noch unter uns. Einige sind heute hier im Saal.

Im Laufe der nachfolgenden Jahrzehnte hat die zweite Diktatur in Deutschland ihr schlimmes Treiben fortgesetzt und Tausende von Menschen bespitzelt, gegängelt, inhaftiert. Fast alle der knapp 18 Millionen Mitmenschen, die in diesem System leben mußten, haben ihre Erfahrungen in dieser DDR und in dieser Zeit machen müssen. Wir stehen heute vor der Aufgabe, die Folgen der zweiten Diktatur in Deutschland zu überwinden. Gerade dazu ist es notwendig, dieser lange zurückliegenden Ereignisse zu gedenken. Einem Volk, das sich nicht mit seiner Vergangenheit, mit seiner Geschichte befassen will, geht es so wie einem Menschen, der aus seinem eigenen bisherigen Leben keine Lehren ziehen will. Er riskiert, daß er immer wieder dieselben Fehler macht. Aber welcher kluge Mensch, welches kluge Volk verhält sich so oder sollte sich so verhalten und faßt immer wieder an dieselbe heiße Ofentür, an der man sich die Finger schon einmal kräftig verbrannt hat.

Wenn wir unsere Kräfte auf die Gestaltung der Zukunft richten wollen, wenn wir es schaffen wollen, der jüngeren Generation viele bittere Erfahrungen, die ganze Generationen zuvor machen mußten, zu ersparen, dann ist gerade der 17. Juni für alle Deutschen ein Datum von herausragender Bedeutung. Dieser Tag sollte in Zukunft der nationale Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur werden. Wenn wir im Januar der Opfer der nationalsozialistischen Judenvernichtung gedenken, um aus solchem Gedenken zu lernen, so sollten wir wieder am 17. Juni der Opfer der SED-Diktatur eingedenk sein. Wir müssen die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland transparent machen und das Erinnern und Gedenken an das Leid, das den Generationen auch in den früheren Jahren der DDR zugefügt wurde, wachhalten. Im wiedervereinigten Deutschland wollen wir und dürfen wir das nicht vergessen. Ein Denkmal könnte uns dabei helfen und ich zitiere den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft 13. August, Dr. Rainer Hildebrandt: „Das Mahnmal muß dort errichtet werden, wo der Aufstand seinen politischen Brennpunkt fand." Vor dem ehemaligen Haus der Ministerien, dem heutigen Rowedder-Haus, Leipziger- Ecke Wilhelmstraße.

Mein Appell von dieser Stelle an die Senatsverwaltung: Wir alle müssen nach Wegen suchen, die uns helfen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden. Wir müssen einer DDR-Nostalgie, die von interessierter Seite zielbewußt gefördert wird, entgegentreten, denn sie vernebelt den klaren Blick für die Unmenschlichkeit, die die Geschichte der SED-Diktatur begleitet. Wir wollen den Prozeß der Aufarbeitung dieser Vergangenheit als eine Aufgabe verstehen, die von der gesamten Gesellschaft mitgetragen werden muß. Zu dieser Aufgabe gehören ganz verschiedene Aspekte: Die wissenschaftliche Durchdringung der Vorgänge in der Vergangenheit, das Verhindern einer Legendenbildung, das Bemühen um Begegnung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, zwischen Jungen und Alten und zwischen verschiedenen Biographien und Lebenserfahrungen, das Wecken von gegenseitigem Verständnis, das Darstellen der Situation der Opfer und das Erhalten von Erinnerungen. Darum ist es auch ein wichtiger Schritt, wenn heute mittag in dieser Stadt eine Initiative ins Leben gerufen wird, mit der Politiker verschiedener demokratischer Parteien, der Bundeskanzler, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland und viele Bürgerrechtler gemeinsam versuchen wollen, ein Stück zu dieser Aufgabe beizutragen, nämlich Verständnis für die Situation der Opfer bei jüngeren Generationen zu wecken, das Gedenken wachzuhalten und ganz konkrete Möglichkeiten für Hilfe anzubieten. Es wäre nur konsequent und richtig, wenn eine solche Initiative auch die Chance bekäme, mit dem verbliebenen Geld der SED-Diktatur etwas Sinnvolles anzufangen. Das kann aber nur ein Schritt von vielen Schritten sein, die noch vor uns liegen.

Heute sind sehr viele von denjenigen zu uns gekommen, die sich ehrenamtlich – in ihrer Freizeit – mit der Aufarbeitung der Vergangenheit und damit der Gestaltung unserer Zukunft beschäftigen. Sie opfern ihre Zeit, investieren eigene Mittel und Phantasie; sie schenken uns allen ein Stück ihrer Lebenserfahrung. Dafür möchte ich Ihnen in unser aller Namen ganz herzlich danken. Ich denke,

daß gerade Ihr vielfältiges Engagement ein sehr wichtiger Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Enquete-Kommission, der Deutsche Bundestag, die Politik in Deutschland kann die Folgen der SED-Diktatur nicht alleine überwinden. Wir alle sind auf Ihre Mithilfe angewiesen. Deshalb interessieren wir uns heute für Ihre Situation besonders. Deswegen wollen wir heute gemeinsam überlegen, welche Herausforderungen sich bei unseren gemeinsamen Aufgaben in den nächsten Jahren stellen. Wir wollen erfahren, wie wir es schaffen können, das Gedenken an die Opfer, die Weitergabe von Erfahrung und die Begegnung verschiedener Generationen mit unterschiedlichen Lebenshintergründen zu fördern.

Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, dem Deutschen Bundestag Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Dazu gehört es, über die Sicherung der Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen in der Zukunft nachzudenken. Die Kommission wird sich im Laufe ihrer zukünftigen Arbeit auch Gedanken darüber machen, ob eine Institution geschaffen werden soll, die all diesen Gruppen bei ihrer Arbeit behilflich ist. Gerade solche Überlegungen bedürfen einer sehr genauen Vorbereitung, denn wir müssen die Situation der Aufarbeitungsgruppen und aller anderen Institutionen, die daran mitarbeiten, kennen. Deshalb haben wir schon im vergangenen Jahr begonnen, mit einer Fragebogenaktion alle wichtigen Daten zu sammeln. Wir haben heute einige von den vielen Gruppen, die beim Aufarbeitungsprozeß mithelfen, gebeten, uns ihre Anregungen zu geben. Alle anderen, die heute nicht mündlich befragt werden können, sind bereits im Fragebogen zu Wort gekommen. Sollte es einzelne unter Ihnen geben, die die Möglichkeit noch nicht hatten, dann möchten Sie uns bitte ansprechen, damit Sie dies nachträglich noch tun können. Wir wollen heute Vormittag mit unseren Gästen vor allem in ein Gespräch eintreten, in das hoffentlich vielfältige Gedanken einfließen können. Ganz bewußt haben wir den „Markt der Möglichkeiten“ im Foyer plaziert, auf dem ein bunter Ausschnitt aus der Vielfalt der Chancen der Aufarbeitung zu sehen ist. Ich möchte im Namen der Mitglieder der Enquete-Kommission allen, die dort Stände aufgebaut haben und die aus dem ganzen Land angereist sind, herzlich danken.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß Ihre Beteiligung für uns alle hilfreich sein wird. Wir haben heute die Möglichkeit, uns gegenseitig besser kennenzulernen und verstehen zu lernen. Es liegt an uns, wie wir den Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur gestalten wollen. Ich freue mich, daß wir mit unseren Gästen Wegbegleiter haben, die uns ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen möchten. Wir wollen heute von und mit Ihnen lernen. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen erfolgreichen Tag, der uns auf dem gemeinsamen wichtigen Weg hoffentlich ein Stück voranbringt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung – dazu gibt es sicher sehr, sehr unterschiedliche Meinungen, Einsichten und Ansichten. Sie hören jetzt die von Michael Stognienko aus Berlin.

Michael Stognienko: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gebeten worden, in die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung einzuführen. In einem Text des Lyrikers Johannes Bobrowski aus Tilsit kommt ein Historiker vor, der auf die Straße rennt, weil ein Windstoß seine Zettel vom Balkon geweht hat. Sie fliegen davon und er rennt hinterher. Vielleicht ist die ganze litauische Geschichte in Gefahr, heißt es ironisch, wenn er seine Papiere nicht wiederfindet. So beginnt eine Rezension über die Materialien der letzten Enquete-Kommission. Die hatte den Titel „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Heute wollen wir mit dieser Kommission die Folgen der SED-Diktatur überwinden. Warum dieses Zitat? Zum einen ist es eine Verbindung zur 14. Sitzung der Enquete-Kommission in Leipzig am 30. September 1992, in der die Initiativen und Gruppen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte schon einmal befragt wurden. Zum anderen möchte ich Sie in dieses Bild Bobrowskis einladen. Tauschen wir einen Historiker gegen eine dieser Initiativen aus, sonst kann alles so bleiben. Sie sitzen auf einem Balkon, ihre Arbeit ist öffentlich und jederzeit einsehbar. Auch der Windstoß paßt. Jeder Wetterumschlag, jede Schwierigkeit – finanziell oder personell – gefährdet die Arbeit, bedroht das Erreichte. Auf die Frage, ob das eventuelle Zugrundegehen der Initiativen die deutsche Geschichte oder etwa die Tätigkeit der Initiativen selbst die Geschichtsschreibung gefährdet, wird, denke ich, der heutige Tag Antwort geben. Eine Voraussetzung für meinen Beitrag zur Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Befragung der Initiativen durch die Enquete-Kommission. Ein Fragebogen mit 25 Fragen wurde den Gruppen vorgelegt: Zum Gegenstand ihrer Arbeit, zu ihrem Wirkungskreis, ihrer finanziellen Absicherung, der personellen Situation, ihrer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und öffentlichen Stellen. Anführen sollten sie die absehbaren Gefährdungen ihrer Arbeit. Um Stellungnahme wurden sie ebenfalls gebeten zu der Frage nach Schaffung einer Einrichtung zur Unterstützung der Aufarbeitungsgruppen sowie der Beratung von Opfern – der Einfachheit halber heute und hier kurz als Stiftung bezeichnet.

Antworten kamen von 67 Initiativen. Außer zur Vorbereitung dieser Anhörung dienen die Fragebogen der Vorbereitung eines Handbuchs. Um hier möglichst Vollständigkeit zu erreichen, sind weitere Recherchen notwendig. Meine Beschreibung der Situation der Aufarbeitungsinitiativen habe ich unterteilt in Arbeitsfelder der Initiativen und Arbeitsbedingungen. Zwei Antworten der Initiativen möchte ich besonders hervorheben: Die absehbaren Probleme in ihrer zukünftigen Arbeit und die Frage nach der Einrichtung einer Stiftung.

Den Punkt Arbeitsfelder beginne ich mit einer kurzen Beschreibung des Wirkungskreises der Initiativen. In 67 Antworten wählten sie unter den vier Möglichkeiten lokal/örtlich, regional, landesweit und bundesweit fünfmal den re-

gionalen, elfmal den landesweiten und dreiundvierzigmal den bundesweiten Wirkungskreis. Sehr oft waren mehrere oder alle vier Möglichkeiten angekreuzt. Meine Erklärung dazu ist folgende: Die meisten der Initiativen beschäftigen sich mit der Geschichte eines Ortes oder haben in einem solchen ihren Arbeitsmittelpunkt. Sie wirken aber durch die Besucher und Nutzer der Einrichtungen mit Vorträgen und Ausstellungen über den Ort hinaus. Strukturell oder auch nur ideell eng mit anderen Initiativen verbunden, vergrößert sich ihre Wirkung. Nicht um bloßzustellen möchte ich zitieren. Eine Initiative merkt folgendes an: „Wir haben Besucher von allen Kontinenten." Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie diese Wirkung ernst!

Die Arbeitsfelder der Initiativen lassen sich wie folgt kurz skizzieren: Der Unterhalt von Gedenk- und Dokumentationsstätten, die Beratung von Opfern, der Betrieb von Archiven, die politische Bildungsarbeit und eigene Forschungs- und Publikationstätigkeit. Meist überschneiden sich die Arbeitsfelder in einer Initiative. Bewußterhaltung der Ereignisse, Erinnerung an die Opfer, Begreifen der totalitären Strukturen, so lassen sich die Ziele der Arbeit beschreiben. Die Erinnerung an Orte wie Bautzen, Hohenschönhausen, Buchenwald kann nur vor Ort geschehen. In ehemaligen Speziallagern, Haftanstalten, an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, an den ehemaligen Orten der Macht entstanden Gedenk- und Dokumentationszentren. Opferberatung ist ein weiteres Arbeitsfeld der Initiativen. Sie sind Ansprechpartner für die Opfer. Sie helfen ihnen bei Anträgen zur Rehabilitierung, bei der Durchsetzung von Renten- und Vermögensansprüchen. Gleichzeitig vertreten sie die Interessen der Opfer in der Öffentlichkeit wie bei der Erarbeitung und Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze. An dieser Stelle möchte ich auf einen Widerspruch hinweisen, der zwischen der erklärten Solidarität der Politik und dem besteht, was für die einzelne, für den einzelnen an Unrechtsbereinigung herauskommt. Solch einen Widerspruch erleben die Initiativen auch, wenn sie um Unterstützung bitten.

Das dritte Arbeitsfeld ist die Archivarbeit. Sie beginnt mit der Presseauswertung und führt über Sammlungen zu thematischen bzw. zeitlichen Schwerpunkten hin zu Dokumentationen von Materialien und Quellen der Hinterlassenschaften von Partei und MfS wie auch des Widerstandes dagegen. Ein besonderer Fundus für die Forschung ist beispielsweise die Sammlung von ehemaligen Häftlingsbibliotheken. Die bereitgestellten Materialien bedürfen der Kommentierung durch Zeitzeugen. Meist arbeiten sie selbst im Archiv. Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge werden gesammelt. Das Schicksal von Verschollenen wird versucht zu klären über das Zusammenstellen von Haft- und Totenlisten. Die Bildungsangebote reichen von Führungen, ständigen Ausstellungen, Wanderausstellungen bis zu öffentlichen Veranstaltungen. Wert legen die Initiativen auf die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern. Wichtig sind ihnen vor allen Dingen Angebote an Jugendliche. Eigene Forschungen entstehen z. B. als Studien und Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission. Zusammen mit den Erlebnisberichten erscheinen sie in eigenen

Publikationen, die von Rundbriefen, Informationsblättern bis hin zu Zeitschriften reichen. Dazu existieren eigene Schriftenreihen.

Zur Arbeitssituation möchte ich folgendes sagen: Auch wenn ich in dieser Skizze nur eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der Initiativen leisten konnte, ist sie wichtig für das Verständnis der sich aus der jeweiligen Arbeitssituation ergebenden Probleme. Zur Situation der Initiativen gehören die Arbeitsbedingungen, das Verhältnis von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit, die finanzielle Absicherung und die Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen. Die Hauptarbeit wird ehrenamtlich geleistet. In 30 von den 67 Initiativen gibt es hauptamtliche Mitarbeiter. In über der Hälfte der Fälle sind diese Stellen durch Arbeitsförderungsmaßnahmen geschaffen worden. Nach den Angaben handelt es sich derzeit in 17 Initiativen um etwa 50 Stellen. Fast alle dieser Maßnahmen laufen in den nächsten Monaten aus. Finanziell abgesichert ist die Arbeit damit jeweils nur über einen kurzen Zeitraum. Auf die mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme verbundene Sachmittelförderung sind die Initiativen genauso angewiesen. Da die Initiativen schon seit mehreren Jahren arbeiten, erhalten sie diese Sachmittelförderung natürlich jetzt nicht mehr. Sollten sie eine neue Förderung anfangen wollen, müssen sie das mit einem Projekt von 12 Stellen beginnen, und im Durchschnitt liegt die Anzahl der Stellen bei fünf bis sechs. Es ist also nicht möglich, neue Projekte aus dem Boden zu stampfen, um die Arbeitsförderung zu bekommen. Spenden und Mitgliedsbeiträge liefern nur einen äußerst bescheidenen Beitrag zur Absicherung der Arbeit. Die durch Eintrittsgelder bzw. durch den Verkauf der eigenen Publikationen eingenommenen Mittel decken nicht den Aufwand. Großen Anteil an der Finanzierung hat die Projektförderung durch Kommunen, Länder oder den Bund, durch die Zentralen für politische Bildung und die Stiftungen – wie die parteinahen Stiftungen. Dazu kommen die Unterstützungen durch die Landesbeauftragten und den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

Den Punkt Arbeitsbedingungen möchte ich abschließen mit einer Bemerkung zur Zusammenarbeit der Initiativen mit öffentlichen Stellen. Im Fragebogen wurde die Frage nach Kontakt zu Kommunalverwaltungen, Landesverwaltungen, Landesparlamenten oder der Verwaltung des Bundes überwiegend positiv beantwortet. Zusammenarbeit existiert bei Bildungsangeboten, durch die Projektförderung, durch Nachfragen und Gutachten. Besonders genannt worden sind die jeweiligen Rehabilitierungsbehörden, die ZERV sowie die Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragte. Gerade die Landesbeauftragten sind ein wichtiges Bindeglied der Initiativen sowohl untereinander als auch zwischen ihnen und den genannten öffentlichen Stellen. Dieses positive Urteil bedeutet aber nicht, daß es nicht auch Stellungnahmen gibt wie „Öffentliche Verwaltung reagiert auf Forderungen und Bitten reserviert bis ablehnend“.

Abschließend möchte ich noch auf zwei Fragen gesondert eingehen. Dies ist die Frage nach den Problemen künftiger Arbeit und die Frage nach der Einrichtung einer Stiftung. 'Sehen Sie für die zukünftige Arbeit Ihrer Grup-

pe/Initiative längerfristige Probleme?' Ja! Vor allem finanzielle. „Akut gefährdet sind erstens der materielle Bestand des bisher Geschaffenen, zweitens die mühsam erworbene Kompetenz der Personen, die, wenn sie nun arbeitslos sind und ehrenamtlich weiterarbeiten, spätestens in einem halben Jahr woanders hin weitervermittelt oder umgeschult werden", heißt es in einem Fragebogen. Die finanziellen Probleme stehen für die Initiativen an erster, an vorderster Stelle. Neben der ABM/AFG-Förderung verringern sich durch die Sparzwänge auch Projektmittel und auch die Möglichkeiten kommunaler Einrichtungen zu helfen. Rein ehrenamtlich ist die Arbeit nicht zu schaffen und bei größerer Unterstützung könnten wir mehr leisten. Hinzu kommen andere Probleme personeller Art. „Der jüngste Mitarbeiter ist bereits 64 Jahre alt", wird auf die Altersstruktur einer Initiative hingewiesen. Das Aussterben der Generation der Zeitzeugen sehen andere als Problem. Als drittes Problem wird das öffentliche Interesse am Thema genannt. Es fallen Begriffe wie Schlußstrichdebatte, Auseinandersetzung um das Stasi-Unterlagengesetz, Verdrängen.

Nun zur zweiten Frage: 'Halten Sie die Schaffung einer Einrichtung für wünschenswert, die zukünftig die Arbeit der Aufarbeitungsgruppen sowie die Beratung von Opfern unterstützt?'. „Da kommt Ihr reichlich spät", steht auf einem Fragebogen. Die weit überwiegenden positiven Antworten wurden ergänzt durch „Auf alle Fälle", „überfällig", „unbedingt", „notwendig", „dringend", „längst überfällig", „äußerst dringend". Zu Eigenschaften einer solchen Einrichtungen wurden notiert: „Diese Stelle sollte eine Projektfinanzierung vornehmen bzw. eine Fehlbedarfsfinanzierung", „sie sollte ein Bildungszentrum sein", „eine direkte, möglichst unbürokratische Unterstützung der Initiativen sollte möglich sein", „es geht um eine langfristige Absicherung der Arbeit" und „daß ein sinnvolles Zusammenwirken der Initiativen ermöglicht werden kann". Gründe für Einschränkungen oder gar für ein Nein sind: „Es gibt schon mehr als genug Opfergruppen", „der Verweis auf die Union der Opferbände" und „die Forderung nach Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Opfer stalinistischer Willkür". Eine der Zuschriften verwies auf mögliches Gründungskapital dieser Stiftung: das Vermögen von SED und PDS und der Blockparteien. Das Zitat zu Beginn meines Beitrages sollte den Bogen zur vorangehenden Enquete-Kommission schlagen. Eine Anhörung in Leipzig fand statt. Das Protokoll findet sich in den Materialien im Band IX zusammen mit dem Protokoll der öffentlichen Anhörung „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten" in den Anlagen Mahngedenkstätten. In den Anlagen des Enquêtewälzers finden sich die erbetenen schriftlichen Stellungnahmen der angehörten Sachverständigen und auf Seite 557 nicht angeforderte Stellungnahmen. Im Bericht gibt es ein Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber. Darin folgende Empfehlung zum Umgang mit den Folgen des SED-Systems: „Lokale Geschichtsschreibung kann helfen, die Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Sie sollte sich dabei nicht nur auf DDR-Geschichte, sondern auch auf die NS-Zeit und die Epochen davor beziehen. Es gilt nicht zuletzt, die demokratische Tradition vor Ort bewußt zu machen."

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Beitrag abschließen mit einigen Thesen zur Weiterarbeit der Aufarbeitungsinitiativen:

1. Die Aufarbeitungsgruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufarbeitung der deutschen Diktaturgeschichte. Sie sammeln die Zeugnisse der Repression und des Widerstandes gegen sie, sie stellen den Raum für das Erzählen der Biographien zur Verfügung. Durch ihren regionalen Bezug machen sie Geschichte nachvollziehbar. Sie sind Interessenvertretungen für die Opfer.

2. Die Aufarbeitungsgruppen sind wichtige Partner in der Aufarbeitung. Da sehr oft Zeitzeugen in den Gruppen selbst arbeiten, sind die mündlichen Überlieferungen und die schriftlichen Zeugnisse der Vergangenheit zusammen abrufbar. Nicht nur die Akten der Macht, auch die Zeugnisse des Widerstandes benötigen Kommentierung. Persönliche Kontakte erleichtern ebenfalls die Recherchen. Dies ist einmalig. Dies ist das Besondere an diesen Aufarbeitungsgruppen.

3. Wird die bisherige Förderungspraxis – keine Zuwendungen, sporadisch oder kurzfristig oder Förderung über ABM/AFG – fortgesetzt, müssen sie ihre Arbeit reduzieren oder gar einstellen. So können z. B. die Archive keine Partner für Forschung und Medien bleiben. Die Archivalien können nicht gesichert werden, viele Zeitzeugen müssen jetzt befragt werden.

4. Der Auslauf der ABM/AFG-Förderungen in den nächsten Tagen und Monaten erfordert jetzt Maßnahmen zur Überbrückung. Die Kommission kann nicht warten, nur um im Abschlußbericht zu sagen, wie gut sie die Arbeit der Aufarbeitungsgruppen findet, sondern es müssen Wege gefunden werden, jetzt Maßnahmen zur Überbrückung einzuleiten.

Im zweiten Teil noch etwas zum Aufbau einer Institution, einer Stiftung:

5. Der Aufbau einer Stiftung muß jetzt begonnen werden. Bei einer solchen Stiftung dürfen die Kommunen und Länder nicht aus ihrer Verantwortung für die Aufarbeitungsinitiativen entlassen werden.

6. Die Eigenschaften der Stiftung sollten sein: Unterstützung der Initiativen in den Bereichen Aufarbeitung, politische Bildung sowie Beratung und Hilfe für die Opfer. Die Unterstützung sollte geleistet werden durch eine Grundsicherung und durch Projektförderung bei Auswahlkriterien wie der regionalen Verteilung der Initiativen und der fachlichen Qualität. Die Stiftung sollte Forschungsprojekte vergeben. Sie sollte die Bildungsangebote der Initiativen koordinieren. Sie sollte eine Vermittlungsstelle der vorhandenen Angebote in die Öffentlichkeit sein, also welche Initiativen arbeiten wo, welche Archivbestände haben sie, welche Zeitzeugen stehen für politische Bildung zur Verfügung? Zugleich kann und muß diese Stiftung ein Forum für den Austausch der Initiativen untereinander sein.

7. Was die Stiftung nicht sein sollte. Meiner Meinung nach sollte sie kein Dachverband und keine politische Vertretung sein, auch sollte sie keine ei-

gene Forschung betreiben, sondern nur durch die Vergabe von Projekten in die Forschungslandschaft eingreifen.

Dies ist natürlich nur eine ganz kurze Zusammenfassung von 67 Fragebögen und meinen Erfahrungen in der Arbeit. Ich habe sicher einiges weggelassen, einiges vergessen. Ich denke, daß durch die jetzt noch sprechenden Initiativen das mindestens ergänzt wird. Zu den Thesen wird es sicherlich einige Kritik geben. Ich bedanke mich schon im voraus.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Stognienko, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Ihre Zusammenfassung und Ihre Thesen. Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Die Enquete-Kommission möchte ein verläßlicher und berechenbarer Partner sein. Auch für all die, die mit uns zusammenarbeiten. Aus dem Grunde muß es einen Zeitrahmen geben, um verläßlich und berechenbar zu sein. Damit wir mit unserem Zeitplan besser zurechtkommen, als uns das in der Vergangenheit bei der einen oder anderen öffentlichen Anhörung gelungen ist, ist der Vorschlag gemacht worden, daß wir mit einer Uhr und mit Redezeitbegrenzung arbeiten sollen. Dies wollen wir ab heute tun. Das Sekretariat der Enquete-Kommission hat also eine moderne Eieruhr beschafft. Die auftretende Ähnlichkeit mit dem einen oder anderen Mitglied der Enquete-Kommission ist rein zufällig und nicht gewollt. Lieber Kollege Häfner, Sie sind der erste, der die Ehre hat, damit arbeiten zu dürfen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ganz herzlichen Dank, Herr Eppelmann. Das ist natürlich jetzt einigermaßen furchterregend, weil weder ich noch Sie das Geräusch kennen, das aus diesem merkwürdigen Wesen verlauten wird. Aber wir werden lernen, damit umzugehen.

Auch ich möchte noch einmal ganz herzlich alle auf dem Podium geladenen Gäste, alle Mitglieder der Kommission und alle anderen Gäste hier im Saal begrüßen und möchte einleitend noch ein paar Sätze dazu sagen, was wir mit dem Podium, das jetzt folgen wird, bezwecken, damit wir dann auch mindestens versuchen können, das folgende Gespräch auf die Ziele, die die Kommission damit verfolgt, zu orientieren. Ich glaube, heute ist ein wichtiger Tag für die Kommission. Denn die Kommission wird diese Anhörung sehr ernst nehmen. Sie wird Sie nicht einfach anhören und dann wieder abreisen lassen und dies alles vergessen, sondern wir hören Sie an mit bestimmten Fragen. Im Kern steht für uns dabei die Frage: Welche Möglichkeiten gibt es unsererseits, um den Aufarbeitungsprozeß zu fördern? Aber davor steht die Frage: In welchem Stadium ist dieser Aufarbeitungsprozeß, welche Erfahrungen machen diejenigen, die täglich daran arbeiten? Und das hängt eng damit zusammen, daß die Kommission übereinstimmend der Meinung ist, daß Aufarbeitung eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist und eine Aufgabe auf lange Zeit bleiben wird, d. h. es kann keinen Schlußstrich geben. Die Aufarbeitung ist nicht beendet, sie hat in mancher Hinsicht gerade erst angefangen. Ich glaube, die Erfahrung mit der Aufarbeitung von Diktaturen anderer Länder und auch die Erfahrung in unserem eigenen Land zeigt, daß es manchmal eine ganze Generation dauert, bis bestimmte Fragen gestellt werden, von denen manche heute

erst einmal gar nicht viel wissen wollen, weil sie sich versuchen einzurichten im Neuen und manches aus der Vergangenheit verdrängen. Uns wird dies noch lange beschäftigen, und nicht so lange, wie diese Frage gesellschaftlich-politisch anstehen wird, nicht so lange kann und wird es eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages geben. Deshalb stellt sich die Enquete-Kommission die Frage: Was können wir dazu beitragen, damit dieser Prozeß als ein gesellschaftlicher Prozeß fortgeführt werden kann? Sind Dinge zu tun, um die Bedingungen dafür zu ändern oder zu verbessern? Das ist unsere zentrale Frage, mit der wir heute zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Wir haben Trägerinnen und Träger dieses Prozesses eingeladen, Menschen, die sich seit Jahren mit den Fragen der Aufarbeitung beschäftigen, Menschen aus ganz verschiedenen Initiativen. Aus Initiativen, die zum Teil schon seit den 50er oder 60er Jahren bestehen, Initiativen, die sich 1989 erst gegründet haben, und auch Initiativen, die jetzt erst ganz jung entstanden sind, um ein breites Spektrum aus dieser Arbeit zu bekommen. Wir haben, um Ihnen kurz zu sagen, was diese Enquete-Kommission und diese Berichterstattergruppe schon gemacht hat, einen Fragebogen verschickt an all diese Initiativen, in dem wir nach der bisherigen Arbeit, nach den Bedingungen dieser Arbeit, der Situation, d. h. auch der finanziellen Situation, der Zahl der Mitglieder, der aktiv Mitarbeitenden usw. gefragt haben. Es wurde schon intensiv von Michael Stognienko darauf eingegangen. Und das heißt auch, ich richte mich damit jetzt noch mal an alle oben auf dem Podium, d. h., daß Sie auch davon ausgehen können, die Antworten auf diese Fragen sind den Mitgliedern der Kommission bekannt. Sie müssen sich also nicht zu lange aufhalten mit der Darstellung von Vergangenem, mit der Darstellung Ihrer Situation. Heute sollte die Frage im Mittelpunkt stehen: Wo sehen Sie die weiteren Aufgaben und was muß Ihres Erachtens geschehen, was kann geschehen, damit Aufarbeitung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips als ein gesellschaftlicher Prozeß fortgeführt werden kann? Das ist unsere Frage an Sie. Daß wir das in diesem Gebäude machen, hängt auch damit zusammen, daß von hier aus jahrelang Menschen nicht angehört, sondern ausgehorcht worden sind. Es sind auch unzählige Akten angelegt worden. Wir wollen Sie heute anhören. Wir werden auch Akten anlegen, aber die werden öffentlich sein, sie werden veröffentlicht werden. Inzwischen sind Drucksachen der Kommission auch schon im Internet zu finden, und insofern kann ich Ihnen heute sagen zu dieser Anhörung, alles das, was Sie hier heute sagen, kann für Sie verwendet werden!

Jetzt kommen wir zum Beginn dieses Podiums hier und ich darf Sie dann sehr herzlich begrüßen – ich werde Sie jetzt nicht einzeln vorstellen, denn das werden Sie in der Reihenfolge ohnehin selbst tun und wir sind schon etwas hinter dem Zeitplan. Ich werde Sie einfach aufrufen, und zwar in der Reihenfolge, wie es auf der Tagesordnung steht, d. h. eine Reihenfolge von innen nach außen, jeweils auf den beiden Seiten. Noch einmal die Bitte, sich bei den Beiträgen auf etwa fünf Minuten zu beschränken. Wir haben vor, anschließend eine erste Runde mit Fragen und Beiträgen der Kommissionsmitglieder zu machen und danach die Diskussion zu öffnen. Dies macht es rechtlich erforderlich, daß

wir die Kommissionssitzung formal unterbrechen. Ich hoffe, daß wir das alles so schaffen. Wir schaffen das umso leichter, je mehr es gelingt, sich an die zeitlichen Vorgaben zu halten. Deswegen beende ich jetzt auch meine Vorrede und erteile Herrn Schaefer das Wort. Frau Elmenreich von der Jenaer Geschichtswerkstatt ist noch nicht eingetroffen, deswegen beginnen wir mit dem Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, für das Herr Schäfer heute hier ist. Bitte schön.

Bernd Schäfer: Guten Morgen. Ich bin hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter einer von den katholischen Bischöfen Ostdeutschlands eingesetzten Arbeitsgruppe, die bis 1997 arbeiten wird und dann einen Bericht vorlegen wird zum Thema „Staatssicherheit und katholische Kirche“. Ich bin heute gebeten worden, für das Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, in dessen Kuratorium ich Mitglied bin, einige Ausführungen zu machen. Heinrich Theissing war katholischer Bischof in Mecklenburg von 1970 bis 1987, er ist 1988 verstorben und hat eine große Bedeutung für die Katholiken Mecklenburgs, weshalb man dieses Institut nach ihm benannt hat. Das Heinrich-Theissing-Institut wurde am 9. August 1993 als Dokumentationszentrum für Kirchen- und Zeitgeschichte mit Sitz in Schwerin errichtet. Es ist laut Satzung ein selbständiges Sondervermögen des Erzbischöflichen Amtes Schwerin. Zweck des Institutes ist die Erforschung der Kirchen- und Zeitgeschichte, soweit sie für den Auftrag der Kirche für Bedeutung ist. Es geht auch um die Veröffentlichung und Verwertung von Forschungsergebnissen und vor allem um die Sicherung von Archiven und Archivunterlagen im Bereich der katholischen Kirche Mecklenburgs. Für die Forschungsarbeiten in Archiven, für gutachterliche Tätigkeiten, zur Erarbeitung von Konzeptionen und Publikationen im Forschungs- und Bildungsbereich werden neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt. Das Institut wird durch einen hauptamtlichen Direktor geleitet. Die Mitarbeit der ehren-, haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter ist projektbezogen. Die Vergütung erfolgt über Honorare. Die Arbeit wird finanziell aus kirchlichen Mitteln, aus Fördermitteln des Landes und aus Spenden gesichert. Die entsprechenden Angaben wurden im Rahmen der Fragebogenaktion der Enquete-Kommission übermittelt. Hinzuweisen ist darauf, daß die Finanzierung der Projekte durch das Land Mecklenburg-Vorpommern von 50 % im Jahre 1995 auf 33 % im Jahre 1996 gekürzt wurde.

Zu bisherigen Tätigkeiten und Erkenntnissen wie künftigen Projekten ist zu sagen, daß relativ systematisch die zentralen und regionalen Archive in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, soweit sie die katholische Kirche betreffen, gesichtet sind und umfangreiche Aktenbestände ausgewertet, dokumentiert und in einem Archiv erfaßt wurden. Es handelt sich dabei um die Akten der SED-Bezirksleitungen der drei Nordbezirke, der Räte der Bezirke sowie – zentral in Berlin – der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, der Abteilung Kirchenfragen des Hauptvorstandes der CDU und vor allem um die umfangreichen Bestände im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. In dieser Funktion bin ich auch mit diesem Institut verbunden.

Die Arbeit für die nächsten Jahre soll sich in fünf Teilprojekte gliedern, die alle parallel bearbeitet werden. Es sind dazu entsprechende Projektmeldungen in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“ veröffentlicht worden. Ich möchte auf drei Punkte ganz kurz hinweisen. Es wird in diesem Jahr voraussichtlich ein Buch zur Zerstörung der Rostocker Christuskirche im Jahre 1971 erscheinen. Dazu wird jetzt auch ein Beitrag im „Deutschland Archiv“ erscheinen. Diese Sprengung steht im Kontext der Ulbrichtschen Städteplanung, sie hatte in ihrer Zeit nicht diese dramatische Bedeutung wie die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968, ist aber durchaus im diesem Zusammenhang zu sehen. Dazu sind sehr umfangreiche Aktenbestände aufgearbeitet worden. Es wird am 19. Oktober dieses Jahres dazu in Rostock ein öffentliches Symposium stattfinden, auf dem erste Erkenntnisse vorgestellt werden. Es wird weiterhin etwas publiziert werden zum Thema „Antifaschismus in der DDR“ – eine kritische Biographie eines ehemaligen katholischen Pastors aus Neustrelitz, der 1961 von der Kirche suspendiert wurde, bis dahin aber für VVN und CDU in der Volkskammer saß, im Hauptvorstand der CDU war und der eine gewisse Funktion auch im öffentlichen „Antifaschismus“ der DDR hatte. Sein Name war Karl Fischer und seine Geschichte kann man aus MfS- und NS-Akten darstellen, um zu zeigen, wie antifaschistische Karrieren in der DDR auch erschlichen werden konnten.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die gutachterliche Tätigkeit für die Enquete-Kommission des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, die hoffentlich weiterarbeiten und diese Dinge weiterhin fördern und auch veröffentlichen wird. Hier wird das Heinrich-Theissing-Institut ein Gutachten zum Thema „Religiöses Brauchtum und kirchliches Leben im Alltag der DDR“ erstellen. Wir werden uns beschäftigen mit der Atheismus-Propaganda, mit den sozialistischen Riten zur Gestaltung von Lebenswenden und der wissenschaftlichen Atheismusforschung, wie sie vor allem in Mecklenburg in den Nordbezirken durch die entsprechenden Institute, etwa in Warnemünde, betrieben wurde.

Was die Stiftung angeht, macht es relativ wenig Sinn, etwas zu sagen, was alle Podiumsteilnehmer zum Teil schon gesagt haben, zum Teil dann auch wiederholen werden. Das kann man nur unterstützen. Eine Stiftung, die auf projektbezogener Basis Fördermittel vergibt, die beantragt werden können, und die vielleicht orientiert wäre an der Drittmittelförderung wissenschaftlicher Projekte im Universitätsbereich, wäre ein unbedingtes Muß, das ist überhaupt keine Frage.

Ich möchte nicht unbedingt an die Enquete-Kommission, aber doch an die Öffentlichkeit aufgrund meiner Erfahrungen in der Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS die Erwartung äußern, daß es dringend erforderlich ist, in der Abteilung „Bildung und Forschung“ und der „Projektgruppe Wissenschaft“ den derzeitigen Stellenstand zu erhalten, wenn nicht zu erhöhen, und daß vor allem im Bereich der Archive der Behörde auf zentraler wie auf regionaler Ebene der Mitarbeiterstand erhöht werden sollte, damit die Erschließung zügiger vorangehen kann, weil die Unterlagen des

Staatssicherheitsdienstes eine der zentralen Quellen für die gesamte Aufarbeitung sind. Wenn ich nur übersehe, was für den Bereich der relativ kleinen katholischen Kirche in der DDR an Aktenbergen ermittelbar ist und welchen Zeitraum es beansprucht, diese Dinge zu beantragen und zu sichten und welchen Arbeitsaufwandes es für die Landesbeauftragten und für den Bundesbeauftragten bedarf, so möchte ich hier ausdrücklich dafür plädieren, diese Behörde so lange wie möglich offen zu lassen und ihnen weitere Mitarbeiter vor allem im Forschungsbereich zu geben. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich danke Ihnen herzlichst. Ich darf nur darauf hinweisen, es empfiehlt sich, zu den Forderungen schon in der gesetzten Zeit zu kommen, dann ist hinterher der Druck geringer. Inzwischen ist Frau Ellmenreich eingetroffen, die ich ganz herzlich begrüße. Wir lassen sie aber noch ein wenig verschnaufen und machen deshalb erst auf dieser Seite weiter. Frau Stephan von der Gedenkstätte Magdeburg, Moritzplatz.

Annegret Stephan: Guten Tag. Ich leite die Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Magdeburg, Moritzplatz. Etwas zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte: Sie ist bereits im Dezember 1990 durch Beschluß der Stadtverordneten entstanden. Damals wurden zwei ABM-Kräfte eingestellt, weitere fünf ABM-Kräfte kamen dann im Laufe der Jahre hinzu. Mittlerweile haben fünf Mitarbeiter einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Am 1. Januar 1994 ist diese Gedenkstätte in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt übergegangen. Wir sind dem Innenministerium zugeordnet. 95 % der Kosten für diese Gedenkstätte trägt das Land, 5 % die Kommune. Diese Dinge werden durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Kommune und dem Land geregelt. Wir haben 1993 mit Unterstützung der Landespolitiker eine ABM-Stelle für einen Psychologen schaffen können. Diese Stelle ist jetzt abgelaufen, aber in diesem Jahr hat das Justizministerium von Sachsen-Anhalt eine feste Anstellung für einen Psychologen geschaffen, der sowohl in der Gedenkstätte als auch bei der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein Arbeitszimmer bekommt. Soweit also die Entstehung.

Nun zur Tätigkeit. Aufgrund dessen, daß wir sehr früh vor Ort saßen in dieser ehemaligen Untersuchungshaftanstalt, sind die meisten der Betroffenen, die zu uns gekommen sind und sich der Wucht dieser Wiederbegegnung natürlich auch gar nicht bewußt waren, mehr oder weniger zusammengebrochen. Es war eine unserer ersten Aufgaben, neben dem Aufnehmen dieser sehr bedrückenden Lebensberichte auch Hilfestellung zu geben. Die Zeit der Verdrängung war ja auch durch das Reha-Gesetz dann nicht mehr gegeben. Die Betroffenen waren also unter ziemlich großen Schwierigkeiten nun mit dem Zurückholen ihrer Vergangenheit konfrontiert. Es gehört sicherlich nicht zu den originären Aufgaben einer Gedenkstätte, aber die psycho-soziale Betreuung hat bei uns dadurch einen sehr hohen Stellenwert bekommen. Gerade in den Jahren 1990/91, als es noch relativ viele Probleme mit den Rehabilitierungsverfahren gab, haben wir uns sehr stark auf die Unterstützung Betroffener in juristischen Fragen stützen müssen. Das heißt, wir brauchten natürlich, da wir selbst keine

Juristen sind, juristischen Beistand. Wir haben das Glück, zwei sehr gute Rechtsanwälte zu haben. Ein Urteil vom Bundesverfassungsgericht hat eine OLG-Entscheidung in Reha-Fragen aufgehoben, und unser neuester Gewinn ist, daß wir die Wiederaufnahme eines Reha-Verfahrens erreicht haben. Die Psychologin, die wir bei uns hatten, war zwischen uns, sie arbeitete mit uns, und es fiel einfach den Betroffenen überhaupt nicht auf, daß da nun ein Psychologe war. Wir kennen also die Ängste und die Schwierigkeiten: Wenn wir dem Betroffenen sagen, es wäre sinnvoll, einen Psychologen aufzusuchen, dann bekommen wir meistens Protest. Aber in unseren Räumlichkeiten ließ sich das sehr gut machen. Wir geben Hilfestellung auch bei Anträgen zur Anerkennung von Haftfolgeschäden. Ich habe das Glück, in Magdeburg bei großen Veranstaltungen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeiten zu können, d. h. wir können und wir wollen damit deutlich machen, daß die Themen überparteilich sind, und wir haben dadurch auch einen größeren finanziellen Rahmen. Ich habe mir erlaubt, die drei Broschüren, die in diesem Rahmen entstanden sind, der Enquete-Kommission zu geben.

Ein weiterer großer Bereich, der dann entstanden ist, ist der Bereich der politischen Bildung. Wir haben Führungen innerhalb der Gedenkstätte, aber wir gehen auch mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus. Unsere nächste Veranstaltung ist in Niedersachsen zu dem Problem der Anerkennung von Haftfolgeschäden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich möchte kurz zwischendurch etwas sagen. Wir müssen uns entschuldigen, daß die Zeit für Sie so kurz ist. Die Alternative wäre gewesen, sehr viel weniger Gruppen die Möglichkeit zu geben sich darzustellen, aber ich will Ihnen noch mal sagen, Sie haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages heute hier bei sich und es besteht die Gelegenheit, Ihre Vorstellungen und Ihre Wünsche an uns heranzutragen. Ich rufe als nächstes Herrn Wernowsky vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt auf.

Harald Wernowsky: Guten Tag. Ich bin jetzt Vorsitzender des Bürgerkomitees. Das ist ein Ehrenamt. Ich arbeite sonst an der Uni in Magdeburg als Europareferent. Ich habe mich zwei Jahre hauptamtlich mit der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes beschäftigt. Der Aufarbeitungsprozeß begann für das Magdeburger Bürgerkomitee am 6. Dezember 1989 mit seiner Gründung und mit der Kontrolle der MfS-Objekte. Die Hälfte seiner Mitglieder sind seit diesen ersten Wochen dabei, sind authentische Zeitzeugen des Auflösungs-, Aufarbeitungs- und Aufklärungsprozesses. Ich möchte erst einmal zu dem Zukünftigen kommen, da die Zeit sehr knapp ist. Die weitere Entwicklung hängt natürlich ab von der Finanzierungsmöglichkeit und ist deshalb eng gefaßt. Unser historisches Dokumentationszentrum „Diktatur und Machterhalt in der DDR“ soll folgende ergänzende Aspekte beinhalten: Zukünftig eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Ost-West-Seminare und eine stärkere Kooperation mit der Forschung und mit der Verwaltung. Derzeit wird das Dokumentationszentrum, das sich am gleichen Ort wie die Gedenkstätte befindet,

am Magdeburger Moritzplatz, im Erdgeschoß des ehemaligen Vernehmergebäudes, durch die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder des Bürgerkomitees als Trägerverein und durch die Arbeit von drei Mitarbeiterinnen gestützt, die nach § 248 AFG gefördert werden. Diese Mitarbeiterinnen waren zuvor nicht Mitglieder des Bürgerkomitees.

Zu den Defiziten: Der Vorstand des Bürgerkomitees muß seine überwiegende Kraft für das Einwerben von Fördermitteln einsetzen. Diese Zeit geht für wichtige Bildungs- und Forschungsarbeit verloren. Bis heute wurden trotz einer seit 1994 bestehenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Stadt und Land keine Verträge zur Nutzung der Räumlichkeiten abgeschlossen. Mit Ablauf des dritten Förderjahres der Arbeitsförderungsmaßnahme im Juli 1997 ist keine Verlängerung mehr möglich. Das Bürgerkomitee ist nicht in der Lage, notwendige Personalkosten aus Beiträgen oder Spendenmitteln zu finanzieren. Somit ist die weitere Arbeit des Dokumentationszentrums gefährdet. Obwohl Projektanträge für Personalkostendeckung beim Land und parallel dazu bei der Lottogesellschaft gestellt wurden, ist der Ausgang ungewiß, und es wäre sicher auch nur eine befristete Lösung für das 2. Halbjahr 1997. Alle Anträge von Opferverbänden an das Land, Mittel aus dem SED-Vermögen für ihre Vereinsarbeit zu erhalten, sind bisher mit der Begründung abgelehnt worden, diese Mittel seien dafür nicht vorgesehen. Deshalb die konkrete Erwartung an den Bundestag: In jedem ehemaligen DDR-Bezirk sowie an ausgewählten Punkten der innerdeutschen Grenze muß mindestens ein überregionales Dokumentations- oder Aufarbeitungszentrum die Wirkung der SED-Diktatur mit ausreichenden Personalsachmitteln darstellen können. Dabei sollten bereits bestehende Initiativen gegenüber Neugründungen bevorzugt werden bzw. diese inhaltlich und personell einbezogen werden. Die Finanzierung könnte über eine Stiftung erfolgen. Hierfür sollte das ehemalige SED-Vermögen eingesetzt werden. Weiter haben wir die Erwartung, daß der Bundestag die Hinweise der Aufarbeitungsinitiativen und der Opferverbände bei der Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, des Rentenüberleitungsgesetzes und der Unrechtsbereinigungsgesetze angemessen berücksichtigt. Zurück noch mal zu dem Beginn. Unsere Forderung im Jahr 1990 am Runden Tisch, daß die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt eine Stätte des Gedenkens und der Aufarbeitung werden solle, war der Grundstein für die Begründung der dort jetzt bestehenden Möglichkeiten. Im November 1990 eröffneten wir gemeinsam mit dem Verein Memorial die erste Ausstellung „Stasi in Magdeburg“ am gleichen Ort. Nach einer unglückseligen Zwischennutzung des Vernehmergebäudes als Obdachlosenasyl begannen wir 1992, unterstützt durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, mit dem Wiederherrichten der Räume im Erdgeschoß und mit dem Aufbau des Dokumentationszentrums. Von der öffentlich nutzbaren Fläche von ca. 260 m² sind zwei Drittel als Ausstellungsräume und ein Drittel als Bibliothek genutzt, für die ständige Ausstellung über das Wirken von MfS und SED und für Sonderausstellungen. Elf Sonderausstellungen haben wir in den vergangenen Jahren bearbeitet, über Sonderlager des NKWD bis zum Herbst 1989, und wir haben auch aus unseren Reihen den Personaltransfer unterstützt.

Wir haben das Komitee zur Auflösung des MfS im Bezirk geleitet. Die Leiterin der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen kommt aus unseren Reihen und die Landesbeauftragte ebenfalls. Wir arbeiten auch heute in Personalkommissionen des Landes mit. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Wernowsky. Wir machen weiter mit Herrn Rudolph von der Initiative Lager Mühlberg e.V.

Günther Rudolph: Schönen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin Vorsitzender der Initiative Lager Mühlberg, bin aber auch gleichzeitig im Häftlingsbeirat der Stiftung Buchenwald und Mitglied in der UOKG. Wenn ich gebeten worden bin, für die Initiativgruppe Mühlberg eine Darstellung zu geben, so glaube ich mir herausnehmen zu können, dies für alle elf anderen auch zu tun, denn wir, die Initiativgruppe Mühlberg, sind repräsentativ für alle Gruppen, die sich an immerhin elf Lagerstätten installiert haben. Wir waren seinerzeit als ehemalige Häftlinge und Angehörige angetreten, Opfern zu helfen, Einzelschicksale zu klären, Gräber zu ermitteln, eine Gedenkstätte zu errichten. An dieser Aufgabe arbeiten wir laufend weiter. Die Arbeit verläuft in den einzelnen Initiativgruppen sehr unterschiedlich. Es kommt ganz darauf an, wie die Gemeinden mithelfen, wie die Unterstützung ist. Denn letztlich sind wir auf Geld angewiesen, das uns aus dem Topf des Bundesinnenministeriums zur Verfügung gestellt wurde. Für Mühlberg darf ich sagen: Wir konnten längere Zeit eine ABM-Kraft beschäftigen, wir haben unser Archiv, ein Museum, wir bemühen uns auch, das Lagergelände – eines der wenigen Gelände, die noch vorhanden sind – als „Museum zum Anfassen“ zu gestalten. Wir legen sehr viel Wert auf internationale Beteiligung, was uns dadurch gelang, daß wir in Mühlberg nicht nur das Gedenken an die Opfer des Lagers nach 1945 pflegen, sondern die Kriegsgefangenen mit einbeziehen konnten. Wir hatten im vergangenen Jahr – 50 Jahre nach Errichtung des Lagers und Auflösung des Kriegsgefangenenlagers –, eine Veranstaltung mit internationaler Beteiligung aus Botschaften der wichtigsten westlichen und östlichen Länder. Die künftigen Schwerpunkte werden sich kaum verändern. Es bleibt bei dem Ziel der Zusammenfassung aller Erkenntnisse, der Dokumentation und der Herausgabe von Informationsschriften usw.

Doch nun zu den Erwartungen. Hier, glaube ich, liegt das Problem. Organisatorisch sind die Gruppen eingebunden in die UOKG – Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Diese allerdings ist leider auch nur eine Zusammenfassung dieser Initiativgruppen, d. h. sie ist selbst keine Institution. Die Fortführung der Arbeit der Initiativgruppen hängt sehr stark von einer Dachorganisation ab, die die Interessen dieser Gruppen, nämlich den Kreis der ehemaligen Häftlinge der Speziallager, die Verurteilten der sowjetischen Militärtribunale wie auch Häftlinge in Hoheneck und Waldheim, vertritt. Es gibt in dem Zusammenhang zwar Stiftungen, ich denke an Buchenwald, an Brandenburg wie auch Sachsen, oder – wie ich eben hörte – Sachsen-Anhalt. Hier bestehen leider die Probleme, die allseits bekannt sind. Es ist die Gefahr gegeben, daß sowohl Sachsenhausen als auch Buchenwald leicht etwas unterge-

buttert werden unter das Primat der früheren Lager. Auch besteht die Gefahr, daß wir in die Scheren der divergierenden Historikerkommissionen hineingeraten, was häufig zu Irritationen führt. Es ist verschiedentlich angesprochen worden, daß die Sachverhaltsaufklärung, daß die Hilfe häufig auf Schwierigkeiten stößt. Ich habe mir in einem Verfahren im März dieses Jahres vor dem Berliner Verwaltungsgericht, in dem es um die Rehabilitierung einer wegen angeblicher Abwehrangehörigkeit zum Tode Verurteilten ging, sagen lassen müssen: „Na ja, die wollen ja bloß Geld, die haben früher schon mal als Heimkehrer Geld gekriegt, jetzt haben sie gehört, daß es noch mehr gibt, jetzt wollen sie darum kämpfen." So etwas von Behördenvertretern in einem Prozeß zu hören ist einfach unfaßbar. Und wenn dann das Gericht attestiert, eine Rehabilitierungsentscheidung ergehe ja nur deswegen, weil russische Interessen nicht verletzt worden sind, so ist das beschämend. Und ich glaube, hier ist eine Aufklärung notwendig. Ich höre, daß da Urteile ergangen sind, und ich würde es sehr begrüßen, wenn auch eine Sammlung der Rechtsprechung und der Literatur dazu erfolgen würde. Ich möchte mich selbst persönlich dazu bereit erklären. Ich bin jetzt in der Berufung vor dem OVG und werde die Sache bis zum Bundesverwaltungsgericht treiben.

Noch eine ganz kleine Bitte. Politisch brauchen wir Unterstützung. Sie kennen das Problem Buchenwald. Häftlinge werden leider heute entweder in die linke oder in die rechte Ecke gedrückt. Durch unqualifizierte, vorweggenommene angeblich historische Erkenntnisse – ich möchte das nicht weiter ausführen – wird ein ganz negatives Image in der Presse hervorgerufen. Die Bemerkungen von Herrn Knigge sind bekannt. Wir fühlen uns vielmehr als die letzten Zeitzeugen, die in den Lagern, in den Speziallagern gesessen haben. Für uns ist die wichtigste Aufgabe, dieses für die Jugend festzuhalten als Mahnung, daß jede Diktatur ihre Opfer gefordert hat, ob das SED, ob das NKWD oder ob das die Nazis waren. Jeder Tote in diesen Lagern ist einer zuviel, und das ist unsere Auffassung, die wir selbst jahrelang in diesen Lagern zugebracht haben. Danke sehr.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herzlichen Dank, Herr Rudolph. Als nächster Herr Dr. Bernitt vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten.

Dr. Hartwig Bernitt: Meine Damen und Herren, der Verband ehemaliger Rostocker Studenten, abgekürzt VERS, wurde 1957 in Tübingen gegründet und begann Mitte der 60er Jahre mit der Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Im Ergebnis entstand 1969 die Publikation von Thomas Ammer „Universität zwischen Demokratie und Diktatur" und in den 80er Jahren die Darstellung des Schicksals von Arno Esch, die 1990 unter dem Titel „Mein Vaterland ist die Freiheit" in Rostock erschienen ist. Seit der Wende unterstützt der VERS die demokratische Erneuerung der Universität Rostock durch Öffentlichkeitsarbeit. Eine Gedenktafel für Esch wurde bereits im Februar 1990 errichtet. Eine szenische Lesung des Volkstheaters über die Universitätsprotokolle zum Stalinismus erfolgte ebenfalls schon im Februar 1990. Das Werk von Herrn Ammer wurde nachgedruckt, und 2.000 Exemplare wur-

den an den Studentenrat zur Weiterverteilung gegeben. Der VERS wirkte in vielfältiger Weise bei der Darstellung der Nachkriegsgeschichte in Publikationen der Universität mit. Eine Sonderveranstaltung zur 575-Jahrfeier wurde im Jahr 1994 durchgeführt. Nach Gründung einer Arbeitsgruppe ehemaliger politischer Häftlinge des VERS und einer fünfköpfigen Archivgruppe begann die systematische Auswertung der Akten des Universitätsarchivs, der SED und des MfS für die Universitätsgeschichte in der Zeit der SBZ und der DDR. Die Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in verschiedenen Publikationen, deren Titel ich mir hier ersparen will zu nennen. Sie finden sie auch an unserem Stand. Diese Auswertungsarbeit korrespondiert mit unseren jährlichen zwei Tagungen, die abwechselnd in Bad Kissingen und in Mecklenburg durchgeführt werden, jeweils drei Tage dauern und sich mit allen Problemen des Vereinigungsprozesses befassen. Zur Koordinierung der Aufarbeitungsbemühungen an den anderen Hochschulen der SBZ und DDR führten wir zwei Tagungen in Berlin durch, deren wichtigstes Ergebnis die Gründung der Koordinierungsstelle zur Geschichte von Widerstand und Selbstbehauptung an den Universitäten der SBZ/DDR im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden war. Künftiger Schwerpunkt unserer Arbeit soll die Untersuchung der dritten Hochschulreform 1968 im Zusammenhang mit der zunehmenden Anwendung der operativen Psychologie bei der Kaderpolitik an der Universität Rostock sein. Dazu ist ein Beitrag aus dem Bereich der Medizinischen Fakultät in Arbeit – übrigens korrespondierend mit der Arbeit, die von Herrn Schäfer vom Theissing-Institut hier schon angeschnitten wurde.

Zweitens: Die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zur Darstellung der Strukturen und Arbeitsweisen des MfS an der Universität Rostock, ein vom Bundesbeauftragten genehmigtes Forschungsvorhaben.

Drittens: Die Auswertung der Akten des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen im Bundesarchiv Koblenz mit dem Schwergewicht der Rostock betreffenden Teile. Natürlich führen wir die Aktenauswertung im Universitätsarchiv Rostock fort.

Wir erwarten zur Unterstützung unserer Arbeit die Fortführung der bisher vom BMI über die Union der Opferverbände – der hier schon genannten UOKG – gewährten finanziellen Unterstützung, auch für weitere Tagungen der Koordinierungsstelle in Dresden zum gemeinsamen Austausch der ehemals mitteldeutschen Universitäten. Zweitens, und das ist ein ganz neuer Aspekt, die Gewährleistung des ungehinderten Zugangs zu den in verschiedenen Archiven gelagerten Unterlagen aus der SBZ/DDR. Ein z. B. in Mecklenburg-Vorpommern fehlendes Archivgesetz könnte sich als hinderlich erweisen, da die Verantwortung für die Freigabe der Akten den einzelnen Archivleitern übertragen wird und hier ein vielleicht zu breiter Ermessensspielraum entsteht.

Auch die Verbesserung der finanziellen Förderung für unsere Seminararbeit durch die Bundeszentrale und die Landeszentrale für politische Bildung, die in den letzten Jahren auf sehr geringe Beträge zurückgegangen ist, wäre wünschenswert. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Bernitt. Als nächstem erteile ich Hans Schwenke vom Bürgerkomitee 15. Januar in Berlin das Wort.

Hans Schwenke: Das Bürgerkomitee 15. Januar konstituierte sich als eingetragener Verein, weil viele Aufgaben, die wir uns im Prozeß der Auflösung des MfS gestellt hatten, unvollendet blieben. Deren wichtigste war damals die Freigabe der Akten des MfS. Eines der wichtigsten Ergebnisse unserer frühen Arbeit und nicht nur des Berliner Bürgerkomitees, sondern der Bürgerkomitees in Leipzig, Dresden, Magdeburg und wo sie sich noch alle erhalten hatten, war demzufolge dann auch das Stasi-Unterlagengesetz und die Einrichtung der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. Dennoch erfüllen das Gesetz und die Behörde nicht alle unsere Erwartungen. Der Zugang zu den Unterlagen ist zwar frei, er ist aber kompliziert und zeitaufwendig, und wir wollten einen uneingeschränkten und an keinerlei Bedingungen geknüpften Zugang zu den nicht personenbezogenen Unterlagen des MfS, seinen Befehlen, Weisungen, Direktiven und Instruktionen, Lageberichten, Analysen, Maßnahmeplänen und Schulungsmaterialien – auch zu den Examensarbeiten und Dissertationen, die an der Hochschule des MfS geschrieben wurden. Wir haben uns deshalb an die Einrichtung eines Dokumentationszentrums gemacht. Das Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees 15. Januar umfaßt gegenwärtig rund 3.000 Datensätze, 33 Meter Aktenbestand, über 2.000 Bücher und Broschüren, 220 Videokassetten, darin Kopien von Lehrfilmen des MfS und Aufzeichnungen von Fernsehsendungen zum Thema „MfS und KoKo“ und vieles andere mehr. Die Dokumentationen geben auch Auskunft über die geschichtlichen Vorläufer des MfS von der Tscheka in Sowjetrußland, über die Sicherheitsdoktrin und den M-Apparat der KPD bis zur Gründung des MfS. Dokumentiert haben wir auch den Prozeß der Auflösung des MfS. Leider stehen uns hierfür nicht die Unterlagen des staatlichen Komitees selbst zur Verfügung, sondern lediglich die Unterlagen der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches, seiner operativen Gruppe, die dann später im staatlichen Komitee weiterarbeitete und eben der Bürgerkomitees Normannenstraße und Berlin. Diese Dokumentationen werden genutzt von Schülern, Studenten, Journalisten, von sehr vielen Betroffenen etwa nach Einsicht in ihre personenbezogenen Unterlagen in der Behörde des Bundesbeauftragten und in leider zu geringem Maße auch von Wissenschaftlern. Die angestrebte Wirkung der Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit wurde mit dem Dokumentationszentrum nicht erreicht. Dagegen stand und steht der weit verbreitete Wunsch, Vergangenes auf sich beruhen zu lassen und die zunehmende Tendenz, die Vergangenheit zu verklären. Wir haben uns deshalb, nachdem das Dokumentationszentrum in seinem Grundbestand geschaffen war, der Öffentlichkeitsarbeit zugewandt. Anfangs recht dilettantisch, mit der Zeit aber immer erfolgreicher. Neben unseren Veranstaltungen, die ja nur das regionale Publikum erreichen, verschaffen wir uns mit unserer Zeitschrift „Horch und Guck“ weit über Berlin und über Deutschland hinaus Gehör. Diese Zeitschrift gaben wir heraus, nachdem das Interesse der etablierten Medien am Thema Vergangenheitsbewältigung

erlosch und selbst engagierte Journalisten und Historiker zunehmend Schwierigkeiten bekamen, ihre Beiträge in den Medien unterzubringen. Mit „Horch und Guck“ schufen wir ihnen ein Medium speziell für diese Thematik. Daß wir damit einem Bedürfnis entsprachen, das viel verbreiteter ist, als es die übrige Medienwelt wahrnehmen will oder vermittelt, davon zeugt die Tatsache, daß selbst renommierte Journalisten und Wissenschaftler unserer Zeitschrift ihre Beiträge zur Verfügung stellen, und zwar unentgeltlich. Wo, so frage ich, findet man das noch? Mit dem, was wir tun und geschaffen haben, haben wir auch im Ausland Interesse gefunden. Die Erfahrungen, die wir bei der Auflösung des MfS und auch bei der Aufarbeitung der Geschichte sammelten, sind für Bürgerrechtler insbesondere in osteuropäischen Ländern und in GUS-Staaten von unschätzbarem Wert. Wir werden von ihnen ausgesprochen beneidet um unsere Möglichkeiten. Durch uns erfahren sie vielfach erstmals etwas über Struktur und Arbeitsweise eines und also auch ihres tschekistischen Dienstes sowie über die Metamorphose des MfS/AFNS im Prozeß seiner Auflösung. Und wir lernen etwas von ihnen, z. B. über die Metamorphose des KGB oder dergleichen Dienste und auch etwas über die Schwierigkeiten, die Menschen nach Jahrzehnten währender Indoktrination und Unterdrückung haben, den Weg in die Demokratie zu finden. Wir erhalten auch Kenntnis davon, daß nahezu zeitgleich mit dem ersten Volksaufstand nach dem Tode Stalins heute vor 43 Jahren in der damaligen DDR sich die Arbeitssklaven im kasachischen Kengir gegen ihre Peiniger erhoben. Der heutige Tag, denke ich, ist angetan, sich der Ereignisse von vor 43 Jahren zu erinnern, sich daran zu erinnern, daß sie Vorläufer hatten und Nachfolger fanden, daß der Widerstand gegen die kommunistische Diktatur unsägliche Opfer kostete und uns letztlich die Freiheit brachte. Das Bürgerkomitee steht in dieser Tradition der Menschlichkeit. Wir wissen, worum und für wen wir unsere Arbeit leisten.

Wir haben vielfältige Unterstützung für unsere Arbeit erhalten, aber können sie leider aus eigenem Aufkommen nicht finanzieren. Ich komme also zu dem Thema Geld. Das Bürgerkomitee ist gleich analogen Vereinigungen auf Zuschüsse angewiesen und erhält sie vorwiegend von der öffentlichen Hand und zu geringen Teilen von Sponsoren. Es lebt in erheblichem Maße vom Engagement und der Uneigennützigkeit seiner Mitglieder und Freunde, die nicht nur auf Entgelt verzichten, sondern vieles privat finanzieren. Die öffentliche Hand ist stark gesamtwirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt, die Privaten manchmal sogar auch noch persönlichen Schicksalsschlägen. Dies alles schafft keine Planungssicherheit, wie sie etwa ein Dokumentationszentrum oder die Herausgabe einer Zeitschrift erfordert. Die relativ kurze Dauer von ABM- und LKZ-Stellen, von denen das Bürgerkomitee seit Mai diesen Jahres keine einzige mehr hat, schließt darüber hinaus Kontinuität wie auch Professionalität in der Arbeit aus. Für die Arbeit des Bürgerkomitees, aber auch anderer Vereine und Initiativen muß ein anderes Modell her, wenn nicht über kurz oder lang die von diesen Verbänden und Initiativen geleistete Arbeit zum Erliegen kommen soll. Wir erwarten als Ergebnis der heutigen Anhörung an diesem denkwürdigen Tag von der Enquete-Kommission, vom Bundestag, auch von

den Parlamenten der Länder und von allen, die in unserem Lande Verantwortung tragen, daß sie sich ernsthaft um den Erhalt dessen bemühen, was die Verbände der Opfer und die Vereinigungen der Aufarbeitung der Geschichte kommunistischer Herrschaft bisher geschaffen haben, und daß die Tätigkeit der von diesen Verbänden und Vereinigungen geschaffenen Einrichtungen auf eine gesicherte finanzielle Grundlage gestellt wird. Möglichst in Form einer zu schaffenden Stiftung, in der Vertreter dieser Verbände und Einrichtungen nicht außen vor gelassen werden, wie man das in letzter Zeit so häufig antrifft, sondern verantwortlich mitwirken können. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Hans Schwenke. Ich habe übrigens anfangs versäumt darauf hinzuweisen, daß nicht in allen Fällen die Namensschilder stimmen. Sie hören ja, wer aufgerufen wird, aber ich empfehle, sich die Namensschilder selbst umzumalen. Für die Antistalinistische Aktion, Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße, die hier im Hause arbeitet, ist heute Herr Drieselmann bei uns.

Jörg Drieselmann: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Geschäftsführer der Antistalinistischen Aktion Berlin Normannenstraße, kurz ASTAK genannt. Ich rede hier im Auftrag unseres Vorstandes. Die ASTAK betreibt die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße im Haus I dieses Gebäudekomplexes. Die Geschichte dieser Institution reicht zurück in den Januar des Jahres 1990. Damals wurde im Berliner Bürgerkomitee und am zentralen Runden Tisch die Idee geboren, in diesem Haus, dem Amtssitz Erich Mielkes, eine Forschungs- und Gedenkstätte einzurichten. Anschließend unternommene Versuche, daraus eine staatliche Einrichtung zu machen, schlugen fehl, so daß im Sommer 1990 die Initiatoren zur Selbsthilfe griffen und den Verein Antistalinistische Aktion Berlin Normannenstraße gründeten. Zuerst einmal ging es darum, die einzigartigen historischen Räumlichkeiten zu sichern und vielerlei Materialien und Gegenstände für zukünftige Ausstellungsprojekte zusammenzutragen. Vieles wurde buchstäblich von der Müllkippe geholt. Als dann die Forschungs- und Gedenkstätte am 7. November 1990 der Öffentlichkeit zu regelmäßigen Öffnungszeiten zugänglich gemacht wurde, konzentrierte sich das Interesse der Besucher auf die Zustände in Mielkes Hauptquartier. Sehr früh jedoch wurde deutlich, daß Besucher darüber hinaus eine umfassende und detaillierte Information nicht nur über das Ministerium für Staatssicherheit, sondern auch über das politische System der DDR erwarten. Seither liegt der inhaltliche Schwerpunkt unserer Arbeit in der Darstellung des Lebens in der DDR im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Widerstand. Die Herkunft vieler unserer Vereinsmitglieder aus der Demokratiebewegung in der DDR gewährleistet sowohl die profunde Kenntnis der Situation in der DDR als auch die engagierte und eindeutige Auseinandersetzung mit dem SED-Regime. Hier ist die Tatsache, daß Mielkes Haus des Schreckens heute von denjenigen verwaltet wird, die von der Stasi bearbeitet wurden oder in den DDR-Gefängnissen saßen, von besonderer politisch-symbolischer Bedeutung. Die Aufbauzeit war durch vielerlei Schwierigkeiten gekennzeichnet. Insbesondere die bis heute nicht geklärten Eigentumsverhältnisse für das Haus

I und ständige Finanznöte erschwerten die Arbeit. Eine Entspannung der Situation trat erst im Herbst 1991 ein, als eine 13 Stellen umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für zwei Jahre eingerichtet werden konnte. So konnten Personalkosten gedeckt und eine minimale Büroausstattung bezahlt werden. Im Sommer 1993 vereinbarten das Bundesministerium des Innern und die Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, daß die Forschungs- und Gedenkstätte künftig von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen betrieben werden solle. Die ASTAK wurde aufgefordert, die Räumlichkeiten und den Ausstellungsbetrieb zum 1. November 1993 an die Behörde des Bundesbeauftragten zu übergeben. Dieses Ansinnen wurde von der Mitgliederversammlung des Vereins abgelehnt. Nach Auslaufen der ABM im Oktober 1993 folgten sechs Monate, in denen der volle Betrieb der Forschungs- und Gedenkstätte durch ausschließlich ehrenamtliche Tätigkeit aufrechterhalten wurde. Mit dem 1. Mai 1994 konnte wieder eine ABM eingerichtet werden, jedoch nur noch mit fünf Stellen. Diese Maßnahme endet spätestens am 30. April 1997, danach ist die Zukunft ungewiß. Trotz der unbefriedigenden Finanzausstattung arbeitet die Forschungs- und Gedenkstätte auf vollen Touren. Wir veranstalten rund zweistündige Vorträge und Führungen für Besuchergruppen, in denen über DDR und Stasi informiert wird. Das waren allein im letzten Jahr 1.106 Besuchergruppen. Dazu kommen Führungen durch das Stasi-Gefängnis in Hohenschönhausen. Seit einigen Jahren führt die ASTAK ein- und mehrtägige Seminare durch. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde dieses Angebot schon von 41 Gruppen wahrgenommen. Dazu gehören Begegnungsseminare für Teilnehmer aus Ost und West, Fortbildungsveranstaltungen für Polizisten der ZERV, Projekttage für Schulklassen und Seminare für Bundeswehrangehörige. Seit Januar bieten wir Gruppen auch Gesprächsrunden mit Männern und Frauen aus der Demokratiebewegung in der DDR. Speziell an Berliner Interessenten wendet sich unsere abendliche Vortragsreihe „Zeitzeugen“. Die Qualität unserer Arbeit ist, so meinen wir, ablesbar an den stetig steigenden Besucherzahlen. Kamen im Jahre 1992 über 24.000 Menschen zu uns, so waren es im Jahre 1995 schon über 45.000, in diesem Jahr werden wir wahrscheinlich die 60.000-Besuchergrenze überschreiten. Der große Erfolg der Veranstaltungs- und Seminartätigkeit darf jedoch nicht über die schmerzlichen Defizite hinwegtäuschen. So konnte erst im letzten Jahr mit dem dringend nötigen Neubau unserer Bauausstellung begonnen werden. Mit Unterstützung des Berliner Landesbeauftragten wird ein neuer Ausstellungsteil zum Thema „Widerstand und Verfolgung in der DDR“ und ein zweiter Teil über das „Ende der DDR“ hergestellt. Eröffnungstermin ist der 15. Januar nächsten Jahres. Besonders schmerzlich ist die Einstellung unserer Pressedokumentation. Unsere personelle und finanzielle Kraft reicht dafür nicht mehr aus. Gleiches gilt für unsere Mediothek – unsere Fachbibliothek blieb im Aufbau stecken. Etwas Erfreuliches bleibt bei der Beschreibung unserer gegenwärtigen Arbeit zu vermelden: Vor einigen Tagen hat die ASTAK die Trägerschaft an der von Hans Michael Kloth ins Leben gerufenen und betreuten Homepage im Internet „Geschichte von unten“ übernommen, um dieses wichtige Serviceangebot für alle Aufarbeitungsinitiativen auf eine besser gesi-

cherte Basis zu stellen. Dies könnte unserer Meinung nach der Anfang sein für eine informelle Vernetzung der Initiativen und Opferverbände. Überhaupt wünschen wir uns in diesen Zeiten der Unsicherheit ein engeres Zusammenrücken. Wir sind schon drei unter einem Dach, und das Berliner Bürgerkomitee wird wohl auch bald dabeisein. Für die Zukunft gehen wir davon aus, daß die Vortrags- und Seminarveranstaltungen weiter gut besucht werden. Da dieses Angebot sehr breit ist und sich an den Interessen der Besuchergruppen orientiert, ist hier an eine grundsätzliche Veränderung zunächst nicht gedacht.

Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße hat dank des engagierten Einsatzes unserer Mitglieder, unserer Mitarbeiter und Freunde ihren Platz unter den großen Gedenkstätten von gesamtdeutscher Bedeutung gefunden. Wir erwarten, daß der Widerspruch zwischen sehr guter und umfangreicher Arbeit einerseits und unzureichender Finanzausstattung und unsicherer Zukunft andererseits durch eine institutionelle Absicherung aufgehoben wird. Natürlich nutzen wir alle Möglichkeiten, eigene Mittel einzunehmen und so einen Beitrag zur Finanzierung unserer Arbeit zu leisten. Politische Bildung kann jedoch nicht kostendeckend sein. Wir wünschen uns das tätige Bekenntnis der Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur Aufgabe der Vergangenheitsklärung als Voraussetzung für das Gelingen des inneren Einigungsprozesses und für die Gestaltung politischer Kultur in Deutschland oder, um es deutlicher zu sagen, wir erwarten die Festsetzung des Wechselkurses von Schulterklopfen gegen D-Mark, und wir hoffen, daß dies kein Schwindelkurs sein wird.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ganz herzlichen Dank. Aus Leipzig vom dortigen Bürgerkomitee und Museum „Runde Ecke“ ist Herr Taut zu uns gekommen.

Herr Taut: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, verehrte Damen und Herren, wir danken für die Einladung. Jetzt muß ich schnell entscheiden, ob ich auch so schnell spreche oder ob ich lieber das rauspicke, was uns besonders wichtig ist.

Das Bürgerkomitee in Leipzig bildete sich schon am 4. Dezember 1989 anläßlich der ersten Kontrollen in den Dienstgebäuden der Staatssicherheit, und von diesen ca. 150 Leuten sind heute noch 25 aktiv in unserem Komitee. Inzwischen haben wir uns als eingetragener Verein organisiert. Ursprünglich hatten wir ja unsere Aufgabe auf die Staatssicherheit beschränkt, inzwischen stellten wir dann fest, daß die Staatssicherheit direkt von der SED geleitet wird und von dieser Zeit an stand die Stasiauflösung für uns immer auch im Kontext zur Gesamtstruktur des SED-Staates. Wir haben uns für die Erhaltung der Stasi-Akten eingesetzt, gegen die Regierungen Modrow und de Maizière. Wir arbeiteten im Volkskammerausschuß zur Kontrolle und Auflösung des MfS mit und brachten von dort unsere Erfahrungen bei der Stasiauflösung ein, die dann auch in das Stasi-Unterlagengesetz einmündeten. Wir beteiligten uns an der Auseinandersetzung um vorangegangene Novellierungen des Stasi-Unterlagengesetzes, wir wandten uns z. B. gegen den derzeitigen Vorstoß, eine IM-Tätigkeit, die vor 1975 bzw. bis Ende 1975 beendet wurde, nicht mehr zu

beauskunften – wir lehnen das ab. Das Bürgerkomitee sah von Anfang an einen Schwerpunkt seiner Arbeit in der Erarbeitung und Betreuung von Ausstellungen. Im Museum in der „Runden Ecke“ zeigen wir in originalen Räumen die ständige Ausstellung „Stasi, Macht und Banalität“, die mit regem Interesse von in- und ausländischen Besuchern genutzt wird – zur Zeit jährlich ca. 20.000 Besucher. Weiterhin zeigen wir eine Wanderausstellung vorwiegend in den alten Bundesländern und wechselnde Sonderausstellungen. Es finden natürlich auch Führungen statt, das alles mit einer hauptamtlichen Kraft, der Rest wird ehrenamtlich abgedeckt. Ein weiteres Projekt ist der Stasibunker Machern bei Leipzig als ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung; er soll in Ergänzung zum Museum in der „Runden Ecke“ vor allen Dingen die Perfidität der militärischen Planung verdeutlichen. Jetzt gelang es uns, das Gelände, auf dem sich dieser Bunker befindet, für 99 Jahre zu pachten. Im Museum in der „Runden Ecke“ werden von uns vor allen Dingen Veranstaltungen organisiert, die regelmäßig auf Interesse stoßen, das sind Buchlesungen mit Autoren von Fachbüchern, aber auch Belletristik sowie wissenschaftliche Vorträge. Ein Höhepunkt war im Dezember 1994 die Tagung „Einblick in das Herrschaftswissen einer Diktatur – Chance oder Fluch“, auf der namhafte Juristen, Archivare, Historiker, Politiker, Journalisten und Betroffene gemeinsam mit ca. 200 Teilnehmern die fünf Jahre früher gefällte Entscheidung zum Erhalt und zur Öffnung der Stasi-Akten auf ihre Richtigkeit hin prüften. Die Ergebnisse dieser Tagung werden in den nächsten Wochen als Buchpublikation in der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Wenn wir nach den Schwerpunkten der Arbeit gefragt werden, dann ist es für uns ganz wichtig, daß der einzelne die Möglichkeit hat, sich mit der DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das kann nicht nur in großen Linien erfolgen, etwa durch gesetzliche Rehabilitierungs- und Entscheidungsansprüche oder behördliche Tätigkeit, sondern auch die kleinen Vereine und Initiativen leisten an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag. Wir haben die sogenannte Kompetenz der Betroffenheit und können viel authentischer und glaubwürdiger über diese Sachverhalte berichten. Wir leisten mit unseren Projekten professionelle Arbeit, die anerkannt und gebraucht wird. An dieser Stelle möchte ich kurz zwei Schwerpunkte nennen, die wir auch als Bitte haben. Die Projekte, die der Förderung durch die Stiftung bedürfen, sind schon erwähnt. Ganz wichtig ist uns, daß diese Stiftung vor allen Dingen Projektförderung und viel weniger Personalkostenförderung ausmacht, dann haben wir auch die Möglichkeit, wirklich ergebnisorientiert zu arbeiten. Ein zweites Problem, was überhaupt noch nicht angeschnitten worden ist, ist die Förderung der Gemeinnützigkeit. Wir haben hier ein großes Problem, daß die Gemeinnützigkeit unseres Vereines nicht anerkannt wurde, weil nach § 10 Absatz 1 Einkommensteuergesetz die besonders förderungswürdigen gemeinnützigen Zwecke eines solchen Vereins nicht mit beinhaltet sind. Nach diesen Anlagen scheint die Förderung mit der Problematik bis 1945 aufzuhören. Es ist auch ein ganz konkretes Anliegen, das wir an die Mitglieder des Bundestages und auch an die Bundesregierung haben, daß dort wirklich konkretisiert wird. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Taut. Aus Rostock für die UVA jetzt Herr Thomas.

Reinhardt Thomas: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Vorsitzender des Unabhängigen Vereins zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit e.V. Unser Verein wurde im März 1992 gegründet. Hauptanliegen des Vereins ist es, Verfolgten und Opfern des SED-Regimes zu helfen und die DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten. Im September 1993 erhielten wir über die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft vom Bundesministerium des Innern und dem Land Mecklenburg-Vorpommern finanzielle Mittel für unser Projekt zur Aufarbeitung der SED-Archive. Im Mai 1994 wurde unser erster Bericht veröffentlicht und auf der Fachtagung „Bilanz der zweiten deutschen Diktatur" im Juni des gleichen Jahres vorgestellt. Schwerpunkte des Berichtes waren das Überwachungssystem der SED, die Befehlsstruktur, das Nomenklaturkadersystem und die Strategie und Taktik der Einflußnahme auf allen Gebieten durch die SED. Anhand der Nomenklaturkaderordnung und des Grenzregimes im Norden der DDR konnte die Verantwortung der Nomenklaturkader der SED zweifelsfrei nachgewiesen werden. Aufbauend auf den ersten Bericht wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund „SED-Staat" der Freien Universität Berlin im November 1995 der zweite Bericht fertiggestellt und auf einer viel besuchten und beachteten Fachtagung der Öffentlichkeit vorgestellt. Schwerpunkte dieses Berichtes waren die Zusammenarbeit von SED und SPD, das Verhältnis Kirche – SED und die DDR-Blockparteien. Das öffentliche Interesse und die Resonanz in den Medien waren groß und durchweg positiv. Mit 300 bzw. 400 Besuchern waren beide Veranstaltungen in Schwerin ein voller Erfolg. Anhand des Archivmaterials konnten folgende Ergebnisse unserer Arbeit vorgestellt und eindeutig belegt werden:

1. Die SED war eine stalinistisch geprägte Partei, deren Nomenklaturkader gemeinsam mit den Funktionären der Blockparteien verantwortlich bzw. mitverantwortlich zeichnen für die zweite deutsche Diktatur.

2. Die Nomenklaturkader in SED und Blockparteien waren Motor und Transmissionsriemen der Maschinerie zur Aufrechterhaltung des SED-Regimes. Mit der Ablenkungsstrategie auf die informellen Mitarbeiter des MfS durch die SED und Blockparteikader ist es ihnen gelungen, ihr personelles Netzwerk in Wirtschaft, Verwaltung und Politik zu festigen.

Schwerpunkte unserer zukünftigen Arbeit wird neben der Opferbetreuung die weitere Aufarbeitung der SED- und Blockparteiarchive sein. Trotz vieler Probleme ist es uns bisher gelungen, finanzielle Mittel zu erhalten. Wir hoffen, das bleibt auch so. Unsere Projektbewerbung allerdings bei der Enquete-Kommission des Landtages blieb trotz unserer erfolgreichen und anerkannten Arbeit – oder gerade deshalb – unberücksichtigt. Bevor ich unsere konkreten Erwartungen an die Politik zusammenfasse, muß ich noch grundsätzlich etwas zu unseren Erfahrungen sagen. Es gibt aus unserer Sicht in keiner Partei ein ernsthaftes Interesse an wirklicher Aufarbeitung und Bewältigung der zweiten

deutschen Diktatur. Die Unterstützung von Aufarbeitungsinitiativen hat oft nur Alibi-Charakter. Auch verständnisvolle Reden können darüber nicht hinwegtäuschen. Das Netzwerk von Altkadern hat sich, wie schon gesagt, verfestigt. Das von dieser Minderheit erzeugte gesellschaftliche Klima trifft die Opfer und verhindert eine wirkliche gesellschaftliche Erneuerung in den neuen Bundesländern. Wegen der aus diesem Grunde im Alltag erlebten Ungerechtigkeiten hat sich eine schweigende Mehrheit vom Rechtsstaat im Osten zurückgezogen. Kurz gesagt, was machtpolitisch richtig schien, hat das Unrechtsregime relativiert, zur vielfachen Abkehr vom Rechtsstaat geführt und letztendlich die PDS gestärkt. Begünstigt wurde diese gesellschaftlich negative Entwicklung im Osten offenbar durch einen jahrelangen Werteverfall im Westen, der geprägt ist vom Verständnis und von Interesse für die Täter bei gleichzeitiger Ignoranz in bezug auf die Opfer von politischer Gewalt. Wenn die Ergebnisse der Arbeit aller Aufarbeitungsinitiativen – und hier schließen wir die PDS-Gruppen aus – nicht endlich zu Konsequenzen in der Politik und zu nachvollziehbaren moralischen Wertmaßstäben in der Gesellschaft führen, verliert der Rechtsstaat in den neuen Bundesländern weiter an Akzeptanz. Damit sind unsere Erwartungen, die Erwartungen der Opfer und einer schweigenden Mehrheit an Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, und an die Spitzenpolitiker der demokratischen Parteien klar ausgesprochen und definiert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Frau Ellmenreich, Ihnen gebührt in diesem Podium jetzt das Schlußwort. Frau Ellmenreich kommt von der Jenaer Geschichtswerkstatt.

Renate Ellmenreich: Ich danke für die Einladung. Ich vertrete hier die Geschichtswerkstatt Jena e.V., die wahrscheinlich das jüngste Mitglied in der Runde der Aufarbeitungsinitiativen hier am Tisch ist. Wir haben heute unseren ersten Geburtstag. Heute vor einem Jahr haben wir uns gegründet. Ein wenig sehen wir auch die Enquete-Kommission als Taufpatin an, denn bei der Anhörung vor zwei Jahren in Jena zum Widerstand in der SED-Diktatur wurde die Idee unserer Gründung geboren und hat dann Gestalt angenommen. Ich denke, es war auch kein Zufall, daß diese Anhörung zum Thema „Widerstand“ in Jena stattfand, einer Stadt, die eine lange liberale Tradition und eine lange Geschichte widerständigen Verhaltens hat. Aber wie es oft so geht, liebt eine Stadt ihre unangepaßten Kinder natürlich nicht sehr und hat viele abgetrieben. So kommt es, daß unser Verein Mitglieder und Interessenten hat, die einmal in Jena gewirkt haben, heute aber in ganz Deutschland und darüber hinaus verteilt leben. Das ist zwar interessant für den Austausch untereinander, aber sehr unpraktisch für die konkrete Arbeit. So haben wir zur organisatorischen Unterstützung seit Februar diesen Jahres fünf ABM-Kräfte eingestellt, diese arbeiten unter noch sehr unwürdigen und erschwerten Bedingungen in zwei Zimmern, die uns freundlicherweise die Stadt mietfrei zur Verfügung gestellt hat – ohne Telefonanschluß, was sich laut Auskunft der Telekom nicht ändern läßt – und mit einem alten 286er Computer. Zwei Sätze zu unserer Arbeit. Es finden monatlich Vorträge statt, in denen wir die Ergebnisse bisheriger Forschung zu un-

serer Region darstellen. Wir veranstalten Lesungen und Ausstellungen in der Reihe „Kunst im Widerstand“. Wir haben zwei größere Tagungen jährlich. Eine findet heute zum Thema „17. Juni und der Widerstand in den 50er Jahren“ statt. Wir geben eine Zeitschrift heraus – ich habe einige Exemplare mitgebracht und erlaube mir nachher, wenigstens den Mitgliedern der Kommission einige davon zu überreichen. Es ist unser Erstlingswerk und noch ganz druckfrisch, erst eine Woche alt. Wir veranstalten Zeitzeugenforen, weil es uns wichtig erscheint, die Menschen sich selbst erinnern zu lassen und damit die Aufarbeitung in Gang zu setzen. Das ist ja auch die besondere Chance einer so kleinen Initiative, die so lokal fokussiert ist, daß in einem Ort, wo sich viele Menschen kennen und schon zusammen im Sandkasten gespielt haben, die Geschichte miteinander noch einmal reflektiert werden kann und dort gründliche Aufarbeitung stattfinden kann – nicht nur auf der theoretischen Ebene.

Was wir uns wünschen: drei feste Stellen, Geld für Werkverträge, vor allem für kleinere Forschungsaufträge. Es wurde ja alles heute schon gesagt. Und eine kleine, aber funktionierende bürotechnische Ausstattung samt Telefon. Wir haben die Hoffnung, daß unsere Werkstatt eingeht in die noch zu gründende Landesdokumentationsstelle des Landes Thüringen, die hoffentlich auch in Jena in dieser Straße Gerbergasse 18, nach der wir unsere Zeitschrift benannt haben, eingerichtet wird. Dann wäre vielleicht die Förderung durch das Land etwas besser. Bisher haben wir noch kein Geld bekommen.

Die Schwierigkeiten, die wir haben, möchte ich auch noch kurz nennen, wenn meine Zeit noch reicht. Es wurde schon einmal gesagt, daß die Anlaufstelle für die „Mühseligen und Beladenen“ oft bei solchen Initiativen gesucht wird. Wir sind gar nicht dafür eingerichtet, wir haben keine Psychologen dabei und auch sonst keine Beratungsmenschen, die helfen können, aber es kommen sehr viele zu uns, und wir können noch gar nicht damit umgehen. Eine zweite Frage ist die nach einem Rechtshilfefonds. Wir haben schon die ersten Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene. Nicht nur, daß das „Neue Deutschland“ meint, gewisse Leserbriefe wieder einsetzen zu müssen zu allem, was wir tun, oder daß unsere ständigen IM's als Dauergäste da sind, sondern daß schon mit einem ersten juristischen Vorgehen gedroht wurde. Unsere Frage, die ich Ihnen mitbringe, ist, ob vielleicht überregional für Aufarbeitungsinitiativen ein Rechtshilfefonds geschaffen werden kann, denn wir sind natürlich damit überfordert, einen Anwalt zu bezahlen. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich danke Ihnen, Frau Ellmenreich, aber auch allen anderen hier auf dem Podium ganz herzlich für das Verständnis gegenüber der engen Zeitvorgabe. Wir liegen trotzdem deutlich zurück. Es liegt daran, daß wir zu spät angefangen haben und jetzt sehen müssen, wie wir damit im weiteren Verlauf umgehen können. Was ich mir eigentlich unter einer guten Moderation vorstelle, nämlich daß man jetzt Fragen herausarbeitet, bündelt, zuspitzt, das werde ich alles nicht tun können, weil der Zeitplan es nicht zuläßt. Wir werden jetzt eine erste Runde mit Fragen und Beiträgen von Mitgliedern der Enquete-Kommission haben. Ich rege an, unmittelbar danach

die Diskussion in das Publikum zu öffnen und erst danach die Antworten vom Podium zu geben, weil ich die Furcht habe, daß sonst die Fragen und Beiträge aus dem Publikum nicht nur zu kurz, sondern möglicherweise gar nicht mehr zum Zuge kommen könnten. Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann werde ich so verfahren. Wir sammeln jetzt zunächst Fragen aus der Kommission, anschließend aus dem Publikum und machen dann noch einmal eine Runde auf dem Podium. Ich bitte alle, die sich nun zu Wort melden werden, zu sagen, an wen sich Ihre Frage richtet, und nach Möglichkeit direkt die Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen hier auf dem Podium anzusprechen. Einige Wortmeldungen liegen mir bereits vor. Der erste ist Herr Prof. Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zunächst möchte ich mich bei allen Referentinnen und Referenten für die sehr instruktiven Kurzbeiträge herzlich bedanken. Es war klar, daß im Hinblick auf den vorgegebenen Zeitrahmen nicht alle wesentliche Aspekte angesprochen werden konnten, und ich kann jetzt bei meinen Fragen auch nur auf den einen oder anderen Aspekt abheben, wobei es natürlich, Herr Vorsitzender, etwas schwierig ist zu sagen, Herr X oder Herr Y soll antworten. Vielleicht überlegen Sie, wer aus dem Kreis dafür geeignet ist. Ich glaube, wir alle haben volles Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten, die ich einmal außer acht lassen möchte. Es ist ganz klar, daß diese von Ihnen geleistete förderungswürdige Arbeit finanziell stärker unterstützt werden muß, aber darüber müßte man dann im Zusammenhang mit dem Hearing heute nachmittag sprechen.

Zunächst eine Anregung an alle Damen und Herren. Mir scheint alles, was Sie vorgetragen haben, so wichtig zu sein, daß man sich doch überlegen sollte, im Rahmen eines Verbundes so etwas wie ein Vademekum zu erstellen. Es sind so heterogene Bereiche, und jeder hat sehr verdienstvoll gesammelte Materialien erfaßt usw. Hier, glaube ich, wird für die Zukunft im Hinblick auf die künftige Forschung ein Vademekum, ein Handbuch notwendig sein, in dem alle einzelnen Daten so aufgelistet werden, daß auch die jungen Wissenschaftler in der Lage sind, in Zukunft mit diesen Materialien zu arbeiten.

Zweitens, und das ist meine Frage: Sie haben angedeutet, daß Sie in den letzten Jahren Materialien erschlossen haben, schriftliche und mündliche Zeugnisse. Nun wird es für die künftige Forschungsarbeit natürlich schwierig sein – wir haben ja nicht nur zehn Initiativen, sondern sicherlich noch mehr: Haben Sie mal mit dem Gedanken gespielt, Ihre Materialien, die Sie erschlossen haben, den Stadtarchiven oder z. B. den Landesarchiven zur Verfügung zu stellen? Dort muß das Material dann aufbereitet werden, so daß eine zentrale Zugangsmöglichkeit gegeben ist, denn wenn man so viele Initiativen hat, fällt es einem jungen Forscher sicherlich schwer, hier überall nachzufassen. Das könnte man über Landesarchive und Stadtarchive doch besser machen und so eine vernünftige Kooperation verwirklichen.

Letzter Punkt: Das methodische Problem ist bei Ihren Ausführungen aus verständlichen Gründen zu kurz gekommen. Könnten Sie sich noch zu der Frage

äußern, wie und unter welchen Bedingungen Sie bisher schriftliche und mündliche Zeugnisse sammeln konnten? Wo liegen die Schwierigkeiten? Sind die Menschen, die Unterlagen haben, denn überhaupt gewillt, Ihnen das Material in Kopie oder in anderer Form zu überlassen? Und wie handhaben Sie die Befragungen der Zeitzeugen? Hier wären doch bestimmte wissenschaftliche Gesichtspunkte entscheidend. Haben Sie z. B. Beratungen über universitäre Einrichtungen? Denn so ganz einfach – und das wissen Sie selbst – sind ja Befragungen nicht vor dem Hintergrund dessen, was wir an Erfahrungen sowohl im Dritten Reich als auch in der DDR-Diktatur gehabt haben. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste, der sich gemeldet hatte, ist Gerd Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe einige Fragen und zwei kurze Anmerkungen. Zum einen wurde gesagt, das Interesse der politischen Parteien sei nicht ernsthaft vorhanden und es diene im Grunde genommen nur dem Alibi. Ich denke, so einfach kann man es sich auch von Seiten der Opferverbände nicht machen. Daß diese Veranstaltung zustandegekommen ist, zeigt, daß dies nicht zutrifft, genauso wie auch eine ganze Reihe von parlamentarischen Initiativen, die es gegeben hat. Das Problem ist eher ein anderes. Das Problem ist nicht, daß man sagt, wir müssen jetzt von der Phase des Schulterklopfens weg und das Schulterklopfen in D-Mark eintauschen, sondern wir müssen schon ein bißchen mehr an Vorstellungen zu den möglichen Inhalten einer solchen übergreifenden Institution hören, damit wir das auch mit einem größeren politischen Gewicht im gesamten Bundestag vertreten können. In diesem Zusammenhang einige Fragen: Der Vertreter von ASTAK hat eine Zunahme des öffentlichen Interesses festgestellt, während andere gesagt oder angedeutet haben – es war in letzter Zeit auch manchmal in den Medien –, dieses öffentliche Interesse lasse nach. Wenn ich mich umsehe, scheint es nicht nachgelassen zu haben, aber ich würde gerne auch noch einmal von anderen hören, inwieweit diese Aussage zutrifft und ob sich thematisch die Schwerpunkte in den letzten fünf Jahren verlagert haben.

Der zweite Punkt: Wenn wir eine solche Stiftung oder eine ähnliche Institution durchzusetzen versuchen, so daß ein entsprechender Haushaltstitel in Bund und Ländern eingerichtet werden kann, dann wird es sich auf keinen Fall einfach um eine Grundsicherung der verschiedenen Initiativen handeln, sondern es wird in jedem Falle nach den Projekten, nach dem wissenschaftlichen Wert gefragt werden. Ich möchte deshalb nach der Bereitschaft der verschiedenen Initiativen, sich solchen übergreifenden Kriterien unterzuordnen, fragen. In der Vergangenheit hat es zwar immer sehr unterschiedliche Auffassungen gegeben. Z. B. haben manche gesagt, wir möchten natürlich unsere völlige Unabhängigkeit bewahren und nur selber mit unserer kleinen Gruppe weiter gefördert werden, was darüber hinaus führt, geht uns nichts an. Deshalb meine ich, eine solche Stiftung verlangt ein höheres Maß an Zusammenarbeit, ein höheres Maß an Vernetzung, auch die Bereitschaft, sich über bestimmte Schwerpunkte zu verständigen.

Der dritte Punkt: Wie sieht es denn bisher mit dieser Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Initiativen aus? Zum Beispiel im Hinblick auf die ganz unterschiedlichen Materialien, die vorhanden sind. Und wie sieht es aus mit den Unterschieden, die hier zu Tage getreten sind? Zum einen zwischen den Gruppierungen, die in erster Linie die Interessen der Opfer zu vertreten haben, und anderen Gruppierungen, die sich sehr viel stärker den Archiven oder den Ausstellungen oder auch Forschungsarbeiten widmen? Das sind ja zwei sehr unterschiedliche Interessenlagen. Ich bin bis heute sehr im Zweifel, ob es möglich sein wird, in einer übergreifenden Stiftung beide Themen gleichermaßen zu behandeln, ohne daß es zu Kollisionen kommt. Da hätte ich gerne Ihre Meinung gehört, inwieweit das möglich ist und inwieweit es eine solche Zusammenarbeit schon gibt. Schließlich auch noch einmal zu der Frage, inwieweit es denn Partner aus der Forschung gibt? Ich habe aufgrund mancher aktueller Forschungsarbeiten und Bücher mitunter den Eindruck, die dort vorgestanzten Thesen sollen nach Möglichkeit nicht durch Materialien aus der Bürgerbewegung ins Wanken gebracht werden. Ich sage das absichtlich so polemisch. Und deshalb möchte ich wissen, inwieweit denn diese Anforderungen in Ihren Archiven überhaupt erfüllt sind und was vielleicht dazu übernommen werden sollte, damit diese in der Zukunft stärker berücksichtigt werden können.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich habe im Moment acht Wortmeldungen aus den Reihen der Kommission. Wir haben jetzt zwei Beiträge gehört und zwölf Minuten damit zugebracht. Wir müssen uns etwas kürzer fassen und wir sollten die Redeliste schließen. Ich frage, ob sich noch jemand melden möchte. Ich schlage vor, daß wir es bei den acht vorliegenden Meldungen belassen und dann in die Diskussion mit dem Publikum übergehen. Anders werden wir es nicht schaffen. Herr Prof. Maser ist der nächste Redner.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte noch einmal zum Thema Presse kommen und möchte die Frage stellen, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die Medien bei der Berichterstattung über Aufarbeitungs- und Opferinitiativen durch staatliche Weisungen behindert werden? Ich frage das vor folgendem Hintergrund: Ich habe am letzten Sonnabend im „Roten Ochsen“ in Halle bei einer Gedenkveranstaltung den Hauptvortrag zu halten gehabt. Heinz Hildebrand, der Alterspräsident des Landtages in Magdeburg, war der zweite Redner bei dieser Veranstaltung. Diese Gedenkveranstaltung der Opfer des Zuchthauses in Halle war von einem Presseverbot der Regierungspräsidentin belegt. Die Fernsehberichterstattung des MDR hat sich diesem Verbot gebeugt und ist abgezogen. Die Vertreter der schreibenden Zunft haben Widerstand geleistet und sind geblieben. Ich bin aber der Meinung, wenn solche Erfahrungen sich häufen sollten, dann wäre hier alle Aufmerksamkeit darauf zu richten, was hier eigentlich in unserem demokratischen Deutschland passiert,

(Beifall)

wenn Regierungspräsidenten über die Teilnahme der Presse an öffentlichen Veranstaltungen befinden.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste Redner ist Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich will mich kurz fassen. Ganz kurz zu Herrn Poppe: Zwischen den Opferverbänden, die sich um die Betreuung kümmern, und den Aufarbeitungsinitiativen einerseits und den Betroffenen gibt es einen Schnittpunkt. Das sind die Erfahrungen der Zeitzeugen und Betroffenen. So erhält derjenige Verband, der sich um die Betreuung kümmert, viele Informationen, die sonst häufig gar nicht zu erreichen sind.

Ich möchte jetzt fragen, welche Form der Koordinierung oder der Zusammenarbeit Sie sich vorstellen können. Nicht was jetzt schon läuft, sondern welche Formen einer institutionellen Förderungen dieser Zusammenarbeit, des Informationsaustausches können Sie sich vorstellen? Und welche Formen für Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Universitäten halten Sie für sinnvoll? Welche Rolle könnte da eine Stiftung spielen?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herzlichen Dank. Herr Prof. Huber hat jetzt das Wort.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Wir müssen uns heute mit der Situation des Aufarbeitungsprozesses nach sechs Jahren Wiedervereinigung befassen. Meine erste Frage an die hier vorhandenen Aufarbeitungsinitiativen ist, wie denn ihre Zwischenbilanz ausfällt. Herr Thomas hat dazu sehr deutliche Worte gesprochen und ich glaube, Herr Poppe hat zu Recht, zumindest was den Bundestag angeht, zurechtzurücken versucht, daß allein die heutige Veranstaltung ein Beleg dafür ist, daß es nicht nur Alibi-Bemühungen gibt. Aber meine Frage an die anderen wäre: Teilen Sie diese etwas defätistische Aussage, die Herr Thomas hier vorgenommen hat, oder würden Sie das im Hinblick auf die Tätigkeit des Gesetzgebers differenzierter sehen? Mich würde darüber hinaus interessieren, wie Sie die Aufarbeitung durch die Justiz beurteilen. Frau Stephan hat von einigen Erfolgen berichtet. Wie ist Ihr Bild, was die justitielle Aufarbeitung angeht? Aufarbeitung ist nicht nur ein Prozeß, den der Staat zu veranstalten hat, sondern die Gesellschaft. Deshalb meine Frage: Wie ist die Resonanz in Ihrem gesellschaftlichen Umfeld? Sind es immer dieselben? Es wurde von steigenden Besucherzahlen gesprochen, andererseits – der Widerspruch wurde schon durch Herrn Poppe deutlich gemacht – sinkt das Interesse der Medien. Gibt es bei der Vermittlung Ihrer Veranstaltungen Schwierigkeiten, auf die Sie stoßen – bei Medienkonzernen, bei staatlichen Stellen? Herr Maser hat hier von einem Vorfall berichtet Glauben Sie, daß Sie über die bisher Sensibilisierten und Interessierten hinaus die Chance haben, auch weitere Kreise der Bevölkerung auf Dauer anzusprechen? Wie ist die Einschätzung? Meine weitere Frage: Viele von Ihnen beschäftigen sich auch mit Opferbetreuung. Ein Hauptproblem bei der Opferbetreuung ist – soweit ich es überblicke – vor allem der Umgang mit den Zersetzungsdelikten während der DDR-Zeit. Spielt es in Ihrer Tätigkeit eine Rolle und haben Sie irgendwelche Ansatzpunkte dafür, wie man diesen Menschen besser gerecht werden kann, als dies mit den herkömmlichen Instrumentarien – etwa den Unrechtsbereinigungsgesetzen – der Fall ist?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Der nächste ist Prof. Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Im Anschluß an Herrn Jacobsen möchte ich Ihre Aufmerksamkeit stärker auf den Verwertungszusammenhang der Ergebnisse Ihrer Tätigkeit, also der Aufarbeitungsinitiativen, richten. Dies ist ein Stück politische Bildung. Aus meiner Erfahrung ist die politische Bildung auf dem besten Wege zu einer routinierten Veranstaltung zu werden, die ihre Klientel nur noch sehr bedingt erreicht. Frage also: Sind wir nicht gehalten, eine neue Didaktik der politischen Bildung gerade im Hinblick auf die zeitgeschichtliche DDR-Forschung und auf ihre Initiativen zu entwickeln? Wir müssen wohl davon ausgehen, daß das, was schon angeklungen ist bezüglich des Interesses oder Desinteresses, uns vor eine Situation stellt, die sich nicht von selbst verbessert. Denn die Besucher, die Sie in Zukunft zu erwarten haben, werden immer weniger unmittelbar und mittelbar Betroffene, sondern solche sein, die ihre eigene Betroffenheit nicht als Motivation für das Mitwirken bei Ihnen zugrundelegen können. Gibt es bereits Ansätze sich Gedanken darüber zu machen, in welcher neuen Form in Zukunft diese wichtigen Kenntnisse vermittelt werden können?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herr Prof. Wilke ist der nächste Redner.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Rudolph, die Enquete-Kommission hat in bezug auf die Gedenkstättenarbeit eine Position des Bundestages zu vertreten, die da kurz und knapp heißt: „Die Opfer der ersten Diktatur und die Verbrechen der Nationalsozialisten dürfen nicht herangezogen werden, um das, was nach 1945 in den Speziallagern geschah, zu bagatellisieren“, wie es der Sachverständige Faulenbach zutreffend beschrieben hat. Es gibt in der Auseinandersetzung um Buchenwald in den letzten Monaten eine rege öffentliche Diskussion, in der es den Versuch gab, die Verbände der Häftlinge nach 1945 in die rechtsextreme Ecke zu rücken. Können Sie uns zu diesem Konflikt etwas sagen?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt kommt Herr Dr. Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich habe eine Frage, die ich nicht adressieren kann. Wenn ich sie gleich stelle, werden Sie das, glaube ich, verstehen. Welche Erfahrungen haben Sie bei Ihren Bemühungen um Aufarbeitung und Darstellung mit den ehemaligen SED-Mitgliedern gemacht? Es waren ja über 2 Millionen. Es müßten ja noch einige im Lande anzutreffen sein, auch die, die Sie in organisierter Form in der PDS und in ihrem Umkreis finden. Gehen Sie auf die Gruppen zu? Erleben Sie bei Ihren Veranstaltungen, daß man von der Seite auch kommt, sich den Diskussionen stellt, und welche Erfahrungen wurden dabei gemacht?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Dr. Elm. Die letzte Frage hat Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Die meisten Gruppen und Initiativen haben ein breites Spektrum von Interessenbereichen und Ideen. Meine Frage lautet: Welche Bereiche Ihrer Arbeit finden öffentliches Medieninteresse, welche Bereiche Ihrer Arbeit finden kein Interesse und wie beurteilen Sie das?

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ich möchte mich für die Kürze und Zielgerichtetheit der Fragen bedanken. Ich möchte jetzt gleich – mit Ihrem Einverständnis – das Gespräch ins Publikum hinein öffnen. Wir wollen noch einige Fragen und Beiträge aus dem Publikum sammeln und dann wieder zurückgehen ins Podium und versuchen, so viel wie möglich zu beantworten. Die Fragesteller möchten sich bitte bei Herrn Eising melden, der hier neben mir sitzt. Ich unterbreche hiermit die Sitzung der Enquete-Kommission für eine öffentliche Diskussion, die wir jetzt hier in gleicher Zusammensetzung miteinander führen.

Sitzungsunterbrechung von 12.16 – 12.39 Uhr

[Die öffentliche Diskussion während der Sitzungsunterbrechung ist im Anhang zu diesem Protokoll wiedergegeben.]

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank Ihnen und auch allen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben. Ich eröffne wieder formell die Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, und wir diskutieren nun noch einmal auf dem Podium. Ich glaube, es wäre für viele zu ungerecht, wenn ich jetzt Einzelne aufrufen und um Antwort bitten würde. Ich möchte aber auch nicht einfach eine Runde machen, sondern möchte darum bitten, daß diejenigen, die noch was sagen möchten, sich im Podium direkt zu Wort melden. Eines möchte ich noch erwähnen. Es gab eine ganze Fülle von Einzelfragen, angefangen beim spezifischen Problem wie Wirtschaftskriminalität, dem Problem mit dem Steuerrecht bei der Gemeinnützigkeit, es gab Fragen nach Ihrer Zufriedenheit mit der justitiellen Aufarbeitung, Fragen nach Archiven und vieles andere mehr. Es gab zwei Fragen, die sich als Grundtenor durch die Diskussion zogen. Das ist einerseits die Frage, wie hat sich das öffentliche Interesse entwickelt? Wo sehen Sie das öffentliche Interesse? Wie stark ist es, hat es sich verändert in den letzten Jahren? Und das Zweite ist die Frage nach den Arbeitsmöglichkeiten und auch nach dem, was Ihnen weiterhelfen würde, also die immer wieder gestellte Frage nach dem Geld. Dazu möchte ich selbst noch eine Frage stellen, um das etwas mehr zu verdeutlichen. Ich werde dann im Podium um Wortmeldungen bitten.

Es gibt ja mehrere Vorstellungen, mehrere Modelle, die im Gespräch sind, was man hier tun könnte. Es gibt die Vorstellung eines Vereins, eines Bürgerbüros. Es gibt die Vorstellung eines Bürgerbeauftragten, und es gibt die Vorstellung – die ja heute auch immer wieder angesprochen wurde – der Errichtung einer Stiftung. Es wäre für uns als Enquete-Kommission hilfreich, wenn Sie sich zu diesen Vorstellungen äußern könnten und uns sagen, in welche Richtung Ihre Vorstellungen gehen. Zur Stiftung möchte ich noch zwei Sätze sagen. Wir sind völlig fern davon, hier irgend etwas versprechen zu können, sondern wir dis-

kutieren darüber in der Kommission. Es ist nicht an etwas gedacht, was selbst eine riesige Behörde wäre und dann die Arbeit tut, die Sie jetzt tun, sondern es ist eher an etwas gedacht, was die Mittel zur Verfügung stellen kann, damit die Arbeit dort, wo sie jetzt getan wird, weiter erfüllt werden kann. Das schließt aber auch ein, daß man – Herr Poppe hat danach gefragt – Kriterien formuliert und sich solchen Kriterien auch unterwirft. Das schließt auch Fragen ein nach der Zusammenarbeit, Fragen nach dem Umgang mit Beständen, die heute vorhanden sind, Aktenbeständen, Archiven usw. Ich möchte diese beiden Fragenkomplexe als Hauptfragen, die immer wieder angeklungen sind, noch einmal hervorheben. Erstens die Frage nach dem öffentlichen Interesse, der öffentlichen Wahrnehmung, und zweitens die Frage nach der Form, in der Ihres Erachtens eine solche Hilfe und Unterstützung, wenn sie denn zustande käme, am besten erfolgen sollte.

Harald Wernowsky: Das öffentliche Interesse sah eigentlich so aus, daß wir 1990/91 natürlich in den öffentlichen Veranstaltungen sehr viele Besucher hatten – 200 Leute und mehr waren keine Seltenheit. Das ging zurück, und es schichtet sich eigentlich um – so wie die einzelnen Initiativen bekannt werden. Wir hatten im Dokumentationszentrum Anfang 1992 ca. 1.000 Besucher – im Augenblick haben wir 4.000 Besucher pro Jahr. Ich muß aber sagen, 80 % sind Schüler, weil das Interesse über die Lehrer geweckt werden muß. Dort kommen sehr viele Schulklassen. Sie machen Projektwochen bei uns – nicht nur Führungen. Man muß daher auch die Besucherzahlen differenziert sehen.

„Die Medien“ gibt es nicht. Es gibt sehr verschiedene und so sind auch die Reaktionen. Es hängt sehr davon ab, mit welchem Journalisten innerhalb der einen Zeitung ich spreche. Und das sind nun mal in den neuen Bundesländern in der Regel die ehemaligen SED-Zeitungen. Insofern ist es dort schon recht schwierig.

Die Behinderung von Arbeitsmöglichkeiten: So wie Sie heute die Situation der Initiativen erlebt haben, muß man die gar nicht groß behindern. Man muß sie einfach nur nicht fördern, dann gehen sie nämlich auch krachen. Wir haben z. B. Probleme gehabt mit den ersten beiden Landesregierungen. In einen Untersuchungsausschuß, wo wir gegen die Landesregierung ausgesagt haben, ging es darum, ob der Ministerpräsident sich aufgrund von Stasi-Unterlagen ein Mandat besorgt hatte, und nachher ging es um gegenseitige unterschiedliche Aussagen von Herrn Münch zur Informationsbeschaffung über seinen Umweltminister. Daß es für eine Initiative natürlich dann schwierig ist, Fördermittel zu bekommen, ist klar. Deshalb plädiere ich auch dafür, unabhängige Förderungen zu schaffen. Die Stiftung, denke ich, wäre dafür das Mittel, und sie soll keinen großen Verwaltungsapparat haben, sondern wirklich Projekte fördern. Aber ich denke auch, bei Abhängigkeit von einer solchen Einrichtung muß man überlegen, ob man z. B. ständige Ausstellungen nur über Projekte fördern kann.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Frau Stephan hatte sich noch gemeldet.

Annegret Stephan: Ihre Frage erstmal, Herr Prof. Huber, beantwortend zu der Justiz. Wenn wir sagen die Erwartungen Betroffener war zu hoch, nehmen wir die zu hohen Erwartungen mal runter, aber dann bleibt auch das, was an strafrechtlicher Aufarbeitung durch die Justiz erfolgt weit hinter dem zurück, was wir auch nur im schlimmsten befürchten mußten. Die Rehabilitierungen sind natürlich bis auf Mischdelikte, wo also Reha-Fragen schwierig werden, recht zufriedenstellend. Aber wir wissen nach diesen sechs Jahren, daß ein Betroffener mit der Rehabilitierung wenig anfangen kann, wenn es nicht den Schuldspruch für die Täter gibt. Somit haben nämlich das Unrecht, was ihnen ja bescheinigt wird in den Rehabilitierungen, Geister verübt. Da ist ein sehr großes Unbehagen, ich möchte sagen auch eine sehr große Enttäuschung und ein Riesenfragezeichen an den Rechtsstaat Bundesrepublik entstanden.

In unserer Öffentlichkeitsarbeit haben wir besondere Fälle immer unterbringen können, ob es „Kennzeichen D“ war, ob es „Kontraste“ war, ob es größere Zeitungen waren. Ich habe nie versucht, uns als Gedenkstätte irgendwo zu präsentieren. Die Fälle, die wir aber in die Medien reinbringen wollten, haben wir auch immer mit Unterstützung der Medien öffentlich gemacht.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herr Rudolph ist der nächste Redner.

Günther Rudolph: Herr Prof. Dr. Wilke hatte mich unmittelbar angesprochen mit den beiden Fragen nach Trennung der Häftlingsgruppen und Drängen in die rechte Ecke. Ich hatte es vorhin schon angedeutet: Es besteht überhaupt keine Frage für die Häftlinge – ich spreche jetzt für die des Lagers Buchenwald –, daß sie sich vordrängen wollen oder etwas anderes oder Besseres sein wollen. Wir, die wir in diesem Lager zugebracht haben, haben ja gerade erkannt, welche Macht aus einer Diktatur, welche Folgen aus der Nazidiktatur entstanden sind und dann erneut eine weitere Diktatur erlebt. Wir, glaube ich, sind diejenigen, die in erster Linie sagen: jeder Häftling, der dort gewesen ist, ist zuviel. Und der zweite Punkt, der angesprochen wurde: in die rechte Ecke drängen. Es war ja schon so, daß es eines Tages, als die ersten Gräberfelder in Buchenwald entdeckt worden waren, es von Seiten der Häftlingsverbände aus der Zeit vor 1945 – sehr stark von Emotionen getragen – hieß: „Wir wollen nicht mit den Tätern in einer Erde liegen.“ Hier wird also immer wieder das Täter-Opfer-Verhältnis heraufbeschworen, obwohl, und das muß klargestellt werden, gerade diejenigen, die in dem Speziallager Buchenwald Haftzeiten verbringen mußten, eben gerade nicht die Täter waren. Denn die Russen hatten lange genug Zeit, die Täter zu erkennen und einer Verurteilung zuzuführen. Auf keinen Fall, um das abzurunden, sehen sich die Häftlinge als irgendwie rechts in der Ecke stehend, nein, wir sind nur Häftlinge gewesen. Wir haben nur gesessen aufgrund einer Diktatur und wollen das für alle Diktaturen gelten lassen. Deswegen auch das Bestreben, in unseren Anhörungen international tätig zu werden, um damit vielleicht auch ein kleines bißchen Verständnis für die neue deutsche Demokratie zu finden.

Vielleicht darf ich aber hier in dem Zusammenhang noch mal ganz kurz Herrn Prof. Dr. Jacobsen ansprechen, der freundlicherweise das Thema der Archivie-

rungen von Archivunterlagen angesprochen hat. Auch hier darf ich für die Initiativgruppen, insbesondere für die ehemaligen Lager Hoheneck und Waldheim sprechen. Wir haben in Not oder aus dem Versuch einer Konzentration schon erreichen können, daß eine einheitliche Fragebogenaktion durchgeführt und mit der Auswertung das Hannah-Arendt-Institut in Dresden „beauftragt" wurde. Das war auch so eine Eigeninitiative aller Gruppen, und wir wissen nicht, wie die endgültige Durchführung nun tatsächlich gesichert ist. Wir sind froh, daß wir da ein ganz kleines Stück bewegt haben. Ich hatte vorhin erwähnt, die UOKG sei nicht institutionalisiert. Wir hopsen praktisch von Jahr zu Jahr weiter und versuchen, das, was wir schaffen oder erhalten, was wir an Dokumenten finden konnten, noch weiterzuerhalten. Hier scheint mir in einer Organisation, die institutionalisiert ist, deren Bestand gesichert ist, das Ziel zu sein, die Frage der Archivierung, die Sammlung aller Unterlagen. Die Koordination in den einzelnen Gruppen ist auch erforderlich. Der Einstieg, die organisatorischen Maßnahmen sind hier äußerst wichtig. Das fängt mit der Steuer und der Gemeinnützigkeit an. Die Frage an den Steuerberater kann eben nur sein, daß er die Anlage 10 zum Einkommensteuergesetz beachtet. Und man kann nicht verlangen und hat auch kaum die Möglichkeiten, einen Steuerberater zu beauftragen zu sagen, wie die Satzungsvorschriften formuliert sein sollen; auch wenn es da wunderbare Dinge beim Finanzamt gibt, aber wer soll das wissen? Das ist das, wo hier von Fachleuten und der Stiftung Hilfe erfolgen muß. Die Stiftung soll Fachleute haben – ich erwähnte vorhin schon die Juristen –, die die ganzen Materialien, Rechtsprechung zum Reha-Recht zum Beispiel, die verstreut erscheinen, sammeln. Wer sammelt die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte? Wer fängt die Entscheidungen der Behörden ab, ob das in Koblenz ist, wo eine Reha-Bescheinigung der Russen nicht anerkannt wird, oder ob es in Hamburg ist. Diese Dinge zu konzentrieren erscheint mir wichtig. Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Auch ich bedanke mich, Herr Rudolph. Als nächster hat sich Herr Dr. Bernitt noch gemeldet.

Dr. Hartwig Bernitt: Ich wollte zu den ersten Punkten der Akzeptanz bei den Medien von den eigenen Erfahrungen berichten. Wir haben mittlerweile acht Werke zu dem Thema Selbstbehauptung und Widerstand im Bereich der Universität Rostock veröffentlicht, und man kann eigentlich nicht pauschal sagen, daß das Interesse kontinuierlich sinkt. Unsere letzte Publikation fand am meisten Interesse. Das liegt vielleicht auch daran, daß die Untersuchung bis zum Jahre 1989 fortgeführt wurde und daß wir mittlerweile bekannt sind, daß das Fernsehen erschien und eine längere Sendung über die Veranstaltung brachte, auf der das Buch vorgestellt wurde. Bei Geschick und bei dem Bohren von vielleicht etwas dickeren Brettern ist es durchaus möglich, auch heute noch und auch in Zukunft, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Verarbeitungsproblematik zu lenken.

Dann das zweite Thema Stiftung, besonders von Herrn Poppe thematisiert. In der UOKG arbeiten nun schon jahrelang Vertreter von Opferverbänden zu-

sammen mit solchen, die wie wir als Schwerpunkt die Archivarbeit haben. Ich halte das aus Erfahrung für eine durchaus sinnvolle Ergänzung. Ich sehe dort keine prinzipiellen Schwierigkeiten. Es gibt also auch schon diese Zusammenarbeit. Herr Poppe hat auch nach den Partnern in der Forschung gefragt. Zur Zeit ist die Zusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern durch die vielen persönlichen Kontakte besonders gut. Wir haben jedenfalls gute Kontakte zum Landesbeauftragten in Schwerin und gewinnen sie jetzt auch mit dem hier vertretenen Theissing-Institut. Gewisse Probleme haben wir noch bei den neuen Lehrstühlen für Zeitgeschichte, wo die Lehrstuhlinhaber erst seit kurzer Zeit da sind und sich nun an vieles neu gewöhnen müssen – an die ehemaligen DDR-Verhältnisse, an die spezifischen Universitätsverhältnisse. Dann wohnen sie zum Teil noch sehr weit weg, fahren am Wochenende nach Hause. Das ist sicher noch eine verbesserungsfähige Zusammenarbeit, aber sicher eine Zusammenarbeit, die dringend nötig ist, denn – wie schon gesagt wurde – die Generation der Zeitzeugen, besonders aus den 50er Jahren, stirbt allmählich aus und es muß diese Forschungsarbeit ganz einfach in diese Fachbereiche der Geschichte der Universitäten integriert werden. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, der nächste ist Hans Schwenke.

Hans Schwenke: Vorhin waren fünf Minuten Zeit, da konnte man sich nicht ausbreiten über alles, was einen bewegt. Jetzt ist ein Fragenkatalog hier, wenn ich den runterhandeln würde, säßen wir noch in drei Stunden hier. Ich kann leider nicht auf alles eingehen.

Zur Zusammenarbeit der Verbände möchte ich aber dennoch, Herr Poppe, etwas sagen. Die gibt es natürlich. Man tut immer so, als gäbe es die nicht. Also ich bin z. B. nicht nur Vorsitzender des Bürgerkomitees, sondern auch im Landesvorstand des Bundes Stalinistisch Verfolgter in Berlin und bin auch im Vorstand des Forums zur Aufklärung und Erneuerung. Wir finden uns regelmäßig mit Berliner Verbänden bei Martin Gutzeit, dem Landesbeauftragten, zusammen und tauschen dort unsere Erfahrungen aus und versuchen natürlich auch zu koordinieren, wo sich koordinieren läßt. Da gibt es auch nicht die Unterscheidung zwischen Opferverbänden und Aufarbeitungsverbänden, wenngleich sicherlich unterschiedliche Interessenlagen da sind, aber es gibt auch Verbindendes. Martin Gutzeit hat schon darauf hingewiesen – etwa die Zeitzeugen, die sich vielfach in den Opferverbänden finden.

Die Frage wurde gestellt, ob wir uns möglichen Förderkriterien einer Stiftung unterwerfen würden, weil vielfach behauptet wird, wir wollten unsere Unabhängigkeit bewahren. Wo ist denn da der Gegensatz? Förderkriterien sind das eine, die Unabhängigkeit zu bewahren in einer pluralistischen Gesellschaft ist das andere. Aber bitte schön, das möchte wohl doch bleiben. Das möchten wir also im Rahmen einer Stiftung auch gewahrt wissen. Sie sollte nicht hineinregieren und uns die Themen vorgeben. Sie kann natürlich darüber entscheiden, ob sie dieses Thema für förderungswürdig hält oder nicht. Deswegen möchten wir auch als Vertreter der Verbände daran ein bißchen mitwirken wollen.

Dann das wichtige Thema Öffentlichkeit. Läßt das Interesse der Medien nach? Es läßt nach und nimmt zu! Es unterliegt einfach Schwankungen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir, Herr Prof. Burrichter, weniger eine neue Didaktik der Bildungsarbeit brauchen, sondern uns einmal vergegenwärtigen müssen, daß wir gegen Ströme schwimmen. Jetzt etwa gegen den Strom von starken Gegenwartsproblemen, von sozialen Problemen in dieser Gesellschaft. Und die bewegen natürlich die Menschen weitaus mehr als das, was in der Vergangenheit geschehen ist. Dennoch, wenn diese Menschen versuchen, ihre sozialen Probleme mit Mitteln und Methoden zu lösen, die in der Vergangenheit schon in die Diktatur geführt haben, etwa auf der Straße, unter Ausschaltung des Parlaments und der demokratischen Institutionen, dann ist es gefährlich. Und insofern denke ich, ist es notwendig, was wir hier machen. Wie gesagt, das Interesse der Medien unterliegt Schwankungen. Es gibt aber einige Themenbereiche, die werden von den Medien fast gemieden wie der Teufel das Weihwasser meidet. Dazu zählen z. B. die Metamorphose von SED und MfS in der Wendezeit und der ganze ehemalige KoKo-Bereich, diese Ost-West-Connections, die es schon zu DDR-Zeiten gab und die fortwirken. Daß sich heute der Verein Bürgerbüro in Berlin auftut, hat sicherlich etwas damit zu tun, daß viele enttäuscht sind über das, was die friedliche Revolution zustande gebracht hat und was alles noch überdauert hat von den alten Seilschaften. Ob ein Verein imstande ist, etwas zu lösen, was ZERV, Staatsanwaltschaft und KoKo-Untersuchungsausschuß nicht gelöst haben, wage ich durchaus zu bezweifeln. Ich habe Angst, die ziehen sich eine Flut von Prozessen an den Hals. Und wegen dieser drohenden Flut von Prozessen meiden die Medien auch dieses Thema und gehen drumherum.

Was den Umgang z. B. mit ehemaligen SED-Mitgliedern anlangt – die sitzen natürlich nicht alle in diesen Seilschaften. Da sitzen die ehemaligen Nomenklaturkader. Die finden wir häufig dort wieder und die bedienen sich dann natürlich auch gegenseitig. Der Mehrheit der ehemaligen SED-Mitglieder hat man irgendwann eingeredet, sie seien Schuld an der ganzen Misere durch ihre Anpassung, aber angepaßt haben sich viele Menschen in der DDR. Daß man denen nun versucht hat einen Schuldkomplex einzureden, macht es natürlich schwierig, sich mit ihnen zu unterhalten und ganz offen Vergangenheit aufzuklären. Sie denken immer, sie sind in einer Position, sich rechtfertigen zu müssen. Müssen sie gar nicht. Erkennen müssen und sollen sie, was Anpassung für Folgewirkungen hat. Natürlich, heute leben auch viele Menschen angepaßt. Was wir hier einmal gemacht haben – und Frau Wetzel hatte darauf hingewiesen – wir haben Gespräche geführt z. B. mit Schülern und Schülerinnen. Und da haben die Schüler und Schülerinnen aus ihrer ganz unterschiedlichen Sicht – eine war damals zu DDR-Zeiten kirchlich gebunden und wurde dann immer gemieden und geschnitten, ein anderer war ganz eifrig FDJ-Sekretär und vorher in der Pionierorganisation, da gab es zwei oder drei andere dazwischen – berichtet, wie sie damals DDR-Wirklichkeit wahrgenommen haben. Ganz unterschiedlich! Und das war so lebendig, das war so lebendige Geschichte, da hätte ich gerne gesehen, daß nicht nur der eine Lehrer anwesend gewesen wä-

re, sondern viele von denen, die damals angepaßt gelebt haben und die damals in der SED gewesen sind, wie ich es auch war, und die dann hätten Lehren daraus mal ziehen können. Das waren meine Bemerkungen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank Herr Schwenke. Als nächster Herr Taut.

Herr Taut: Zur Projektförderung ist schon viel gesagt worden. Ich will Ihnen nur an einem aktuellen Beispiel zeigen, was uns tangiert, was wir für sinnvoll, was wir für problematisch halten. Wir haben jetzt z. B. eine Möglichkeit, 8.000 DM Förderung von der Stadt Leipzig zu bekommen vom Kulturfonds, die wir letztlich wahrscheinlich doch nicht erhalten werden, weil wir nicht die Kraft haben werden, einen detaillierten Projektantrag zu erstellen. Das rentiert sich schon nicht mehr.

Zweitens zum Interesse. Wir haben uns hier darüber unterhalten, über die Erfahrungen des Bürgerkomitees Leipzig und der ASTAK hinsichtlich des Interesses der Bevölkerung. Wir haben den Eindruck, das Interesse ist relativ gleichgeblieben. Aber es haben sich Anlaufstellen gefunden, wo die Interessierten auch wirklich kompetente Ansprechpartner finden, so daß die Besucherzahlen tatsächlich zugenommen haben. Wir sehen auch wie Sie, Herr Prof. Burrichter, sehr wohl das Problem, daß mit dieser Ausdifferenzierung das allgemeine politische Interesse nachläßt, so daß wir mit dieser Ausstrukturierung der Interessenlagen auch ein Nachlassen des allgemeinen Interesses durchaus verbinden können, was wir als problematisch ansehen.

Und jetzt noch einen dritten Punkt, um Ihnen zu zeigen, daß wir in der Frage der speziellen Gemeinnützigkeit sehr wohl schon die Ebene erreicht haben, wo man sich an Fachleute wendet. Vielleicht gelingt es mir doch, das in ein, zwei Sätzen darzustellen. Wir als Verein vertreten die Förderung des demokratischen Staatswesen. Das ist im Parteispendengesetz geregelt. Und von daher könnten wir Förderung bekommen, wenn wir denn ein politischer Verein wären. Andererseits gibt es die Möglichkeit, speziell allgemeinnützige Zwecke zu vertreten. Die nun wiederum enden aber im wesentlichen bei der Interessenslage, die die Problematik bis 1945 angeht. So fällt das nach dem Kenntnisstand, den wir haben, der uns auch von Fachleuten bestätigt wurde, in eine Gesetzeslücke, so daß wir diese spezielle Gemeinnützigkeit nicht wahrnehmen können. Und ich kann nur fragen, wer in kompetenter Hinsicht uns auch gegenüber dem Finanzamt dort vertreten kann. Ich vermute, daß das Ergebnis doch sein wird, daß es eine Gesetzeslücke ist und daß Sie als Vertreter des Bundestages dort aktiv werden sollten. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Vielen Dank, Herr Taut. Als nächster Herr Thomas bitte.

Reinhardt Thomas: Wir haben natürlich auch unsere Erfahrungen mit den finanziellen Möglichkeiten gemacht, aber grundsätzlich sind wir der Meinung, daß eine Projektförderung über eine Stiftung sehr positiv wäre. Das öffentliche Interesse an unseren Berichten, weil es natürlich nicht alltäglich ist, etwas aus

den Archiven zu erfahren, ist sehr groß. Allerdings nicht für den gesamten Bericht. Die Medien suchen sich da natürlich die Schlagzeilen raus, das können wir nicht beeinflussen. Aber ich denke, das ist auch deren gutes Recht. Da sollte man auch nicht zuviel Kritik daran üben, daß die Vorstellung eines Abschlußberichtes dann immer auch nur ein Tagesereignis ist. Ich denke, damit muß man leben. Es ist schon viel gewonnen, wenn diese Probleme überhaupt aufgegriffen und veröffentlicht werden.

Die Erfahrungen und Bemühungen um die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder ist hier angesprochen worden. Das sind unsere Erfahrungen, ich glaube, das Thema sollte man abschließen. Hier geht es nur um die verantwortlichen Nomenklaturkader. Da haben wir im Lande keine guten Erfahrungen gemacht. Ich darf nur das Beispiel nennen eines Mitgliedes des Landtages, der Herr Dr. Schönburg, der ja in der Enquete-Kommission des Landtages auch für eine Klage gesorgt hat. Das ist ein alter Moskau-Student und ein echter Hardliner, und mit den Leuten kann man natürlich nicht über eine Aufarbeitung vernünftig reden, weil sie grundsätzlich alles leugnen und die DDR im nachhinein noch in jedem Bereich verharmlosen. Es gibt – das muß man dazu sagen – auch andere, mit denen man vernünftig darüber sprechen kann, insbesondere unter vier Augen. Öffentlich wird das bei einem großen Teil schwieriger sein.

Auf eine Zwischenbilanz bin ich noch einmal angesprochen worden. Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die lobenswerten Initiativen der Enquete-Kommission, sondern wir sind der Meinung – und das sind unsere Erfahrungen –, daß das wichtigste die Verbesserung des gesellschaftlichen Klimas zugunsten der Opfer ist und damit auch zugunsten der Aufarbeitung. Hier haben insbesondere die beiden großen Volksparteien eine große Verantwortung, sich für dieses Klima einzusetzen. Aber wer die Akten sehr aufmerksam studiert, der weiß, daß diese beiden Volksparteien gerade in zwei wichtigen Bereichen, natürlich einerseits die bis Ende 1989 anhaltende Zusammenarbeit der SPD mit der SED – die hochnotpeinlich war –, andererseits mit der kommentarlosen Übernahme von Nomenklaturkadern der SED und der Blockparteien, auch einen Verdrängungsprozeß durchmachen. Dagegen richtet sich unsere Kritik. Ich glaube, dieser gesellschaftliche Prozeß zur Verbesserung des Klimas kann nur geleistet werden durch die Unterstützung der beiden großen Volksparteien, sonst wird es schwierig. Wir können das Thema nur ansprechen und wir sind gut beraten, es auch hier und da etwas drastischer anzusprechen, als es vielleicht im Alltag ist. Dafür sind wir da und so verstehen wir uns auch. Die Fakten, die wir dazu wiedergeben, können wir wirklich mit allem aus den Archiven belegen. Daß es Probleme gibt bei Zeugnissen, Kopien, Zeitzeugen und Archiven, liegt in der Natur der Sache. Wir machen diese Arbeit auch ehrenamtlich. Sie ist sehr aufwendig und die Zusammenfassung auch, aber im Grundsatz gibt es viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit auch mit Universitäten. Wir machen das mit dem Forschungsverbund der Freien Universität zum SED-Staat. Wenn man sich selbst darum bemüht, ist es natürlich sehr zeitaufwendig. Von den Opfern und Zeitzeugen gibt es entsprechende Unterlagen nach längerem Nachfragen. Es gibt natürlich auch Sensibilisierungspro-

bleme, aber im Grundsatz kann man auch an jedes Archiv mit einem vernünftigen Projekt herantreten. Die werden einem sagen, auf die und die Datenschutzsachen müßt ihr aufpassen. Wir haben bisher noch keine Schwierigkeiten gehabt, obwohl ich nicht behaupten möchte, daß wir nicht hier und da auch einen Fehler gemacht haben, was Datenschutz und einige Dinge anbelangt. Aber im Grundsatz gab es auch vom Landesdatenschutzbeauftragten keine Kritik. Insgesamt ist das, was heute hier die Enquete-Kommission durchführt, sehr lobenswert und sehr gut. Ich möchte mich – ich denke auch im Namen vieler – noch mal bedanken, daß wir hier unsere Meinung äußern durften, daß wir auf einige Dinge hinweisen konnten, die aus unserer Sicht zu ändern sind. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, es ist in dieser Richtung noch sehr viel zu ändern, denn es geht letztendlich um die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie durch eine Mehrheit in den neuen Bundesländern. Das ist auch die Zielrichtung unserer Aufarbeitung. Da muß man in der Zwischenzeit, bis es soweit ist, auch mal deutliche Worte sagen. Insgesamt möchte ich mich nochmals bedanken. Im wesentlichen können wir nicht unzufrieden sein. Über die Arbeit muß man nicht reden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Herzlichen Dank noch einmal, Herr Thomas. Als letzte – wie vorhin – Frau Ellmenreich.

Renate Ellmenreich: Ich will den Katalog nicht noch einmal abarbeiten. Es ist ja fast alles schon gesagt worden. Eine Antwort an die Herren Professoren Huber und Burrichter. Herr Huber fragte nach der Bilanz der juristischen Aufarbeitung. Ich kann da nur in den Chor der allgemeinen Frustration mit einstimmen. Ich will Ihnen aber erzählen, daß wir in unserer Aufarbeitungsinitiative überlegt haben, wie man damit eigentlich umgehen muß. Also sitzen wir jetzt da und jammern, daß mit den Mitteln dieses Rechtsstaates dem erlittenen Unrecht nicht beizukommen ist, oder haben wir noch andere Möglichkeiten? Ein Beispiel: Unsere Geschichtswerkstatt hat vor zwei Monaten eine Gedenkveranstaltung gemacht zum 15. Todestag von Matthias Domaschk, der in Stasi-U-Haft ums Leben gekommen ist. Die Stasilegende war natürlich Suizid. Wir versuchen seit Jahren in verschiedenen juristischen Prozessen, die Todesumstände aufklären zu lassen. Das ist bisher nicht gelungen. Wir haben uns jetzt 15 Jahre nach seinem Tod entschieden, andere Möglichkeiten zu finden, da die Zeit noch nicht reif ist für eine klare Anzeige oder Anklage von tatsächlich zu Beschuldigenden. Wir haben mit der Stadt Verhandlungen aufgenommen und eine Öffentlichkeitswirksamkeit gesucht, die auch trifft. Es wurde eine Gedenkveranstaltung durchgeführt – mit viel Presse und Fernsehen usw. –, und dann hat die Stadt eine Straßennamensbenennung gemacht. Der Akt war nicht so sonderlich großartig gestaltet, aber sie haben eine Straße ausgesucht direkt an der der Ecke, wo die Wohnblocks sind, in denen fast noch alle Stasi-Offiziere wohnen, also auch die, die für diesen Tod verantwortlich sind. Und die müssen jeden Tag, wenn sie in die Kaufhalle zum Einkaufen wollen, nun an genau dieser Ecke vorbeigehen und sehen dort immer ganz groß das Schild „Matthias-Domaschk-Straße“, „unter ungeklärten Umständen in Stasi-U-Haft zu Tode gekommen“ usw. Und nicht nur, daß sie da jeden Tag dran vorbeilau-

fen müssen und damit konfrontiert werden, sondern inzwischen ist es auch so weit, daß schon Schulklassen dort hinpilgern im Sozialkundeunterricht und in Ethik und Religion. Die wissen, es handelt sich um einen Jugendlichen aus dieser Schule, aus dieser Szene, aus dieser jungen Gemeinde ganz konkret. Nun kann man die Dinge mit Roß und Reiter benennen und wird es sehr anschaulich. Unsere Erfahrung ist, daß da, wo gerade juristische Aufarbeitung im Moment noch nicht möglich ist, wir vielleicht doch kreativ nach anderen Möglichkeiten suchen sollten und solche sich auch finden lassen und auch von der Tribunalidee her noch wirksamer sind als 10 Monate auf Bewährung.

Zu Herrn Prof. Burrichter: Sie fragten nach neuen Formen der Vermittlung in der politischen Bildungsarbeit. Wir haben uns damit auch erst sehr schwer getan und das sehr ernst genommen und wollten auch sehr pädagogisch und korrekt vorgehen. Wie haben gemerkt, daß es bei der Arbeit mit Schulen, Schülerinnen und Schülern viel leichter ist, wenn wir einfach sind, was wir sind, wenn wir erzählen, was wir erlebt haben, wenn wir mit ihnen an ihrem eigenen Leben selbst darstellen, so wie es eben schon Hans Schwenke erzählt hat, was sie nachvollziehen können. Wenn ihre Schule z. B. Partnerschule des MfS war, wenn wir an ganz konkreten Dingen entlanggehen und sagen, so und so und dann war das und das, wir fragen verschiedene Leute dazu und wir lernen unsere eigene Geschichte an unserem eigenen Stück Leben – wo wir uns auch festmachen können – kennen. Das ist also eine kleine Chance in der lokal bezogenen Aufarbeitungsinitiative, die wir so versuchen zu nutzen. Wir haben festgestellt, daß auch für einige Gruppen von Erwachsenen – man muß das immer ein bißchen anders machen als mit den Jugendlichen – der direkte Bezug zum eigenen Leben sehr in die Tiefe geht und eben auch Dialoge ermöglicht, sogar mit SED-Mitgliedern, die auch kommen und noch schüchtern sind, aber versuchen sich zu stellen, wenn sie nicht Angst haben müssen, daß sie von uns etwas auf den Kopf bekommen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Danke schön, Frau Ellmenreich. Ich schließe diesen Teil der Diskussion und möchte abschließend einige Bemerkungen machen. Wir haben, glaube ich, sehr eindrucksvoll gesehen, welche wertvolle und großartige Arbeit hier in den verschiedenen Initiativen an verschiedenen Orten auch in ganz unterschiedlicher Ausprägung geleistet wird. Das ist mir Anlaß, und ich denke, ich kann dies im Namen der gesamten Enquete-Kommission tun, Ihnen allen, die Sie diese Arbeit nun seit Jahren leisten, dafür ganz herzlich zu danken.

(Beifall)

Erinnerung, Gedenken, Aufarbeitung von Vergangenheit ist meines Erachtens eine der – nicht die einzige – Voraussetzungen dafür, daß sich Geschichte nicht wiederholt, daß man daraus lernt und das heißt auch, daß Demokratie verteidigt und fortentwickelt werden kann von den Menschen hier in diesem Land. Und dazu ist diese Arbeit ein ganz wesentlicher Beitrag. Ebenso wesentlich ist auch, daß hier von Menschen gearbeitet wird, die ihre eigene Geschichte dabei selbst auch mit aufarbeiten und einbringen. Das heißt, daß es

hier nicht nur um tote Dokumente geht, sondern auch darum, daß Menschen selbst Zeugnis ablegen von ihrer Haltung, von den Möglichkeiten aufrechten Ganges. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hat ein ernsthaftes und erhebliches Interesse daran, das bitte ich mir und uns zu glauben, daß diese Arbeit in den Initiativen weitergehen kann. Wir werden diese Anhörung auswerten und werden uns Gedanken machen, welche Vorschläge daraus resultierend von uns kommen können. Aber daß die Enquete-Kommission dieses Thema in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen hat, nämlich die Fortsetzung des Aufarbeitungsprozesses und die Frage einer möglichen Institutionalisierung, damit nicht alle Gruppen plötzlich in der Luft hängen, weil die ABM-Stellen auslaufen, ist ein deutlicher Fortschritt und ist auch ein Zeichen an Sie, daß diese Absicht seitens der Enquete-Kommission ernstgemeint ist. Es sind viele Themen angesprochen worden, die wir hier heute nicht behandeln können. Ich möchte einfach anbieten, daß Sie einzelne Mitglieder der Kommission ansprechen zu den Themen Stasi-Unterlagengesetz, Unrechtsbereinigungsgesetze, die steuerrechtlichen Probleme, oder daß Sie uns schreiben. Das gilt auch für die, die heute nicht zum Zuge gekommen sind oder denen noch etwas Wichtiges eingefallen ist. Diese Anhörung geht auch noch weiter, gleich nach der Mittagspause, in die ich Sie jetzt entlassen möchte.

Für die Mitglieder der Berichterstattergruppe „Gedenkstätten“ möchte ich kurz bekanntgeben, daß diese sich um 13.30 Uhr im VIP-Raum zu einer kurzen Sitzung treffen.

Ich danke Ihnen. Wir sollten versuchen, um 13.45 Uhr wieder hier zu sein.

(14.10 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir wollen jetzt anfangen. Getreu dem Motto, man sollte diejenigen, die pünktlich sind, zumindest nicht zu sehr bestrafen und in der Hoffnung, daß die, die zu spät kommen, wenigsten Spuren eines schlechten Gewissens haben. Das wird aber verstärkt, wenn wir tatsächlich angefangen haben.

Den jetzt folgenden Teil, bei dem es um die Herausforderung der Aufarbeitungsarbeit geht, wird der Obmann der SPD in der Enquete-Kommission, Markus Meckel, leiten. Ich möchte ihm hiermit das Wort erteilen.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Ich möchte am Anfang nur wenige Worte verlieren zu dem Verhältnis dessen, was wir am Vormittag gemacht haben und am Nachmittag machen werden. Heute vormittag haben wir einige der mehr als 60 Gruppierungen und Initiativen gehört, die mit den Fragen der Aufarbeitung beschäftigt sind. Sie haben ihre Arbeit dargestellt und zu den Herausforderungen, die uns jetzt beschäftigen, auch schon geredet. Jetzt am Nachmittag soll es darum gehen, daß wir diese grundsätzlichen Fragen erörtern, ohne noch über die einzelne Initiative zu reden. Wir wollen mit denen, die einen Einblick haben und die verschiedenen Gruppierungen und Initiativen kennen, darüber reden, was heute in Politik und Gesellschaft nötig ist, um sachgerecht und sachgemäß mit dieser schwierigen Vergangenheit nicht nur in

Ostdeutschland, sondern in ganz Deutschland umzugehen. Dies wird dann insofern für uns wichtig sein, als die Enquete-Kommission ja selbst ein Teil dieses Aufarbeitungsprozesses ist und ernstnimmt, daß es in diesem Prozeß auch andere und sehr unterschiedliche Akteure gibt.

Ich erteile deshalb zunächst Herrn Pfarrer Curt Stauss das Wort, der uns in diese Fragenstellungen noch einmal mit einem etwas längeren Beitrag einführen wird. Anschließend werden wir zunächst in eine Podiumsdiskussion eintreten, die dann für die übrigen Anwesenden geöffnet werden wird, so daß ein offener Diskurs stattfinden kann. Unser Thema: Was sind heute die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses in Deutschland? Curt Stauss hat das Wort.

Curt Stauss: Als ich eingeladen worden bin zu diesem Vortrag, also einem etwas intensiveren Gesprächsimpuls, da sah die Zeitplanung für den Tag noch genau umgekehrt aus. Ich wußte, daß ich am Nachmittag wegfahren müßte, und ich bitte um Verständnis, daß ich um 15.00 Uhr gehen werde, um einen Zug zu bekommen, und darum zu dem Podiumsgespräch nicht mehr dabeisein kann. Das ist der Grund, warum ich daran nur kurz teilnehmen kann, nicht so sehr das Überangebot an Männern und das Überangebot an Theologen in diesem Podium, das mich verwirrt hat, aber das dann wohl nicht mehr zu ändern war, und an dem ich selbst ja auch Anteil habe.

Die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses – die deutsche Öffentlichkeit wird durch ein Buch erschüttert, das bisher noch gar nicht in deutscher Sprache vorliegt. Der Vorgang ist ein Lehrstück für Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses, eines anderen Aufarbeitungsprozesses als der, der uns heute beschäftigt. Sollte im Jahre 2044 ein amerikanischer Historiker ein Buch mit dem Titel „Honecker's Willing Executioners“ herausbringen und sollte dieses Buch Wogen der Auseinandersetzung um sagen wir 16 Millionen Täter und Täterinnen hochgehen lassen, so würden uns dann diejenigen mit dem guten Gedächtnis erklären: so lange braucht es eben, bis die unmittelbare Beteiligung großer Bevölkerungsgruppen an Verbrechen und die Verdrängung dieser Beteiligung thematisiert werden, bis die Diskussion alternativer Verhaltensmöglichkeiten und die Frage, welche Verbrechen in der eigenen Gegenwart soeben verdrängt werden und an welchen sich also Bevölkerungsmehrheiten beteiligen, bis ein solches Thema überhaupt auf den Tisch getan werden kann. Aber wenn dies die Lehre sein sollte, 55 Jahre seien eben nötig, dann wäre nicht allzuviel zu lernen. Das Lehrstück scheint mir vielmehr darin zu bestehen, wie eine doch verhältnismäßig ausführliche Aufarbeitung einer Epoche doch nicht vor einem neuen Erdbeben schützt, das zweimal in diesem Jahrhundert massenhaft verdrängt wurde und wird. Der Satz „40 Jahre umsonst gelebt“ klingt wie die Einleitung zu einem zweiten Band von Alexander Mitscherlichs „Unfähigkeit zu trauern“. Daß damit eine ganze Generation ihr Leben wegwirft, statt es in die nächste Lebensphase zu integrieren, daß die Aggressivität, die in der Trauerarbeit gebunden würde und zur Belebung von Beziehungen dienen könnte, so unaufgearbeitet bleibt und umso freier und bedrohlicher vagabundiert. Es scheint noch nicht ausgemacht zu sein, ob dieses

zweite Mal, das Sie heute hierhergeführt hat, als Chance verstanden werden kann und – was wichtiger ist – genutzt wird. Dieser zweite Teil des heutigen Tages soll dazu helfen weiterzublicken. Nach den Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses in den kommenden Jahren haben die Veranstalter diejenigen gefragt, die nachher hier im Podium miteinander sprechen werden. Sie haben einen Pfarrer um einen Vortrag gebeten, der selbst nicht Mitglied einer Aufarbeitungsinitiative ist, wie sie sich heute vormittag vorgestellt haben. Jedoch hat er die beinahe 30 Jahre zurückliegende Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus nicht vergessen. Und auch nicht die vielen Versicherungen von Freunden und Fremden, daß die Existenz zweier deutscher Staaten ein stabilisierender Faktor an der Nahtstelle der Blöcke sei. Er erinnert sich an die fünf Faustregeln für den Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst, mit denen Jugendmitarbeiter und Jugendmitarbeiterinnen der evangelischen Kirche sicherer gemacht wurden und gelassener, und er erinnert sich ebenso an jene Geschichten, wie einer schwer krank aus dem Stasiknast kam und wie einer sich dort das Leben genommen haben soll. Der Pfarrer gehört einer Kirche an, die selbst wirklich keine Aufarbeitungsinitiative ist, aber er hat dank der Beharrlichkeit einiger Kollegen von eben dieser Kirche den Auftrag bekommen, Opfer der SED-Kirchenpolitik zu beraten und zu unterstützen. Schließlich, damit soll es genug der Vorstellung und der Vorbemerkung sein, ist er in einer ehemaligen Industriestadt mit hoher Arbeitslosigkeit tätig und sieht und hört die Folgen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die viele Menschen bitter und aggressiver und ärmer macht. Ich will in diesem Gesprächsimpuls, in diesem kurzen Vortrag zuerst etwas sagen zu den aktuellen Rahmenbedingungen und deren Herausforderungen für den Aufarbeitungsprozeß. Ich will zweitens einige Beobachtungen sagen über Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Ich will drittens ein paar Vermutungen sagen über die, die mit der Aufarbeitung beschäftigt sind. Viertens werde ich vier Vorschläge für den Aufarbeitungsprozeß formulieren.

1. Zunächst also etwas zu den Rahmenbedingungen und deren Herausforderungen für den Aufarbeitungsprozeß. – Bedenkenträger und Berufsnörgler seien am Sonnabend auf einer großen Demonstration in Bonn gewesen, habe ich heute in der Zeitung gelesen. Mit vielen von ihnen habe ich ständig zu tun in der Jugendsozialarbeit, in der Seelsorge, in der kommunalpolitischen Arbeit. Ich habe ständig zu tun mit Menschen, die im Schnitt mit 1.200 DM netto im Monat nach Hause gehen, mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit ihrem Arbeitsvertrag unterschreiben müssen, bis zu 50 Überstunden im Monat unentgeltlich zu leisten, mit Menschen, die im Einstellungsgespräch bedroht werden, wenn sie Gewerkschaftskontakte hätten oder sich für eine Betriebsratswahl interessierten, könnten sie gleich gehen. Ich könnte diese Serie von Grausamkeiten beliebig fortsetzen. Ich erwähne diesen Abbau sozialer Sicherungen, die wachsende Armut, mit der ich in der ostdeutschen Provinz zunehmend zu tun habe, weil ich glaube, wie Gerald Häfner heute vormittag sagte, Aufarbeitung ist eine Sache der gesamten Gesellschaft, und wenn die Rahmenbedingungen des Aufarbei-

tungsprozesses angeschaut werden sollen, dann heißt die erste: Bedrohung! Die Verluste in diesen veränderten Verhältnissen werden soviel größer als die Gewinne, daß Menschen nicht mehr in der Lage sind, die Aufarbeitung fair wahrzunehmen, daß neue Feindbilder entstehen, daß Polarisierung in der Gesellschaft wächst.

Das heutige Datum ist ein Beispiel für die Instrumentalisierung der DDR-Vergangenheit. Nicht nur die Vereinsgründung, die jetzt ein paar Straßen weiter stattfindet, sondern doch auch die Art und Weise, wie mit dem 17. Juni 1953 in den Schlagzeilen – etwa mit dem Stichwort Volksaufstand – umgegangen wird. Eine Rahmenbedingung für die Aufarbeitung ist die Instrumentalisierung unserer Geschichte aus aktuellen politischen Interessen, und die finde ich erheblich bedrohlich.

2. Einige Beobachtungen über Rechtsstaat und Gerechtigkeit. In der „Zeit“ vom 25. September vergangenen Jahres war in einem Artikel von Herrn Wedel ein Vergleich des Standes der Aufarbeitung, Prozesse und Verurteilungen nach dem Ende des Dritten Reiches und nach dem Ende der DDR zu lesen. Die Zahlen waren etwa so, daß das Verhältnis von 10:1 entstand – es seien schon wenige Verbrecher des Dritten Reiches verurteilt worden, aber noch zehnmal mehr als Urteile wegen DDR-Verbrechen. Bärbel Bohleys immer wieder kolportierter Satz „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ gehört genau in diesem Zusammenhang – was meint er? Ich sage zuerst: wir wollten tatsächlich den Rechtsstaat. Wir haben Verwaltungsgerichte gefordert und die Möglichkeit, Verfassung einzuklagen oder Verfassungsüberprüfung vornehmen zu lassen, und wir hielten das für einen Fortschritt. Es stimmt nicht, daß wir nicht den Rechtsstaat wollten. Es stimmt nicht, daß wir nur enttäuscht wären. Aber wir wollten ganz gewiß mehr, und das meint der Satz von Bärbel Bohley. Ich beobachte in der Arbeit mit Opfern der SED-Kirchenpolitik und mehr noch in der Arbeit mit Menschen, die sich als Opfer der DDR fühlen, weithin gar nicht mit Kirchenmitgliedern oder kirchlich Beschäftigten, so etwas wie ein doppeltes Täter-Opfer-Gefälle. Es geht den Tätern in der Regel sehr viel besser als den Opfern, und es geht den prominenten Tätern und den prominenten Opfern in der Regel sehr viel besser als den kleinen Tätern und den kleinen Opfern. Die Mauerschützen haben sehr viel schneller vor Gericht gestanden als die Politbüromitglieder. Die kleinen unsichtbaren Opfer haben in der Regel nicht einmal eine Initiative gefunden, in der sie die Gruppe sehen, die sie unterstützt, in der sie zur Sprache bringen können, was sie immer noch bedroht und belastet, in der sie Hilfe finden, um die eigenen Akten aufzuarbeiten, die sie vorlegen müssen, um nachweisen zu können, daß sie Opfer sind. Dieses doppelte Täter-Opfer-Gefälle stimmt übrigens auch finanziell. Und die Täter erinnern sich nicht, aber die Opfer umso mehr. Eine alte biblische Geschichte weiß bereits, wie schlecht die Täter sich erinnern. Als Josephs Brüder nach Ägypten kommen, unternimmt er unzählige Verrenkungen, um die Brüder auf sich aufmerksam zu machen – es gelingt ihm nicht. Die Täter erinnern sich nicht, sagt diese Geschichte neben manchem

anderen, aber die Opfer durchleiden alles noch und noch einmal. Akten beschaffen müssen, aufbereiten müssen, noch mal erzählen, nachweisen müssen, daß sie Opfer sind, daß sie geschädigt wurden – wie eine zweite Folter für nicht wenige, so höre ich das in den Gesprächen immer wieder. Und darin liegt die Wahrheit dessen, was der oft kolportierte Satz von Bärbel Bohley meint. In mancher Hinsicht wirkt der Rechtsstaat objektiv wie eine Bevorzugung der Täter. Die Unschuldsvermutung und auch die Datenschutzgesetzgebung – und beides halte ich für notwendig, gar keine Frage – bewirkt im Alltag, daß die Täter sich lange davor schützen können, sich mit ihren Taten auseinandersetzen zu müssen, und daß die Opfer ihnen hinterherlaufen müssen und damit noch einmal gekränkt werden. Ich weiß nicht, ob es besser gehen könnte, aber ich will sagen: der Rechtsstaat, ein so großer Gewinn er für uns ist, er bedeutet in mehrerer Hinsicht eine Privilegierung der Täter und eine erneute Kränkung der Opfer.

3. Nur weniges über die, die die Aufarbeitung leisten. Mit scheint, daß eine ganz besondere Chance in einer solchen Veranstaltung liegt, der zweiten, wie ich gelesen habe nach der vom September 1992. Daß Betroffene, die sich in Opferinitiativen zusammengeschlossen haben und aufarbeiten, daß Historiker und andere Fachwissenschaftler, daß Politiker und Politikerinnen in ein Gespräch kommen, das geschieht in unserer Gesellschaft extrem selten. Ich weiß einen vergleichbaren Vorgang nur aus der ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Betroffene, Verantwortliche und Fachleute im Dialog, das kann, wenn der Dialog lange genug dauert, eine ganz eigene Sprengkraft entwickeln. Der Streit, der jedenfalls im Osten Deutschlands eine ganze Weile gelaufen ist, wer denn überhaupt aufarbeiten darf – die Betroffenen reden nur aus der Opferperspektive, die Westhistoriker verstehen zu wenig, die Osthistoriker sind entweder auch Opfer oder zum größeren Teil befangen – dieser Streit kann, glaube ich, nur ausgetragen werden, indem der komplizierte Dialog von Betroffenen und Opferinitiativen, Fachwissenschaftlern und Politikern noch eine ganze Weile weitergeführt wird.

Ich komme zum 4. und letzten Punkt: Vier Vorschläge für den Aufarbeitungsprozeß. Mein erster Vorschlag – es fällt mir schwer, aber ich weiß es nicht besser – ist, die Enquete-Kommission sollte diese, wie ich finde, verdienstvolle Tätigkeit, wenn sie mit ihrem Programm fertig ist, entschlossen beenden. Ausgenommen die je eigene Aufarbeitung der Parteien, die sich mit Ostparteien zusammengeschlossen haben oder ehemalige Mitglieder von Ostparteien aufgenommen haben. Die Enquete-Kommission sollte ihn entschlossen beenden wegen der Instrumentalisierungsversuchung, die darin steckt, Aufarbeitung zu machen.

Der zweite Vorschlag: Gegen die stehende Rede von der Orientierungslosigkeit, von der neuen Unübersichtlichkeit behaupte ich, wir wissen sehr gut, aber wir tun nicht. Statt der manchmal etwas wehleidigen Wertediskussion in unserer Gesellschaft wünschte ich mir veränderte Verhaltensweisen und die Frage,

wie wir dazu kommen, etwa Überanpassung, unter der wir in der DDR gelitten haben, Überanpassung nicht schon wieder zu belohnen. Das könnte etwa im Zusammenhang Ihrer Überlegungen heißen, daß die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes, daß die Art und Weise, wie für die Mitarbeit geworben wird, viel genauer und viel kritischer betrachtet wird, als das bisher geschehen ist. Ein Beispiel aus meiner Arbeit: Ich dränge darauf, daß die Kirchen in Ostdeutschland wie in Westdeutschland ihre Pfarrer und Pfarrerinnen verpflichten, nicht mit einem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Das sagt nichts über die demokratische Legitimation dieses Geheimdienstes, es sagt aber etwas über die Qualifikation von Beichtgeheimnis. Ich erlebe dafür wenig Verständnis, außer einer Landessynode im Osten Deutschlands, die das bisher beschlossen hat. Ich spreche von Überanpassung und der Frage: Wie gut gelingt die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes, wenn ich höre, daß auf Mecklenburger Zeltplätzen vor wenigen Wochen eine ganze Reihe von Verpflichtungserklärungen eingeholt worden sind. Und das Land Mecklenburg-Vorpommern wird davon zur Zeit erheblich beunruhigt. Daß dies so schnell schon wieder möglich ist, daß unterschrieben wird und daß fast die gleichen Zielgruppen observiert werden sollen wie zu DDR-Zeiten, beunruhigt mich erheblich.

Mein dritter Vorschlag: Ich frage, welche Möglichkeiten es im Rahmen des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes oder darüber hinaus gibt, Geschädigte zu rehabilitieren. Sie wissen sicherlich, daß es eine kleine lockere Organisationen von Menschen gibt, die als operativer Vorgang bearbeitet worden sind und die dadurch erheblich geschädigt worden sind. Ich wünschte mir, daß bei den operativen Personenkontrollen in Einzelfallprüfung für die operativen Vorgänge generell Rehabilitation vorgesehen wird. Die Schädigung ist häufig, wenn man das überhaupt vergleichen kann, kaum geringer als die derer, die für einige Zeit im Gefängnis sitzen mußten: biographische Brüche, Zerstörung von Partnerbeziehungen, Zerstörung von Lebensplänen, oft auch Zerstörung der Gesundheit. Diese Rehabilitation wird in der Regel nicht dadurch möglich sein, daß man finanzielle Unterstützung gibt, und ich kenne auch kaum von operativen Vorgängen Betroffene, die Geld haben wollen. Aber sie wird vielleicht in der Weise möglich sein, daß man in etwa die Ausbildungs- oder Arbeitssituation wiederherzustellen versucht, die vor dieser Schädigung bestand. Das wird unendlich schwer sein. Es hat manche Versuche gegeben, Ausbildungsabschlüsse gemäß Berufserfahrung anzuerkennen, das scheint mir aber alles nicht weit genug zu gehen.

Die finanzielle Unterstützung von Initiativen, also ob es neben der Stiftung BB dann auch eine Stiftung AI gibt, das finde ich spannend, aber es ist heute so oft gesagt worden, daß ich es nicht ausbreiten muß.

Einen Punkt aber will ich ansprechen unter dieser Frage von Rehabilitierung von Geschädigten. Ich habe in meiner nebenamtlichen Tätigkeit für die Unterstützung von Stasi-Opfern – das ist im Land Brandenburg und da gibt es keinen Landesbeauftragten und das heißt, ein Teil der Arbeit, die eigentlich zum

Landesbeauftragten geht, landet dann bei mir – immer wieder mit Menschen zu tun, die ich unsichtbare Opfer nenne. Das sind Menschen, die keine Initiative, keine Unterstützungsgruppe gefunden haben oder die sich dort gar nicht hinwagen. Da ist Frau S. – sie ist bei einer Reise in die Tschechoslowakei an der Grenze aufgehalten worden, sie ist 1 1/2 Tage nackt in einer Zelle an der Grenze festgehalten worden. Drei Wochen später sind ihr die Haare ausgefallen. Sie ist gegen Perücken allergisch geworden, sie hat nicht nur ihren Partner, sondern auch ihre Arbeitsstelle verloren, das ist 1981 passiert. 1988 endlich konnte ein Fachkrankenhaus ihr sagen, daß sie ein Bestrahlungsopfer ist. Aber es gibt keine Unterlagen darüber; sie muß jetzt noch einmal beginnen, diese ganze Geschichte durchzugehen. Sie hat erst jetzt bestätigt gefunden, daß es solche Bestrahlungen gab. Wir wissen von mindestens zwei Bezirksverwaltungen der Stasi, wo Röntgengeräte standen. Seit 15 Jahren sucht diese Frau und fragt: Halten mich denn alle für verrückt oder nimmt nicht endlich jemand wahr, daß es Bestrahlung gegeben hat und daß ich nachhaltig geschädigt worden bin?

Sie wissen, daß die meisten Menschen, die in Aufarbeitungsinitiativen arbeiten, eine Fülle solcher Geschichten erzählen könnten, und ich vermute, daß auch die Enquete-Kommission eine ganze Reihe solcher oder ähnlicher Einzelfälle gehört hat. Ich verzichte darauf, andere zu erzählen, aber ich könnte, und es fällt mir schwer, an dieser Stelle nicht weiterzuerzählen. Rehabilitation von Geschädigten, die nicht inhaftiert waren, die ich unsichtbare Opfer nenne, ist nötig! Ich wünschte mir, daß die Dauer, die Anmeldedauer und der Geltungsbereich des Unrechtsbereinigungsgesetzes weitergefaßt wird. Ich sehe nicht, wie solchen Menschen anders und noch rechtzeitig Hilfe und vielleicht sogar Gerechtigkeit widerfahren könnte.

Ich komme zum letzten Punkt, meinem vierten Vorschlag: Ich wünschte mir Verständigung über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses. Ich ahne nicht, wieviel Verständigung es innerhalb der Initiativen gegeben hat, ob es überhaupt Verständigung in dem komplizierten Dialog zwischen Fachwissenschaftlern, Politikern und Politikerinnen und den Initiativen, also den Betroffenen, schon gab. Aber es hat mich tief beeindruckt, in einem Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der Wahrheitskommission, die jetzt in Südafrika zu arbeiten beginnt, zu hören, daß ihr Ziel „Heilung gesellschaftlicher Beziehungen“ heißt. Selbst wir, die wir als Theologen manchmal eine so ungenau warmherzige Sprache sprechen, sind darauf nicht gekommen, übrigens auch nicht darauf, was die Südafrikaner geschafft haben: eine Liturgie zu machen, die diesen harten Prozeß begleitet. Heilung gesellschaftlicher Beziehungen – zum Heilen würde etwa gehören, was wir von Frau Ellmenreich vorhin erzählt bekamen, daß man Wunden lange genug offenhält, durch die Benennung einer Straße an der richtigen Stelle. Also was sind die Ziele? Reicht es zu sagen, den Tätern sollte es doch auch ein bißchen schlechter gehen? Dieses Ziel kann ich verstehen. Reicht es, daß die Opfer entschädigt werden? Ich meine, es reicht nicht, so mangelhaft die Entschädigung bisher auch passiert ist. Es reicht nicht, weil dann immer noch eine gute gesellschaftliche Sortierung von Tätern und Opfern

fortgesetzt wird, die Täter sich zurückziehen können, die Opfer sich in ihrer Opferrolle festmachen und festmachen müssen. Kann es möglich werden, daß so etwas wie eine Täter-Opfer-Konfrontation mindestens überall dort passiert, wo Täter von gestern, die ja manchmal auch Täter von heute sind, in gesellschaftlich einflußreichen Positionen sitzen, wo Menschen Lebensorientierung bekommen oder wo über Gemeinschaften, ihren Charakter und ihre Zukunft entschieden wird. Kurz, ich wünschte mir, daß wir über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses sehr schnell zu sprechen und zu streiten beginnen und daß das Wort Heilung darin einen Platz gewinnt. Wenn es weniger als dies wird, werden wir noch sehr, sehr lange mit dem Aufarbeitungsprozeß zu tun haben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Herzlichen Dank, Curt Stauss. Aufarbeitung von Vergangenheit, jedenfalls von einer solchen Vergangenheit, die wir im Blick haben, ist in einer pluralistischen Gesellschaft ein streitbarer und auch widersprüchlicher Prozeß. Es gibt kein Monopol auf Wahrheit, auch in dieser Frage nicht, und ich denke, bei manchem, das Curt Stauss angesprochen hat, gibt es auch den Bedarf zu reagieren und miteinander ins Gespräch zu kommen. Dazu soll die Möglichkeit sein. Zuerst haben die drei, die hier im Podium sitzen und nun im Anschluß kurz zu diesen Herausforderungen reden werden, dazu die Gelegenheit.

Generalsuperintendent in spe Martin Michael Passauer: Er war Mitglied der letzten Enquete-Kommission und langjährig Pfarrer in Berlin. Er ist mit vielen, die aus der Opposition der DDR auch heute in den Fragen der Aufarbeitung aktiv sind, seit langem verbunden. Anschließend redet dann Jörn Mothes. Auch er war in den 80er Jahren aktiv in dem, was man heute etwas pauschal Opposition der DDR nennt, und ist heute stellvertretender Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Mecklenburg-Vorpommern. Als letzter dann Herr Dr. Rainer Eckert. Er ist Gründungsmitglied der Unabhängigen Historikerkommission und auch in den letzten Jahren durch viele pointierte Beiträge zum Aufarbeitungsprozeß in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Ich bitte alle drei in ihren Beiträgen die Grenze von 10 Minuten möglichst nicht zu überschreiten. Wenn es drunterbleibt, werden nicht alle böse sein. Martin Michael Passauer bitte.

Martin Michael Passauer: Ich bedanke mich und will drei Gedanken meinerseits nochmal unterstreichen, an denen sich die Fragen der Herausforderung noch einmal deutlich zeigen. Bevor ich die drei Dinge nenne, möchte ich gerne noch eine Binsenweisheit erwähnen, denn diese Binsenweisheit ist eine der wichtigsten Herausforderungen: Die Binsenweisheit, daß durch Erinnerung und Erinnern Erneuerung passiert, d. h. auch wenn viele von uns der Meinung sind, an manchen Stellen hätten wir schon genug getan oder geredet, manche Themen hätten wir schon genug reflektiert, manche Fragen hätten wir schon ausreichend behandelt, wir sollten jetzt zu anderen Dingen übergehen, halte ich dies für falsch. Ich denke, daß wir gerade durch die Erinnerung und auch

durch das Erinnern, was schon andere getan oder gedacht haben, auch denen helfen, die das Gefühl haben, daß eigentlich noch nicht sehr viel passiert ist. Denn bei Lichte besehen ist der Aufarbeitungsprozeß an vielen Stellen schon in erheblichem Maße im Gange, und auch dieses nochmal deutlich und öffentlich zu machen, lohnt sich zu erinnern.

Der erste Punkt, den ich gerne noch einmal unterstreichen würde als eine Herausforderung des Aufarbeitungsprozesses, ist das, was ich mit den Folgen der Diktaturschäden beschreiben möchte. In meinem Umfeld – und ich bin, wie gesagt, seit vielen Jahren in Berlin tätig – gibt es in erheblichem Maße Folgen der Diktaturschäden. Ich würde sie einmal darin sehen, daß bestimmte menschliche Werte in zunehmendem Maße pervertiert werden, also das, was man mit dem schlichten Wort „Geborgenheit“ oder „Heimatgefühl“ oder „Angenommensein“ beschreiben würde, verändert sich in Existenzangst und in eine innere Unruhe.

Das zweite, was aus meiner Sicht für jede gesunde Demokratie geradezu lebenserhaltend ist, das ist der Innovationsgeist. Dieser Innovationsgeist verändert und verkehrt sich an vielen Stellen in eine Depressionshaltung. Und da, wo wir von Werteerhalt gerne reden würden, nicht nur menschlicher Werte, sondern auch Werte unserer Schöpfung, kommt es zunehmend zu einem Werteverlust. Deshalb halte ich es für eine unabdingbare Herausforderung des Aufarbeitungsprozesses, diese Demokratieunempfindlichkeit, dieses fehlende Demokratiebewußtsein, die Regression in autoritäre Strukturen als erstrebenswertes Kindheitsmuster unbedingt zu unterbrechen. Ich sehe darin die eigentliche Gefährdung unseres gesellschaftlichen Lebens, denn in vielen Bereichen, gerade bei jüngeren Leuten, hat diese Demokratieunempfindlichkeit als eine Folge der Diktatur immer noch verheerende Auswirkungen. Deshalb wäre aus meiner Sicht eine ganz wichtige Aufgabe für alle hier Beteiligten, sowohl für die Institutionen als auch für die Politik, die befreienden Spielregeln der Demokratie erlebbar zu machen.

Der zweite Punkt, da verstärke ich noch einmal, was Curt Stauss schon gesagt hat: Das Thema Recht und Gerechtigkeit ist ja ein Dauerthema, aber weil es ein Dauerthema ist, muß es immer wieder genannt werden. Die Spannung von der Gebundenheit des Rechtes an eindeutige und weitgehend objektive Maximen und Kriterien, diese Spannung zur Gerechtigkeit als Stärke im eigenen Empfinden, als eine der eigenen Befindlichkeit zuzuordnende Größe, diese Spannung ist die bleibende Zerreißprobe innerhalb unseres Lebens. Die wendebedingten Gerechtigkeitsprobleme bleiben, die empfundene Ungleichheit, die empfundene Umverteilung von Besitz, die empfundenen Transferleistungen zu Ungunsten der Menschen, die empfundenen Verluste, was die eigene Bodenhaftung anbelangt und die Balance zwischen den moralischen und nichtmoralischen Kriterien des Umgangs miteinander. Deshalb sehe ich politische Möglichkeiten in der weiteren Diskussion, die Sie als Politikerinnen und Politiker behandeln müssen. Es ist, denke ich, immer wieder die Frage zu beantworten: Besteht ein Anspruch auf Hilfe gegenüber den ehemals Ostdeut-

schen, und wie ist er begründet? Eine zweite Frage zum Thema Recht und Gerechtigkeit ist: Welche Risiken haben die Hilfe und deren Folgen für das Zusammenleben der Menschen? Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß gerade der sogenannte Aufschwung Ost diesen Zusammenwachsensprozeß behindert und daß hier immer noch einige auf Kosten anderer leben. Welche Risiken haben also die Hilfe und die Folgen für das Zusammenleben von uns in Gesamtdeutschland? Die dritte Frage, denke ich, die in diesem Zusammenhang öffentlich ausgesprochen und beantwortet werden muß, lautet: Sind die DDR-Bürger so etwas wie unverschuldete Opfer des Zweiten Weltkrieges, und gibt es den unverschuldeten Opferstatus? Gerade in der Stadt Berlin, wo sehr viel Spannungen zwischen Ost und West immer wieder auftreten, ist dies die wichtige Frage. Gibt es so etwas wie einen unverschuldeten Opferstatus oder ist der Mensch, der Opfer ist, nicht letztlich selber daran schuld? Und inwieweit ist die Bevölkerung der ehemaligen DDR ein Opfer der Diktatur des Proletariates oder nicht? Gerechtigkeit, das wäre mein Vorschlag vielleicht auch für die Diskussion, sollten wir, wenn wir den Begriff überhaupt noch benutzen, aus dem Singular herausbringen. Gerechtigkeit erweckt immer den Eindruck, als gäbe es die Gerechtigkeit, und hätte man die Gerechtigkeit, dann würde das Leben gerecht zugehen. Wir alle wissen, daß es 'die Gerechtigkeit' überhaupt nicht gibt. Deshalb ist mein Vorschlag, darüber zu diskutieren, ob man aus dem Begriff Singular „der Gerechtigkeit“ die „Gerechtigkeiten“ macht und Gerechtigkeit eigentlich viel stärker definiert als die Minimierung von Ungerechtigkeit.

Der letzte Punkte, den ich im Zuge unserer Diskussion gerne nennen würde: Das Dreieck Individualität, Kollektivität, Freiheit. Beklagt wird auch heute noch immer wieder der Verlust an Solidarität. Es gibt ja als Gegenwehr zu der Individualität und zu der erlebten Freiheit bei vielen so etwas wie so ein Subbotnik-Verhalten, das heißt, wenn einer ruft, dann treten alle an. Ich denke, in diesem Spannungsfeld von Individualität, von Kollektivität und von Freiheit liegt heute ein wesentlicher Punkt der Aufarbeitung. Individualität wird oft verwechselt mit einem Maß an Freiheit – was immer auf Kosten anderer geht. Und in dem Freiheitserleben, da komme ich nochmal zu dem ersten Punkt, in dem Freiheitserleben und Freiheitsempfinden von Menschen, die so etwas wie eine Demokratiemüdigkeit haben, liegt immer auch ein erhebliches Maß an Verweigerung. Es gibt viele Menschen, die mit dem Begriff 'ich lebe meine Freiheit und ich gestalte mir meine Freiheit' letztlich aus dieser zu gestaltenden Gesellschaft aussteigen und sich in eine Verweigerungshaltung begeben, die langfristig uns im gesellschaftlichen Zusammenlebensprozeß nicht sehr hilft. Deshalb sind diese drei Punkte für mich wichtig zu diskutieren.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Ich danke sehr herzlich. Ich möchte Herrn Mothes bitten, unmittelbar anzuschließen.

Jörn Mothes: Vielen Dank meine Damen und Herren. Zu dem Einleitungsstatement vielleicht als kurzen Hintergrund: Die Dienststellen der Landesbeauftragten arbeiten ja an einer ganz spannenden Schnittstelle in unserer Gesell-

schaft. Nämlich an der, auf der einen Seite täglich mit Bürgern in Begegnung zu kommen, die ihre DDR-Biographie in ganz unterschiedlicher Weise erlebt und praktiziert haben, und auf der anderen Seite genau diese erzählte Biographie einzuordnen in die Fragestellung, was ist heute wichtig für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt von Forschung, unter dem Gesichtspunkt von Gerechtigkeit. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel versuchen ein paar Ideen hinsichtlich der Inhalte künftiger Aufarbeitungsdiskussionen darzustellen. Uns besuchte vor kurzem ein Lehrer, und uns besuchten am Tag danach einige Schüler anläßlich einer Bildungsveranstaltung, in der es um DDR-Geschichte ging. Der Lehrer erzählte, er sei wegen IM-Tätigkeit von der Schule entlassen worden und wolle nun wissen, ob das zu Recht geschehen sei oder nicht. Die Schüler kamen am nächsten Tag und protestierten gegen die Entlassung dieses Lehrers, denn es war der liebste Lehrer. Ich glaube, das haben viele von Ihnen auch schon einmal als Beispiel erlebt. Aber genau ein Jahr später kam wieder eine Schulklasse, die erzählte, bei uns an der Schule war mal ein Lehrer, der wurde entlassen. Und wir fragen den Direktor, warum wurde er denn entlassen. Und der Direktor sagt, der ist krank, der ist nicht mehr da. Der Direktor wich in seinen Begründungen aus. Er traute es sich nicht auszusprechen – Hintergrund dieser Entlassung war eine IM-Tätigkeit. Im Laufe eines Jahres war ein rechtsstaatliches Verfahren, nämlich die Überprüfung, in der öffentlichen Diskussion umgewertet worden und plötzlich war die IM-Tätigkeit so etwas wie eine Krankheit, wie ein tödlicher Virus, der diesen Lehrer von der Schule beseitigt hatte. Alle Beteiligten in diesem kurzen Beispiel haben ein gestörtes Verhältnis zur Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit. Ich frage mich auch nach Erlebnis des heutigen Vormittags: Wo bleibt unsere Lebendigkeit im Umgang mit unserem eigenen gelebten Leben? Warum machen wir in der großen Runde einen bedrückten Eindruck, wenn wir von DDR-Vergangenheit sprechen? Wo bleibt die christliche Botschaft derer, die vor uns reden, wenn sie im Alltag auch das Evangelium vertreten? Warum ist die Orientierung auf Normen, auf Rechte, auf Gesetze so überstark, daß sie in ihrer Nichterfüllung offenbar viel Frustrationen befördert? Ich frage mich, wie schaffen wir es, künftig Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses lebendiger zu gestalten und anzubieten.

Zweitens: Ich glaube, daß der sogenannte „Prozeß der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ ein Prozeß ist, der ganz stark in einzelnen Gruppen passiert. Entweder in Aufarbeitungsinitiativen, von denen wir heute gehört haben, die natürlich Öffentlichkeitsarbeit machen oder einen sehr hohen Anspruch haben, aber in sich recht geschlossene Gruppen sind, und auf der anderen Seite existieren jedenfalls in Mecklenburg-Vorpommern sehr gut eingerichtete Täterverbände, die ebenfalls eine Gruppe bilden. Zwischen beiden Gruppen gibt es nahezu kein Gespräch, es gibt nahezu keinen Austausch mehr, wie dies 1990/91 noch der Fall war. Ich frage, wie können wir die Herausforderungen des Aufarbeitungsprozesses, nämlich Ziele zu formulieren, zwischen diese Gruppen bekommen? Wie können wir die Aufarbeitung nicht nur zu einem

Thema an der Universität oder zu einem Thema in unseren Aufarbeitungsgruppen werden lassen? Welche Angebote darüber hinaus müssen bestehen?

Drittens: Eine wesentliche Herausforderung ist die Orientierung auf regionale Projekte zur Aufarbeitung. Also weg von den allgemeinen Aussagen, die Gesellschaft wird besser, wenn wir das und das aus der Vergangenheit kennen, oder diesem Satz: 'die DDR war so oder so'. Ich glaube, daß es ein sehr wichtiger Punkt sein könnte, Vergangenheit regional zu betrachten, auch wenn das manchmal vielleicht unwissenschaftlich zu sein scheint. Ich sehe an dieser Stelle auch die Notwendigkeit, die Archivalien, die vorhanden sind, als phantastische Quellen im Zuge dieser Diskussion besser nach zu einem Grundsatz zur Verfügung zu stellen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es drei Kilometer DDR-Akten außer den Stasi-Akten, 1,5 Kilometer SED-Unterlagen und 1,5 Kilometer Unterlagen der Massenorganisationen. Dafür gibt es zwei Archivare. Das heißt, wenn Sie heute in Greifswald einen Forschungsantrag stellen, um ein regionales Projekt zu befördern und damit vielleicht die Aufarbeitung zu verbessern, bekommen Sie am 21. November einen ersten Lesetermin oder einen Gesprächstermin, wegen der Zurverfügungstellung von Akten. Wie kann regionale Forschung an dieser Stelle bessere Grundlagen bekommen?

Ein vierter Gedanke: Die Auseinandersetzung um DDR-Geschichte innerhalb der Kultur hat begonnen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Filme, die in den vergangenen Wochen und Monaten im Fernsehen gezeigt wurden, erheblich beitragen zu dem, was wir mit Aufarbeitung beschreiben, und zu den Zielstellungen, die auch Herr Stauss zu benennen versucht hat. Denn offensichtlich ist unsere Kultur wesentlich so geprägt, daß viele Inhalte weiterhin über das Fernsehen besser transportiert werden als über Bücher oder wissenschaftliche Werke. Also müssen die Fernsehmacher ermutigt werden, weitere Filme zu machen, in denen die DDR, die DDR-Mentalität und auch die Staatssicherheit vorkommen.

Der fünfte Punkt wurde schon angesprochen: Ich wollte mich stark einsetzen für die Gruppe der Menschen, deren Lebensbiographien durch Einflüsse staatlicher Stellen – nicht nur der Staatssicherheit – nachweislich verändert worden sind. Ich denke, Rehabilitierung auch im rechtlichen Sinne sollte an den Stellen passieren, wo biographische Brüche zu erkennen sind, wo starke Einflußnahmen auf den Lebenslauf des einzelnen nachzuweisen sind, und sollte nicht sozusagen ausschließlich auf beispielsweise den Nachweis einer Hausdurchsuchung oder eines Abhörens eines Telefons oder ähnlicher Dinge reduziert werden. Genau an dieser Stelle scheitern aber viele Leute in den Rehabilitierungsverfahren – gerade auch in bezug auf die berufliche Rehabilitierung.

Der letzte Punkt: Die Herausforderung des Einordnens unseres Prozesses der Auseinandersetzung in die Prozesse der Aufarbeitung von Vergangenheit in anderen Ländern wie z. B. Polen oder Rumänien sollte in unserem Land viel mehr thematisiert werden, es sollte viel mehr Möglichkeiten geben sich darüber zu informieren, um zu einer besseren Auseinandersetzung und auch zu

Vergleichsmöglichkeiten hinsichtlich der eigenen Biographie zu kommen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Vielen Dank, Jörn Mothes. Es schließt unmittelbar an Dr. Rainer Eckert.

Dr. Rainer Eckert: Meine Damen und Herren, der Aufarbeitungsprozeß stellt seit 1989 ein komplexes politisches, wirtschaftliches, kulturelles und individuelles Problem dar, in dem sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mit handfesten politischen Interessen verbindet. Es ging und geht um die Beseitigung der Strukturen des Staates der SED, um die Wiedergutmachung von Unrecht, den Elitenaustausch, die kritische Auseinandersetzung mit Opposition und Repression und auch um die Integration derjenigen Menschen, die bereit und in der Lage waren, sich mit aus der Diktatur stammenden Belastungen kritisch und glaubwürdig auseinanderzusetzen. In diesem Prozeß gesellschaftlicher Katharsis konnten in den vergangenen Jahren in Teilbereichen viele Erfolge verbucht werden. In anderen Bereichen ist die Bilanz eher negativ. In den kommenden Jahren wird es für die Aufarbeitung wichtig sein, beide deutsche Diktaturen in vergleichender Perspektive zu analysieren, ihre alltäglichen Wirkungsmechanismen stärker zu berücksichtigen und von der ganz einseitigen Konzentration auf spektakuläre Ereignisse und den in den Medien gut zu vermarktenden Persönlichkeiten wegzukommen. Die gesamtgesellschaftliche Diskussion muß auf solche grundlegenden Phänomene wie das der Denunziation in der deutschen Geschichte, auf die Frage nach dem richtigen Leben in der Diktatur und auf die Frage nach Zivilcourage in Diktatur und Demokratie erweitert werden. Dabei gibt es eine zunehmende Tendenz des Vergessens und der Verharmlosung der diktatorischen Vergangenheit aus politischem Interesse und auch der Notwendigkeit, gegen die zunehmende Abwendung des Westens vom Osten anzukämpfen. Allerdings sollte klar sein, daß nicht diese Aufarbeitung und politische Bildung über den Erfolg allein entscheiden werden, sondern zunehmend soziale Bedrängnisse und Arbeitslosigkeit an Bedeutung für die Einschätzung der Vergangenheit gewinnen.

Zum ersten Punkt: In einzelnen gesellschaftlichen Bereichen ist wohl die Beseitigung der Strukturen des SED-Staates auf der Habenseite entscheidend. Beim Austausch der Eliten ist der Befund zwiespältig. So erfolgte ein weitgehender Elitenaustausch in der Forschung und universitären Ausbildung, in der Justiz, der Diplomatie und der Bundeswehr. Von anderen Bereichen wie Polizei, der Arbeitsverwaltung und der Volksbildung ist das so nicht zu sagen. Zum Problem wird zunehmend das Wirken alter Seilschaften und der inzwischen neu etablierten Ost-West-Interessenvertretungen oder -gemeinschaften.

Darüber hinaus ist für den Bereich der Aufarbeitung problematisch, daß die etablierte Zeitgeschichtsforschung inzwischen fast vollkommen vom Westdeutschen beherrscht wird. Das widerspricht zunehmend dem Grundsatz, die deutsche Geschichte in beiden Diktaturen gemeinsam aufzuarbeiten. So wäre eine aus dem Umfeld der Bürgerbewegung stammende und ihren Ideen verpflichtete eigenständige Forschungseinrichtung weiterhin wünschenswert,

wenn auch momentan wohl nicht realisierbar. Unabhängig davon ist jedoch die Förderung der Aufarbeitungsgruppen, der Opferverbände und antistalinistischen Vereinigungen in ihrem Bemühen um die Klärung der Vergangenheit. Gerade hier gibt es dringend zu behebende Defizite – viele sind auch heute vormittag schon genannt worden. Ich möchte trotzdem auf einige eingehen. Zu diesen Defiziten gehört die vollkommen unsichere und ungenügende finanzielle Absicherung dieser Gruppen und, das scheint mir besonders wichtig zu sein, das Fehlen von Beziehungen zur akademischen Forschung mit deren Publikationsmöglichkeiten. Die akademische Forschung in Deutschland nimmt die Publikationen der Aufarbeitungsgruppen in der Regel nicht oder nur sehr zögerlich wahr.

Ein zweiter Punkt, der die Arbeit der Gruppen erschwert, ist, daß ein fester Mitarbeiterstamm bisher in der Regel nicht bezahlt werden konnte. Die Förderung durch ABM ist vollkommen unzureichend und Sachmittel sind oft nicht vorhanden. Hier entsteht – und das wurde auch schon erwähnt – ein gravierendes Problem dadurch, daß die vorhandenen Archivalien von physischem Verfall bedroht sind. Das gibt mir das Stichwort Ormig. Ein Großteil von Oppositionsmaterialien, Flugblätter etc. sind vor 10, 15 Jahren über Ormig – ein heute kaum noch bekanntes Verfahren – vervielfältigt worden. Diese Ormigsubstanz zerfrißt das Papier. In den nächsten fünf Jahren wird ein Großteil des Materials einfach verfallen. Die Restauration ist noch möglich, aber sehr kostspielig. Sie muß aber in den nächsten fünf Jahren erfolgen. Wenn hier nichts passiert, geht aus meiner Sicht heraus wertvolles Kulturgut verloren. Die Isolierung der Gruppen erhöht darüber hinaus, daß ihre Mitarbeiter in der Regel zu wissenschaftlichen Tagungen nicht eingeladen werden und daß die Ergebnisse ihrer Forschung gemessen an professionellen Standards von der universitären Forschung nicht ausreichend geschätzt werden. Die Gruppen haben bisher kaum Einfluß auf die Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung, und auch der Zugang zu Medien gestaltet sich sehr schwierig.

Drittens: In dieser Situation ist für die Fortführung des Aufarbeitungsprozesses eine Institution, eine Stiftung unverzichtbar, die die solide und langfristige Finanzierung der Aufarbeitungsgruppen, die Interessenvertretung der Opfer, die Wiedergutmachung, die Beförderung der Verbindung zwischen den Gruppen einerseits und andererseits der etablierten Forschung, den Medien und der politischen Bildung in die Hand nimmt oder zumindest unterstützt. Notwendig ist auch die Herstellung von Öffentlichkeit für die Gruppen und die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter. Ein weiterer Punkt ist die Unterstützung bei der Erleichterung der Durchsetzung von Projekten bei Arbeitsämtern, was immer wieder ein schwieriges Problem ist. Diese dringend benötigte Vermittlungsstelle einer Stiftung sollte nicht oder nur im geringen Ausmaß Träger eigener Forschung sein, müßte sich dagegen als Schaltstelle zu Schulen, Schulbuchverlagen, zu Gedenkstätten, zu Museen, zu Rundfunk und Fernsehen verstehen. Darüber hinaus könnte sie in Zusammenarbeit mit bestehenden Einrichtungen – wie dem Matthias-Domaschk-Archiv – das Sammeln von Archivgut der DDR-Opposition und des Widerstandes fördern und dessen Aufbewah-

rungsorte dokumentieren. Das Sammeln der Archivalien selbst sollte bei den Gruppen und Vereinigungen verbleiben, da es ihnen besonders leicht fällt, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens seltene Dokumente aus Privathand zu erhalten. In weiterer Zukunft wäre eine Publikation von Materialien für die politische Bildung, ein Handbuch zum Widerstand und Opposition der DDR sowie die Sammlung von Lebensberichten denkbar. Dazu könnten ein Informationsbulletin, die Vermittlung von Ost-West-Kontakten sowie von Kontakten zu oppositionellen Bewegungen in Osteuropa und ein Register der laufenden Forschungsarbeiten kommen.

Ich komme zum Schluß und zu meinem vierten Punkt: Ich denke, daß eine solche Institution, die sich mit der SED-Diktatur befaßt und sich die beschriebenen Aufgaben zum Ziel setzt, zur Zeit in Deutschland nur der Bundestag durchsetzen kann. Es handelt sich dabei um eine Aufgabe, die unmittelbar auf ihre Lösung drängt, damit nicht der größerwerdende Abstand zur Diktatur, die Nostalgie und die politisch-instrumentalisierte Verklärung umso schneller wachsen. Dem sollten Bundestag und andere politische Institutionen energisch widerstehen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Herzlichen Dank, Rainer Eckert. Wir kommen jetzt in die Phase der Diskussion. Es ist wieder so wie am Vormittag, daß wir in einer ersten Runde die Mitglieder der Kommission bitten, Beiträge zu geben oder Fragen zu stellen. Ich denke, gerade dieser Themenkomplex ist besonders dazu geeignet, miteinander ins Gespräch zu kommen. In einem zweiten Teil der Diskussion wird diese dann für das Publikum geöffnet. Dadurch, daß wir die Reihenfolge – wie angesprochen – umgestellt haben und ich selbst einen Termin mit Prof. Geremek aus Polen habe, der sich um 1 1/2 Stunden vorgeschoben hat, muß auch ich in wenigen Minuten den Raum verlassen, so daß Tilo Braune dann die Diskussion weiter moderiert. Auf der Liste ist der erste Prof. Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Es tut mir leid, daß Pfarrer Stauss nun schon gehen mußte, aber trotzdem wird man sich natürlich mit seinem Referat beschäftigen müssen, das ja grundlegend gemeint war.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Ich denke, das sollte man wirklich so halten. Er kann nicht mehr antworten, aber das Ganze wird ja dann auch gedruckt, und die Auseinandersetzung mit den Thesen muß hier an dieser Stelle erfolgen.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Pfarrer Stauss hat einen Satz gesagt, der mir sehr wichtig gewesen ist: Die Täter erinnern sich nicht, aber die Opfer umso mehr. Das ist eine Formulierung, mit der man vieles von dem beschreiben kann, was wir heute erleben und was wir in Zukunft wahrscheinlich noch stärker erleben und als Problem empfinden werden. Wo meine Probleme beginnen, das ist der Ort, wo es dann theologisch wird. Pfarrer Stauss hat unter Berufung auf Mandela und die südafrikanische Versöhnungskommission als Frage nach einer Verständigung über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses von der Heilung ge-

sellschaftlicher Prinzipien geredet. Als Theologe habe ich zunehmend meine Probleme, wenn theologische Begrifflichkeiten oder Begrifflichkeiten, die theologisch aufgefüllt werden, allzu rasch in den Bereich von Politik hineingezogen werden. Ich glaube, da wird es ganz schwierig. Nun ist es natürlich besonders schade, daß Curt Stauss nicht mehr hier ist, denn Theologen haben es so an sich, daß sie sich die Autoritäten gegenseitig vorführen, auf die man sich berufen kann. Dietrich Bonnhoeffer hat kurz vor dem Ende einer deutschen Diktatur darüber nachgedacht: Wie wird das eigentlich sein, wenn das alles mal zu Ende ist? 1944 in Tegel im Gefängnis hat er darüber nachgedacht. Wie kann das dann weitergehen? Und er hat eben nicht von Heilung gesprochen, auch wenn er ein Bild benutzt hat, sondern er hat das Bestwünschbare, was dann herauskommen könne, „Vernarbung" genannt. Das ist nicht ganz so wohlwollend gedacht, sondern ist im Grunde genommen sehr realistisch gesehen: Liebe Leute, vieles wird letztlich als Wunde erkennbar bleiben, auch wenn man zunehmend mit dieser Wunde und dieser Verwundung leben kann, aber sie wird sichtbar bleiben. Ich glaube, in diesem Bild findet sich genauso wie in dem Bild von der Heilung, das hier herangezogen worden ist, ob es nun Heilung ist oder Vernarbung, daß alles nur funktionieren kann, wenn entweder eine vernünftige Wundpflege oder eine vernünftige Therapie stattgefunden hat. Gerade diese Phase der Therapie ist eben die Aufarbeitung von Geschichte, ist die Aufarbeitung von Diktatur. Ich glaube, wir sollten mit solchen Begriffen wie Heilung vorsichtig sein, solange wir noch nicht mit einiger Begründung sagen können: Wir haben die Wundpflege, haben die Therapie in hinreichendem Maße tatsächlich durchgeführt. Sonst passiert das, was eben bei einer zu schnell abgebrochenen Therapie oder bei einer schlecht versorgten Wunde zu passieren pflegt, daß die Dinge dann alle noch einmal aufbrechen und alle noch einmal therapiert und gepflegt werden müssen. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Prof. Maser. Markus Meckel hatte mich gebeten, die Moderation zu leiten. Wir haben die Kritik von Curt Stauss aufgegriffen, der zu viele Theologen in dieser Runde monierte, vier Theologen und ein Historiker, nun ist zumindest ein Theologe durch einen Mediziner ausgetauscht worden, deshalb ist auch Ihr therapeutischer Ansatz auf offene Ohren getroffen. Ich rufe als nächsten Prof. Jacobsen auf.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Passauer, ich würde gerne noch einmal mit Ihnen gemeinsam und den anderen nachdenken wollen über Ihre verschiedenen Formulierungen zum Problem der Gerechtigkeit. Ich habe gelegentlich bei der Aufarbeitung den Eindruck, daß wir uns manchmal die Sache doch etwas leicht machen. Wir sind klüger, wir kommen vom Rathaus, und wir vergessen häufig das Verhalten und die Verhaltensmöglichkeiten von Menschen in Diktaturen, wo wir nicht immer mit absoluter Sicherheit sagen können, wie nun das Verhalten wirklich zu beurteilen ist. Was ist Gerechtigkeit den Menschen gegenüber in totalitären Systemen? Das betrifft das Dritte Reiche in hohem Maße, aber auch die SED-Diktatur. Wie können wir vor dem Hintergrund der Biographien diesen Menschen Gerechtigkeit gegenüber walten lassen, wissend, daß viele bona fide gehandelt haben, auch in der

DDR-Diktatur, im Glauben an eine bessere, menschlichere, gerechtere Ordnung, und die von Jahr zu Jahr mehr enttäuscht worden sind. Also auch hier wäre der Zeitfaktor zu sehen, wann können wir mit unserer Kritik beginnen? Menschen, die den Irrtümern erlegen sind, die versagt haben, die Schwächen gezeigt haben, die verführt, manipuliert und mitschuldig geworden sind. Ob wir da vielleicht noch einmal versuchen, doch mehr zu differenzieren und es nicht zu einfach machen, indem wir sagen: auf der einen Seite haben wir die Täter und auf der anderen Seite die Opfer. Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus.

Abschließend eine Bemerkung – Herr Stauss ist nicht mehr da, aber er hat mit Recht danach gefragt, was eigentlich Sinn und Zweck der Aufarbeitung ist. Ich glaube, im Grunde nichts anderes als das, was wir ja auch nach 1945 versucht haben. Allerdings nicht, wie Herr Stauss meint, erst aufgeklärt durch die Arbeiten unserer amerikanischen Kollegen, das ist Legende. Hier gibt es in der historischen Forschung im In- und Ausland schon viele klare Aussagen, die also nun die Realitäten offengelegt haben. Das Ziel ist und bleibt erinnernd zu verstehen, Herr Passauer, ich glaube, da werden Sie mir zustimmen können, als Stachel heilsamer Unruhe. Eine Stachel heilsamer Unruhe insbesondere für jene, die nicht in solchen Systemen haben leben müssen. Und es geht entscheidend darum, der jungen Generation lebenswürdige Perspektiven zu zeigen und sie zu befähigen, sich mit demokratischen Normen und Werten zu identifizieren, wissend, daß es für uns gar keine Alternative gibt, wenn wir an die Rechte, an die Menschenrechte, an die Würde des Menschen denken. Allerdings – und Herr Eckert hat das anklingen lassen – ist die große Schwierigkeit die, Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit zu verwirklichen in einer Situation, in der die soziale Lage kritisch ist, Berufsaussichten zurückgehen. Hier werden wir mit dem Dilemma im Augenblick nicht fertig, aber vielleicht sollten wir auch darüber noch einmal stärker nachdenken. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Prof. Jacobsen. Mir liegen im Augenblick noch vier Fragen vor. Anschließend, denke ich, sollten wir dem Podium noch einmal die Gelegenheit geben Stellung zu nehmen. Als nächstes hatte sich Prof. Wilke gemeldet.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich kann an die Ausführungen meines Vorredners anknüpfen. Die Problematik Opfer-Täter ist ja nur die eine Seite und Rainer Eckert hat sehr prononciert gesagt, die Abwendung des Westens sei ein Problem in diesem Aufklärungsprozeß. Ich habe den Prozeß immer so verstanden, daß diese Form der Auseinandersetzung mit dieser zweiten Diktatur eingebettet sein muß in die deutsche Teilungsgeschichte, was der Bericht der Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode klar und unmißverständlich deutlich gemacht hat. Michael Passauers Feststellung, daß die 17 Millionen in der alten SBZ/DDR unverschuldet die Folgen des Nazi-Reiches doppelt tragen mußten, verweist auf die eigentliche Dimension der Wiederaneignung und des Vereinigungsprozesses unserer gemeinsamen Geschichte. Bei den Zeitgeschichtlern, auf die sich Rainer Eckert bezieht, ist es ja so, daß ein Teil von ihnen, die jetzt

die 50 überschritten haben und die die Lehrstühle besetzen, dazu beigetragen hat, ein Teilungsbewußtsein im Westen zu entwickeln, in dem die Teilung eine lange Perspektive besaß, und der es für unzulässig hielt, über das Ende der DDR nachzudenken. Das heißt, dieses Wiederfinden der gemeinsamen Geschichte, die Ausrichtung des deutschen Staates in der Mitte Europas auf den Vereinigungsprozeß von ganz Europa sind Aufgaben, die mit dieser Wiederaneignung unserer Teilungsgeschichte zusammenhängen. Und ich will nachdrücklich unterstreichen, was Herr Jacobsen eben ausgeführt hat, daß eben die Frage der Täter und der Opfer nicht einfach schwarz-weiß zu sehen ist, sondern hier uns nochmal bewußt sein muß: in der Geschichte und in der allgemeinen Politik handeln Staaten. Und diese beiden deutschen Teilstaaten waren von Anfang an als Kernstaaten gegensätzlicher Ordnungen konzipiert und haben so gewirkt. Diese Problematik der Umkehr hängt nach meiner Überzeugung sehr stark damit zusammen, wie sehr es uns gelingt, diesen Aufarbeitungsprozeß zu internationalisieren. Weil Sie aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, möchte ich Sie fragen: Wie viele Arbeiten gibt es mittlerweile regionalgeschichtlich, die sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß Mecklenburg-Vorpommern 40 Jahre West- und Seegrenze war? 1990 gab es in Berlin eine Ausstellung, die den Erfindungsreichtum der Menschen zeigte, die die DDR verlassen wollten, und die „Grenzbefestigung", die seitens der bewaffneten Organe vorgenommen wurde. Ich frage weiter: Gibt es Berichte darüber, was in diesen 18 Monaten der Spannung um Polen 1980/81 geschehen ist? Gibt es schon erste Arbeiten darüber, daß es innerhalb der mobilisierten Panzerdivision der NVA über ihr Einsatzziel Auseinandersetzungen gab? Wir wissen, daß es bei der tschechischen Invasion immerhin einen Politoffizier gab, der meines Wissens noch nicht öffentlich geehrt ist, der gefragt hat, ob das sein muß 30 Jahre nach München, daß deutsche Truppen wieder tschechischen Boden betreten. All dies war staatliches Handeln der DDR und wurde von Menschen ausgeführt, wir müssen es in unsere Betrachtung miteinbeziehen. Abschließend will ich noch eine Frage stellen, die ich im Zusammenhang mit dem Teilungsverständnis der westlichen Zeitgeschichtler schon angesprochen habe: Welche Spuren hat die 40jährige Teilungspropaganda sowohl im Westen wie im Osten hinterlassen?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, jetzt laufen die verschiedenen Meldungen doch noch ganz schön üppig ein. Wir sind bei sechs. Als nächstes Dr. Moreau bitte.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Wo meine Probleme beginnen: Ich halte einige Thesen von Pfarrer Curt Stauss für nicht begründet, insbesondere die Frage der Verfassungsschutzarbeit. Im Klartext: er hat wahrscheinlich nie einen Verfassungsschutzbericht gelesen. Ich nehme als Beispiel den Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin aus dem Jahr 1994, der drei Teile hat. Einen Teil über rechtsextremistische Gruppierungen, d. h. neonazistische Strukturen und rechtsradikale Parteien; Teil 2 über linksextreme Gruppen und natürlich die PDS durch zwei kleine Flügel, die kommunistische Plattform und die AG Junge GenossInnen, die jeweils als Mittel der Politik akzeptiert werden; Teil 3:

ausländische Gruppen und fundamentalistische Gruppen. Das hat mit der Tätigkeit und den Berichten des MfS nichts zu tun und auch die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde in Deutschland hat mit dem Arbeitsstil des MfS überhaupt nichts zu tun. 95 % der Informationen des Verfassungsschutzes sind aus offenen Quellen gewonnen, also durch Lesen von Papieren und Zeitungen, die man in Deutschland überall findet. Die Interpretation von Pfarrer Stauss scheint mir ein klarer Angriff gegen die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik zu sein. Das ist mein Standpunkt.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Darüber wird sicher zu diskutieren sein. Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich möchte gleich dort anschließen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Ich halte die Gleichsetzung von MfS und Verfassungsschutz ebenfalls für abwegig. Sie ist ein Produkt puren Formalismus, weil sie nicht erkennt, daß das MfS die Freiheit und die Würde des einzelnen unterdrückt hat, während es Aufgabe des Bundesverfassungsschutzes ist, Gefahrenabwehr für die Freiheit zu betreiben. Die Dienste der Bundesrepublik Deutschland dienen der Demokratie, dem öffentlichen Diskurs und sie ermöglichen erst die Aufarbeitung, mit der wir uns heute hier beschäftigen. Wenn man den Unterschied zwischen MfS und Verfassungsschutz verwischt, gibt man die Wertordnung unserer Verfassung preis und öffnet ideologischer Beliebigkeit Tür und Tor. Ich glaube, daß man der Demokratie wie dem Rechtsstaat mit solchen Äußerungen einen Bärendienst erweist.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Huber. Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte ein anderes Thema angehen, das auch angesprochen wurde. Erst einmal eine Bemerkung zum Thema Täter/Opfer, wo es durchscheint, als wenn bei dem bisherigen Aufarbeitungsprozeß zu sehr schwarz und weiß gemalt wurde. Ich will von den Aufarbeitungsinitiativen reden. Wer eine ganze Anzahl von IM-Akten durchgeschaut hat, der bekommt schon sehr schnell ein Gefühl dafür, daß das mit so einer einfachen Unterscheidung häufig gar nicht geht. Im Bereich derer, die sich intensiv mit solchen Unterlagen befassen, wird man so eine Schwarz-Weiß-Malerei kaum finden. Das trifft genauso auf den Bereich der Überprüfung im öffentlichen Dienst zu. Die Personalkommissionen, die eine ganze Anzahl von Akten gesehen haben, wissen sehr wohl zu unterscheiden, und die Unterstellung, hier würde pauschal und undifferenziert umgegangen, stimmt einfach nicht. Wenn man die Zahl der Kündigungen und die positiven Erfassungen als IM miteinander vergleicht, wird man merken, daß sich hier in den letzten Jahren ein recht differenzierter Prozeß der Beurteilung herausgebildet hat.

Ich möchte auch noch einmal auf Herrn Eckert eingehen. Er beschrieb, daß mittlerweile die Zeitgeschichtsforschung letztlich von den Historikerschulen der alten Bundesrepublik besetzt ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie, daß diejenigen Leute, die intensive Erfahrungen in der DDR hatten und durchaus

eine entsprechende Qualifikation besitzen, stärker ihre Erfahrungen und ihr Wissen in diese Forschung an entsprechend hervorgehobenen Stellen einbringen können?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Herr Häfner bitte.

Abg. Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte das zwar nicht, aber ich muß eine ganz kurze Bemerkung zu dieser Verfassungsschutzkontroverse machen. Ich will das aber nicht neu anheizen. Ich will nur sagen, nicht jede Meinungsverschiedenheit, Herr Moreau, ist gleich ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung.

(Beifall)

Wenn es so wäre, dann müßten wir Herrn Stauss vom Verfassungsschutz beobachten lassen. Ich hoffe, das war nicht so gemeint.

Das Zweite ist: Ich weiß, daß das etwas völlig anderes ist und möchte es nicht vermischen, trotzdem möchte ich Herrn Prof. Huber widersprechen, wenn er sagt, die Tätigkeit der Dienste diene der Demokratie und der öffentlichen Diskussion. Nicht immer ist es so. Und ich sage Ihnen ganz offen, auch wenn ich nochmal die Vorbemerkung machen möchte, daß dies absolut unvergleichbar ist, aber ich sage Ihnen trotzdem offen, daß z. B. für mich in der Gründungsphase der Grünen-Partei in Deutschland das Wissen, daß wir vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, etwas außerordentlich Belastendes war. Weil es dazu geführt hat, daß immer in den Sitzungen, zu denen wir uns trafen, der Verdacht herumging: 'wer ist es denn'? Es wurden mehrfach Leute zu Unrecht verdächtigt. Man wußte natürlich nicht, wer es war, aber allein so eine Atmosphäre – auch in manchen Bürgerinitiativen, ich könnte Ihnen da einiges erzählen – finde ich belastend. Allerdings ist das auch nicht mehr so, wie es in den 70er Jahren einmal gewesen ist, aber ich glaube, zu dem, was wir in diesem Land erkämpft haben und verteidigen sollten, gehört, daß man auch über den Verfassungsschutz bis hin zur Forderung nach dessen Abschaffung kontrovers und sehr kritisch miteinander reden kann, das wäre mir jedenfalls wichtig.

Dann wollte ich aber aus der Diskussion eine Formulierung von Herrn Passauer aufgreifen, die mir sehr wichtig scheint, weil eine Menge von Fragen darin liegt. Und zwar haben Sie die Frage gestellt, Herr Passauer, ob es den unverschuldeten Opferstatus gibt. Ich habe gemerkt, daß da einfach schon in der seelischen Tingierung, mit der ich mich dieser Frage nähere, ein großer Unterschied zwischen Nationalsozialismus und zwischen DDR-Diktatur besteht. Gleichwohl, glaube ich, ist es eine berechtigte Frage, und ich möchte jetzt an Sie, die Herren Referenten, umgekehrt die Frage richten, ob nicht vielleicht mit dem in dieser Frage berührten Problem ein gut Teil der Schwierigkeiten mit dem Aufarbeitungsprozeß zusammenhängen könnte. Ich will es noch ein bißchen deutlicher sagen. Diejenigen, die sich in Initiativen, in Verbänden usw. öffentlich als Opfer erklären und verhalten, und auch die Bürgerrechtler werden ja im Grunde sehr wenig geliebt und angenommen von der übrigen

Gesellschaft, werden nicht als ihre typischen Vertreter betrachtet, was vielleicht auch damit zusammenhängt, daß sie so offenkundig Opfer sind, daß sozusagen dieses Element der Verantwortung, der Mitverantwortung für das Terrorregime demgegenüber sehr stark in den Hintergrund tritt. Im Grunde ist ja im Hinblick auf jeden die Frage erlaubt – es ist nur schwierig, wenn ich sie formuliere: Wo war ich Opfer, wo war ich involviert, wo war ich Mittäter? Obwohl ich selbst immer wieder sage, wir sollten diese Grenze nicht verwischen und schon gar nicht zulassen, daß heute immer mehr die Täter sich in Talkshows als Opfer gerieren, frage ich mich trotzdem, ob diese klare Entscheidung Täter/Opfer immer funktioniert, und ob nicht das harte Urteilen über die Täter eine innere Klarheit darüber einschließen muß, daß auch sie in gewisser Weise Opfer sind. Ich weiß, daß das provozierend klingt, aber diese Frage wollte ich noch einmal aufwerfen und eine zweite Frage anschließen.

Die zweite Frage richtet sich auf den inneren Prozeß der Aufarbeitung, der meines Erachtens in dem, was wir diskutieren, wenn wir über die justitielle Aufarbeitung sprechen, nur ganz wenig anklingen kann. Ein Teil dieses Problems, nämlich der Satz 'Wir haben Gerechtigkeit gewollt und den Rechtsstaat bekommen', hängt ja auch damit zusammen, daß Gesetze eben Verfahren regeln, aber nicht jeweils dem einzelnen Menschen gerecht werden können. Mich interessiert einfach: Was ist Ihr Eindruck bei Ihrer konkreten Arbeit, in Ihrem Erleben, wie die Menschen damit umgehen? Was ist Ihr Eindruck, welche Hilfen nötig wären oder gegeben werden könnten, um zum einen die Aufarbeitung seelischer Traumata durch erlittene Verfolgung und zum anderen die Aufarbeitung von Traumata durch Schulderleben und Gewissen, also durch ein sich meldendes Gewissen, was man zunächst einmal unterdrücken und gar nicht zulassen will, zu verbessern? Was kann an Hilfestellung gegeben werden, damit das gelingen kann?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Häfner. Ihre Aussage hat Herrn Prof. Wilke zu einer spontanen Wortmeldung zu dieser Thematik veranlaßt. Bitte Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Zwischen Herrn Häfner und mir dürfte unstrittig sein, daß zu den Gründungsinitiativen der Grünen eine ganze Reihe von ehemaligen Maoisten und K-Grüpplern gehören. Und zum zweiten, da wir uns hier in der Normannenstraße befinden, möchte ich daran erinnern, daß in der Deutschland-Arbeitsgruppe der AL in West-Berlin mindestens zwei enttarnte MfS-Agenten mitgearbeitet haben. Ich glaube, das sind beides Gründe genug, warum der Verfassungsschutz in der Frühphase der Formierung der Grünen sich für sie interessiert hat.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Gut, auch noch zu dieser Problematik als Zwischenruf Herr Prof. Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ich glaube ganz wichtig, lieber Herr Passauer, ist ja der eben auch angeschnittene Gesichtspunkt: unverschuldeter Opferstatus. Und ich bekenne, ich habe mich mit diesen Fragen insbe-

sondere im Zusammenhang mit dem Dritten Reich sehr eingehend befaßt. Ein überragendes Beispiel ist für mich – stellvertretend für viele – ein sehr prominentes Opfer vom 20. Juli 1944, Graf Stauffenberg. Aber auch er zählte zu jenen Menschen, die mitgerissen von der Bewegung 1933 zunächst dieses System mitgestützt, mitpropagiert haben – bona fide. Ich glaube, man könnte auch ohne Übertreibung sagen, in der Anfangsphase der DDR gab es viele, die überzeugt waren, daß dieses, was man nun in der SBZ und später in der DDR versucht hat, doch eine richtige zutreffende Antwort auf das verfehlte Experiment des Nationalsozialismus war, bis sie dann von Jahr zu Jahr mehr erkennen mußten, um was für eine Diktatur es sich handelte; aber am Anfang haben sie eben auch dieses System stabilisiert, sich damit identifiziert, bis dann schrittweise ein Bruch kam, der zu oppositionellem Verhalten geführt hat. Ich habe da also meine großen Zweifel, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen, lieber Bruder Passauer.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Das wird nach Abschluß der Wortmeldung geschehen können. Als nächster jetzt in der regulären Reihenfolge Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Eine kurze Anmerkung zu Pfarrer Stauss. Wir beklagen ja allenthalten, daß die Verbrechen der SED-Diktatur und die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes der DDR zunehmend verharmlost werden. Aber was Pfarrer Stauss hier in seiner breiten, von Wärme und pastoraler Vielfalt geprägten Argumentation dargelegt hat, hat eigentlich wieder ein Stück dazu beigetragen, daß das doch gar nicht so schlimm gewesen sein kann. Schauen Sie sich doch jetzt die freiheitliche Demokratie an, die arbeitet mit denselben Instrumenten. Herr Kollege Häfner hat dann gleich Stellung dazu bezogen und sagt: „Wir damals wurden ja auch beobachtet." Ich glaube, wir vergleichen hier die freiheitliche Demokratie mit einer knallharten Diktatur. Wir hatten in der DDR kein freies Versammlungsrecht oder die Möglichkeit zur Gründung von freien Vereinen; es gab überhaupt nicht die Möglichkeit zu Aktivitäten in irgendeiner Weise, die oppositionell sein könnten. Deshalb kann ich mich von diesen Äußerungen und auch von dieser Diskussion nur distanzieren.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Kuhn. Immerhin hatten die Grünen auf diese Art die Chance, einen Hauch davon zu erfahren, was uns doch etwas häufiger widerfuhr. Herr Hilsberg jetzt.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Das ganze artet zur Generaldebatte aus. Ich weiß nicht, ob das so günstig ist. Selbstkritisch kann man sagen, daß das natürlich als eine Thematik des hiesigen Symposions auch angelegt war. Ob das zeitmäßig richtig geglückt war, weiß ich nicht. Immerhin, ich will nicht die These meines Vorredners stützen. Insbesondere was den Herrn Stauss anbelangt, zumal er Fragen stellt, die man stellen muß. Aber es macht sich durchaus so etwas wie Resignation und Lähmung breit, und ich möchte dem entschieden widersprechen. Ich halte es nach wie vor für eine ungeheuer wichtige Aufgabe, was an Vergangenheitsaufarbeitung geleistet wird. Aber nachdem

die wichtigsten Fragen in dem Zusammenhang, und zwar die zu operationalisierenden Fragen, in den letzten fünf Jahren mehr schlecht als recht beantwortet wurden – ich betone schlecht –, tritt jetzt der eigentliche Sinn der Aufarbeitung mehr an die Öffentlichkeit, mehr zum Vorschein, und der lautet: den Gedanken an die historische Verantwortung für das, was geschehen ist, zu vertiefen. Diesem Gedanken ist sich die Enquete-Kommission verpflichtet, und ich glaube, diesem Gedanken sind sich auch die unterschiedlichsten Aufarbeitungsinitiativen verpflichtet. Im Gegensatz zu dem, was die Erarbeitung des Rehabilitierungsgesetzes, des Stasi-Unterlagengesetzes beispielsweise bedeutet hat, ist dies ein Prozeß von unvergleichbar größerer Dauer und größerer Mühe. Und darüber muß man sich schon im klaren sein. Viele der Fragen, die in dem Zusammenhang gestellt werden, gehen über das, was wir uns in der Enquete-Kommission gestellt haben, weit hinaus. Mich hat das, was Herr Passauer hier gesagt hat, als Fragestellung sehr ermutigt und man fühlt sich verstanden. Natürlich frage ich mich auch die ganze Zeit: Wie wollen wir denn das machen, die befreienden Spielregeln der Demokratie erlebbar machen? Das ist ja mit Vergangenheitsaufarbeitung alleine nicht getan. Wie wollen wir das denn machen, wichtige Informationen über Vergangenheit der Öffentlichkeit bekannt zu machen? Wie wollen wir es machen, daß die Leute die Möglichkeiten, die in einer Demokratie bestehen, für sich akzeptieren können, nutzen können, daß sie die Räume ausfüllen und in dem Moment, wo sie das tun, auch ein Stück eigenen Lebenssinn mehr erfahren können? Gesellschaft plötzlich als etwas begreifen, was sie nicht ausgrenzt, aber eben auch nicht als eine Idylle begreifen. Ich glaube, hier braucht man durchaus auch Rat – über diese Fragen müssen wir uns unterhalten, aber sie gehen weit über das hinaus, was eine Enquete-Kommission leisten kann.

Ich möchte auch nochmal den Herrn Stauss in Schutz nehmen vor der Gleichsetzung von MfS und Bundesamt für Verfassungsschutz. Es ist natürlich ein Unterschied zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und dem alten MfS, aber ob es deshalb schon eine staatsbürgerliche oder sittliche Pflicht ist, im Verfassungsschutz mitzuarbeiten, weil der demokratisch legitimiert sei, das will ich erstmal bestreiten. Ich halte es schon für eine ganz wichtige Frage, wie so etwas eigentlich möglich ist, daß in der ehemaligen Gesellschaft der DDR, wo man inoffizielle Tätigkeit als so mies und so zerstörerisch erfahren hat, heute wieder – wenn das so stimmt, das muß ich allerdings auch erst mal überprüfen – Verpflichtungen im großen, im breitesten Ausmaß möglich sind. Ich denke, das muß man überprüfen, und wenn das der Fall ist, dann muß darüber auch einmal öffentlich nachgedacht werden, was da eigentlich los ist. Aber mir sind diese Informationen in dieser Art und Weise neu gewesen und nicht deshalb, weil ich den Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht lese, sondern weil ich sie einfach bisher nicht kenne. Aber wenn das der Fall ist, dann ist die Frage nach den politischen Hintergründen und den Strukturen, die ja möglicherweise weiterwirken, schon erlaubt. Denn ich weiß ja, daß es eine Grundloyalität in diesem Lande gibt zu jedem Staat, welcher Natur er auch immer ist. Und wenn der demokratische Staat, ohne eine solche Loyalität zu

hinterfragen, sie sich einfach zunutze macht, dann ist das möglicherweise auch ein gefährlicher Prozeß.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Als letzter in dieser Runde hat sich jetzt der Kollege Vergin gemeldet.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Heute vormittag wurde von zwei Teilnehmern bereits darauf hingewiesen, was dann der Herr Pfarrer Stauss auch aufgenommen hatte, daß dieser gesamte Prozeß der Aufarbeitung im Augenblick überlagert wird durch die soziale Situation. Deswegen ist meine Frage an Sie, ob Sie das auch so bewerten und ob da ein Grundproblem in vielen Erscheinungen, die wir im Augenblick haben, zu sehen ist.

Das zweite, was mich für den Fortgang dieses Prozesses, der fortgesetzt werden muß – in welcher Form auch immer, – ob das nun als Stiftung oder in einer anderen Form passiert, ist zunächst weniger wichtig als die Tatsache, daß weitergearbeitet wird, da interessiert mich also als zweite Frage: Worin sehen Sie die Herausforderungen für diesen Aufarbeitungsprozeß in den kommenden Jahren unter diesen erschwerten Bedingungen? Was muß trotzdem geleistet werden? Ich erinnere daran, daß die Vertreterin der Geschichtswerkstatt Jena darauf hingewiesen hat, daß die Feststellung, es sei nicht genug Geld da, das eine ist, aber daß man auf der anderen Seite auch Dinge durchaus weiter betreiben und fortsetzen kann, die unter solchen finanziellen Engpässen eben möglich sind.

Und das dritte, wonach ich Sie alle gerne fragen will, ist, welche Rolle in diesem Prozeß die staatlichen Institutionen spielen müssen. Wir haben hier heute die Initiativen im Mittelpunkt, aber aus Ihrer Gesamtsicht, die Sie vorgetragen haben, interessiert mich nun speziell – und sicher die Kommission, denn da müssen wir handeln und können wir handeln, wenn wir wollen – die Frage, welche Rolle in diesem Prozeß die staatlichen Institutionen spielen müssen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Vergin. Es waren jetzt verschiedene Fragen in der Diskussionsrunde an Vertreter des Podiums gestellt worden. Ganz besonders interessant vielleicht die Frage Demokratie lernen, Demokratie erleben. Wie geht das? Wie soll das praktiziert werden? Wir erleben ja gerade in Ostdeutschland den Zweifel so mancher Menschen, die den Wert der Demokratie noch nicht in voller Ausprägung für sich erkannt haben. Dieses zu erreichen – wie könnte das gehen? Herr Passauer war hierzu angesprochen worden. Bitte, Herr Passauer.

Martin Michael Passauer: Ich würde aber gerne, bevor ich auf diese Frage antworte, mich in die von Ihnen als Politikerinnen und Politiker geführte Debatte über das MfS und den Verfassungsschutz einmischen. Hören Sie doch einmal die Ausführungen von Herrn Pfarrer Stauss vor dem Hintergrund einer sehr intensiven innerkirchlichen Debatte, die wir über die Legitimität und Nichtlegitimität von Konspirationen führen. Die Frage ist, an welcher Stelle Pfarrerinnen und Pfarrer ihre seelsorgerische Schweigepflicht verletzt haben,

bewußt oder unbewußt, und wie wir uns zukünftig davor schützen können. Dadurch, daß uns gerade dieses Primat pastoralen Handelns erhalten bleibt, kommt es zu klaren, vielleicht ein bißchen pauschalen Enthaltsamkeitsäußerungen gegenüber jedweder Institutionen, die Konspiration verlangt. Sehen Sie es mal nicht nur in der Parallelität zwischen dem einen und den anderen, sondern hören Sie es – so bitte ich Sie jedenfalls – auf dem Hintergrund der Fehler und der Schwächen, die wir auch als Kirche zweifellos auf uns geladen haben, und wie wir uns zukünftig besser schützen können vor jeder Form einzugehender Konspiration.

Das, was ich mit dem lieben Bruder Jacobsen gerne diskutieren möchte, ist die Frage der Gerechtigkeit und der Ungerechtigkeit. Nicht nur, weil Gerechtigkeit natürlich auch ein theologischer Begriff ist, der aber hier, weil er ein bißchen anders zu interpretieren wäre, nicht zur Disposition steht, sondern weil Gerechtigkeit immer aus der Sicht der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger aus dem erlebten Ungerechtigkeitsempfinden resultiert. Von daher ist er natürlich zunächst ein sehr individueller Begriff. Und ihn aus der Individualität herauszuholen und zu einer Gesetzesmäßigkeit zu machen, ist – denke ich – fast unmöglich. Denn da würde man immer scheitern und würde man immer an den Punkt kommen, wo man sagen kann, das, was du an individueller Ungerechtigkeit erlebt hast und an Gerechtigkeitserwartungen hast, läßt sich nicht in irgendwelche gesetzlichen Formen oder formale Kriterien gießen. Dennoch ist ja da, wo Ungerechtigkeit erlebt wird, die Gerechtigkeit immer nur das Ziel, das es zu erreichen gilt. Da gesellschaftliche Bezüge neuerer Art uns als DDR-Bürger verheißen haben, in eine größere Gerechtigkeit hineinzukommen, ist natürlich die Erwartungshaltung ungeheuer groß. Ich denke, wir müssen an diesem Punkt wirklich nochmal miteinander – Politikerinnen und Politiker, aber auch andere, die an diesen inhaltlichen Fragen interessiert sind – diskutieren, ob wir uns mit der Forderung nach gerechteren Verhältnissen, mit der Forderung nach gerechterem Zusammenleben nicht ein bißchen übernommen haben und ob wir den Begriff Gerechtigkeit vielleicht zukünftig erst mal eine Weile aus der Diskussion nehmen. Wir kommen natürlich als Kirche in der DDR sehr stark aus den Diskussionen über die ökumenische Versammlung, wo ja der Begriff der Gerechtigkeit – nun wieder in einem anderen Kontext – aber doch eine ganz große Rolle spielte – wir haben ihn ja sogar vorgezogen vor dem Begriff des Friedens. Wir haben den Begriff der Gerechtigkeit, des Friedens, der Bewahrung der Schöpfung, von daher haben wir dem Begriff der Gerechtigkeit ein großes Primat gegeben. Hier würde ich gerne mit Ihnen einstimmen, daß wir Gerechtigkeit nicht individualisieren, aber Gerechtigkeit vielleicht als Begriff zunächst streichen und stärker über Alternativen zur Ungerechtigkeit reden. Dies Erinnern als Stachel heilsamer Unruhe, so würde ich es auch gerne verstehen, aber auch als einen Stachel, der zu Aktivitäten führt. Erinnern kann nicht eine Freizeitbeschäftigung bleiben, sondern Erinnern, denke ich, ist wirklich die Voraussetzung für jeden Prozeß von Erneuerung. Da, wo Erinnern stattfindet, beginnt für mich die Erneuerung. Deshalb habe ich Sie ja so dringend darum gebeten, nicht abzulassen von dem Aufarbei-

tungsprozeß. Erinnern heißt nicht nur Zusammenhänge zu erinnern, sondern auch Geschichte und Geschichten zu erinnern, also das, was wir ja auch in der früheren Enquete-Kommission getan haben. Zu dem unverschuldeten Opferstatus, Herr Häfner, das ist für mich so etwas wie eine Statuskonfessionsfrage, weil es ja auch eine Frage ist, die uns aufgenötigt wurde. Solange wir als DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger frank und frei und fröhlich gelebt haben, war die Frage nach einem verschuldeten oder unverschuldeten Opferstatus nicht existent. Aber im Zuge der nachträglichen Rechtfertigung oder im Zuge auch der nachträglichen Auseinandersetzung über das, was wir richtig oder was wir falsch gemacht haben oder wo wir hätten cleverer oder wackerer oder widerständiger sein sollen, in der Auseinandersetzung mit dieser Frage, klingt immer auch so ein bißchen der Hauch des Vorwurfs oder des selbstverschuldeten Unrechts mit. Wir kommen aus dieser Diskussion nur heraus, wenn wir auch von Ihnen klare Vorgaben, also auch politische Vorgaben hören, die sagen, daß es so etwas gibt. Ich bin der Meinung, es gibt so etwas wie einen unverschuldeten Opferstatus. Den Gruppierungen, die sich heute hier geäußert haben, anzulasten, sie hätten auch nur die Spur von Schuld an ihrem eigenen Schicksal, das wäre dann wirklich fatal. Das heißt, ich wünschte mir hier eine klarere Äußerung.

Zu der Frage von Stephan Hilsberg, wo die Enquete-Kommission es leisten kann, befreiende Spielregeln der Demokratie erlebbar zu machen, meine ich, wir haben als Referenten zu dieser Diskussion hier einen kleinen Baedecker bekommen, in dem einige Fragen stehen. Und eine Frage hieß: Welche Rolle spielen in diesem Prozeß staatliche Institutionen? Darauf komme ich gleich noch. Ich denke, das kann man nicht allein der Enquete-Kommission oder der Politik überlassen, sondern hier hat für mich nicht nur die staatliche, sondern jede Institution – wenn sie demokratisch legitimiert ist – ihren unverwechselbaren Platz, diese demokratischen Spielregeln auch öffentlich vorzuführen. Dadurch, daß es uns offensichtlich an manchen Stellen – und jetzt sage ich mal uns als Kirche – nicht gelingt, dieses öffentlich so vorzuführen, daß es auch einladend ist, kommen Institutionen natürlich auch schnell an ihre Grenzen. Also, ich wünschte mir, daß gerade Institutionen hier ihren unverwechselbaren und nicht auswechselbaren Platz haben. Die Demontage von Institutionen ist für mich der Tod der Gesellschaft. Sie müssen auch inhaltlich eine neue Beschreibung bekommen. Ich denke, das muß unsere Aufgabe sein und bleiben.

Die letzte Antwort, die ich gebe, die gebe ich ein bißchen stotternd – das ist auch nochmal an Herrn Häfner –, was denn zu tun wäre, oder welche Hilfen wir zur Aufarbeitung der seelischen Traumata leisten können. Aus meiner seelsorgerlichen Praxis kann ich hier sagen, daß die ständige Wiederholung eine Hilfe ist. Wir dürfen nicht so tun, als hätten wir es irgendwann einmal bewältigt oder als hätten wir es irgendwann einmal besprochen und damit ist es gut, sondern es geht um das kontinuierliche Ansprechen, das kontinuierliche solidarisch sein und das kontinuierliche Akzeptieren dieser Verletzungen. Ich finde es fatal, wenn wir so tun, als ob einmal ausgesprochen immer gut ist,

denn das führt zu Nichtachtung von Persönlichkeit und Nichtakzeptanz von Verletzungen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Mir liegen noch die Wortmeldungen von Herrn Mothes und anschließend von Herrn Dr. Eckert vor. Herr Mothes hatte den interessanten Gedanken eingebracht, daß sowohl Opfer- als auch Täterverbände existieren und arbeiten, aber offensichtlich keinen Weg zueinander finden. Ich denke, das ist ein interessanter Gedanke, über den man vertiefend nachdenken sollte auch im Sinne eines Versöhnungsversuches bzw. Aufarbeitungsversuches, wobei das auf der Täterseite für mich zunehmend als selbstgerechte Debatte erlebt wird. Aber umso wichtiger wäre vielleicht der Kontakt dieser Verbände miteinander. Herr Mothes bitte.

Jörn Mothes: Zu einigen der gestellten Fragen vielleicht kurze Anmerkungen. Zunächst ist es natürlich richtig, daß dieses Täter-Opfer-Bild bei jeder Diskussion zu kurz greift. Das wurde vorhin schon festgestellt. Ich möchte das noch einmal verstärken. Es gibt ja inzwischen Wahrnehmungsveränderungen, die so weit reichen, daß als Täter Eingruppierte ganz öffentlich in der Presse sagen, sie seien jetzt die Opfer beispielsweise in der der Rentendiskussion und die Täter seien die ehemaligen Opfer. Es hat da mehrfache Drehungen gegeben, die einfach das gesellschaftliche Klima, von dem ich vorhin sprechen wollte, in dem Vergangenheitsauseinandersetzung als Diskussionsprozeß, als ein schmerzhafter Prozeß, aber auch als ein freudiger Prozeß stattfinden sollte, verschlechtern. Das ist die eine Seite. Ein zweites Defizit liegt sicherlich in dem, was Herr Vergin angesprochen hat mit der Frage der sozialen Schere. Jedenfalls im Land Mecklenburg-Vorpommern spielt es natürlich eine große Rolle. Dort gibt es keine starken Aufarbeitungsinitiativen in den großen Städten, von dem UVA vielleicht abgesehen – ob der stark ist, ist eine andere Frage. In einem Flächenland stellt sich die Wahrheit ganz anders dar. Sie können beispielsweise am Wandel des Medieninteresses sehr deutlich politische Entwicklungen nachvollziehen, nämlich dahingehend, daß Zeitungen, die Impulse überregionaler Art bringen, immer weniger wahrgenommen werden und immer mehr kleine Regionalzeitungen, die sehr oft das Sprachrohr von Kritikern oder von Menschen sind, denen ihre Vergünstigungen verlorengegangen sind, die sozialen Themen aufgreifen und damit Menschen offenbar aus der Seele zu schreiben scheinen. Dies wirkt sich natürlich dann aus. Jetzt ist die Frage: Wie kann man auf dieses Defizit reagieren? Ich glaube, daß dies in dem gesamten Bereich der politischen Bildung viel zu wenig passiert. Es gibt dort eine Auseinandersetzung, wenn wir an die Landeszentralen für politische Bildung oder auch an die Bundeszentrale denken, die einfach nicht unten ankommt. Dies ist eine große Frage, eine große Herausforderung, wie man an der Stelle verändern kann. Ein vierter Bereich hat zu tun mit Ängsten, die vorhanden sind. Wenn ich nochmal die Gruppe der Lehrer aufgreife, so gibt es Lehrer, die sagen Ihnen im Gespräch heute, ich habe Angst, daß neben oder nach der Stasi-Überprüfung auch noch eine Überprüfung auf meine SED-Mitgliedschaft passiert und ich dafür entlassen werden könnte. Diese Ängste sorgen dafür, daß Lehrer vollkommen unzureichend bereit sind, sich mit DDR-Themen für den

Unterricht auseinanderzusetzen, sie vorzubereiten und hineinzubringen in den Schulunterricht. Da dafür offensichtlich kein gesellschaftliches Erfordernis da ist, außer zwei Stunden in der neunten Klasse und zwei Stunden in der zehnten Klasse DDR-Geschichte und möglicherweise in der elften Klasse noch ein Projekttag, gibt es für Jugendliche im Bereich der schulischen Sozialisation kaum Berührungspunkte mit der DDR-Vergangenheit. Und wenn Sie jetzt noch das Elternvorbild an dieser Stelle sehen, wo jedenfalls in Mecklenburg-Vorpommern sehr kurze Antworten auf sehr grundsätzliche politische Fragen gegeben werden, früher war alles besser, es war alles leichter, und Kinder dies in ihrer Familie auch erleben, dann stoßen wir vor auf die Wurzeln, warum dieser Auseinandersetzungsprozeß mit der Vergangenheit in der Breite derzeitig nicht passiert. Hier sind Defizite da, die überleiten zu Ihrer Frage, was der Staat tun kann. Ich möchte zwei Aspekte nochmal nennen. Den einen hatte ich erwähnt, die Landeszentralen, und vor allem zweitens die Ausarbeitung von pädagogischen Überlegungen zum Einbringen von DDR-Geschichte in den Unterricht und der Auseinandersetzung mit dem Ernst Thälmann, den man in der Ernst-Thälmann-Schule unter die Kellertreppe geschoben hat, und dort steht er seit fünf Jahren und staubt ein. Genau dies ist die Situationsbeschreibung und dies gilt es zu überwinden und die Lehrer zu befähigen, auch ihre Ängste auszusprechen. Ich mache das in Bildungsveranstaltungen dann oft damit, daß ich einfach erzähle von einem Lehrer, der von seinen Schülern zur Rolle, die er in der DDR gehabt hat, befragt wurde, und der hat ganz klipp und klar gesagt, jawohl, ich war stellvertretender Parteisekretär und hatte da die und die Aufgaben. Damit war das Tabu gebrochen, das Gespräch war hergestellt, und so ähnlich ist das mit den Täter-Opfer-Verbänden eben auch. Es war eine Orientierungsmöglichkeit da für die Jugendlichen und es war nicht mehr das Tabu vor ihnen, das Tabu der DDR-Vergangenheit der älteren Generation. Der Staat kann weiterhin beispielsweise die Einrichtung von Dokumentationszentren, was in Mecklenburg eine Odyssee ist, fördern. Es kann auch eine umfangreichere Rehabilitierung erfolgen, und die Situation der Archive spielt hier natürlich genauso eine Rolle, das hatte ich schon vorhin erwähnt. Ich denke, daß es hier wirklich einen breiten gesellschaftlichen Impuls braucht, der bis in die Jugendämter und in die Schulämter, wo schon wieder ausschließlich der Alltag verwaltet wird und wo es diese Fragestellung nicht mehr gibt, vordringt. Ich glaube, wenn wir mit der Aufarbeitungsfrage mehr in die Breite kommen, kommen wir der Wahrheit auch sehr viel näher.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Es zeigt sich immer wieder, daß gerade der Lehrerstand offensichtlich ganz besondere Probleme hat, was wiederum ein gesellschaftliches Problem zu sein scheint, denn wie wollen Lehrer, die noch immer zum Teil mit einem mangelnden gelebten Demokratieverständnis ausgestattet sind, sicher aus langen Jahren der Anpassung, Demokratie vermitteln. Ich habe ein Ereignis in Erinnerung, das ich kurz schildern will: Ein Lehrer beschwerte sich bei mir über den Schulgesetzentwurf in Mecklenburg-Vorpommern und sagte nach einem längeren Gespräch, das sehr angenehm verlief, daß er nun erleichtert sei, er hätte lange gezögert zu mir zu

kommen, und seine Kollegen hätten ihn gewarnt, Kritik am Schulgesetzentwurf zu äußern, denn man wisse ja nie, ob man nicht gleich hinterher entlassen werde. Solange solche Vorstellungen von unserer demokratischen Gesellschaftsordnung in den Köpfen geistern, habe ich arge Zweifel, wie wir Demokratie von Leuten sicher wohlmeinend, aber mit solchen inneren Werten und Vorstellungen von Demokratie, unseren jungen Leuten vermitteln wollen. Aber dies nur als kleinen Zwischeneinwurf.

Jörn Mothes: Ich will nur eine ganz kurze Ergänzung machen, die noch einmal das von Prof. Maser Gesagte unterstreicht. Die Enquete-Kommission in unserem Bundesland, von der sehr viel zu sagen wäre, eigentlich auch als ein Beispiel, wie es eben nicht funktioniert, hat ja genau diesen theologischen Begriff der Versöhnung sich auf die Fahne geschrieben. „Aufarbeitung und Versöhnung" heißt es im Untertitel. Und natürlich erzeugt dies auch Defiziterfahrungen, wenn man wahrnimmt, daß so ein großes Wort, was auch gar kein Wort im allgemeinen Sprachgebrauch ist, dann auch noch nicht zur Erfüllung kommt. Es ist also eine verlorene Vision, die hier passiert ist, die letztlich Aufarbeitung behindert unabhängig davon, ob die Kommission in ihrer Geschäftsordnung sich wieder einigen kann oder nicht. Es ist eine große Gefahr, mit solchen Begriffen zu sorglos umzugehen in politischen Auseinandersetzungen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Als letzter hier vom Podium hatte sich Dr. Eckert gemeldet. Er hat ja in seinem Statement eine interessante Differenzierung zwischen alten Seilschaften und neuen Interessengemeinschaften gemacht. Ich selbst habe ein gewisses Verständnisproblem, wo da die wirklichen Unterschiede sind, aber vielleicht kann er uns das erhellen.

Dr. Rainer Eckert: Ich will noch einmal auf Professor Wilke eingehen. Er meinte, man könnte DDR-Geschichte als Teil der deutschen Teilungsgeschichte begreifen und beschreiben, erforschen. Ich denke das auch. Wenn man so methodisch herangeht, dann gebietet es sich umso dringlicher, daß sich dieses gemeinsam zwischen Ost- und Westdeutschen vollzieht. Zwischen Ost- und Westdeutschen in universitärer etablierter Forschung, aber auch von ost- und westdeutschen Basishistorikern, Aufarbeitungsgruppen und Initiativen. Das ist ein grundlegendes Problem. Diese verschiedenen Gruppierungen bewegen sich bis jetzt zu wenig aufeinander zu. Sie nehmen sich in der Regel kaum gegenseitig wahr. Ich denke, daß die Bringepflicht hier vor allen Dingen bei der universitären Forschung liegt, beim stärkeren Zugehen auf die Initiativen und Aufarbeitungsgruppen. Im engen Zusammenhang damit steht die Frage von Herrn Martin Gutzeit. Die Frage, wie es mit denen steht, die in den letzten Jahren aus Ostdeutschland kommend in der universitären Forschung beschäftigt sind und sich dieser Aufarbeitung gewidmet haben und die jetzt mit Auslaufen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms vor dem beruflichen Ende stehen. Ich denke, für diese Gruppierungen von Philosophen, Sozialwissenschaftlern und Historikern sollte eine reale Chance – und zwar gesamtdeutsch – geschaffen werden, ihnen weiter ihre Forschungsarbeiten an Universitäten zu ermöglichen und damit ein Stück ostdeutsche Wissenschaft

und ostdeutsche Artikulation nicht untergehen zu lassen. Dafür ist ein Bewußtsein zu schaffen sowohl bei Bundestagsabgeordneten wie auch darüber hinaus. Die Schwierigkeit wird sein, daß die Hochschulen sagen, wir sind autonom und stehen unter immensen Sparzwängen, wir können hier keine Leute mehr beschäftigen. Vielleicht könnte es eine Chance sein, im Hochschulerneuerungsprogramm III diese Personengruppe zu berücksichtigen.

Zu dem, was Herr Vergin fragte, wie es nun wäre mit der Aufarbeitungslage, der Aufarbeitungssituation und der sozialen Situation. Je angespannter die soziale Situation wird, mit umso größeren Schwierigkeiten hat die Aufarbeitung zu kämpfen. Die Menschen haben ganz andere alltägliche Sorgen, als sich um die DDR-Vergangenheit zu kümmern. Ich denke aber, daß das ein umso größerer Ansporn sein müßte, diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu verstärken, sich sozusagen antizyklisch zu verhalten. Dieses antizyklische Verhalten setzt aber voraus, daß die dafür prädestinierten Träger solch einer Arbeit, Stiftungen, Medien, Fernsehen, Rundfunk, sich des Problems überhaupt annehmen. Das scheint mir die eigentliche Schwierigkeit zu sein: Wie ist zu erreichen, daß z. B. in einer politischen Stiftung entsprechende Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden? Hier gibt es erhebliche Defizite. Es gibt Landesstiftungen, es gibt auch politische Landesstiftungen, bei denen solche Themen so gut wie keine Rolle mehr spielen. Berlin ist dafür ein schlechtes Beispiel, finde ich. Hier wäre zu überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, über die Enquete-Kommission und über Bundestagsabgeordnete auch mit den Verantwortlichen in solchen Stiftungen, in Medien und in den Schulverwaltungen zu sprechen bzw. dies zumindest anzuregen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. Zum WIP (Wissenschaftler-Integrations-Programm) kann ich vielleicht soviel sagen, daß es unsere Sitzung bereits mehrfach beschäftigt hat und offensichtlich in den Regelungen, die kürzlich zwischen Ländern und Bund getroffen wurden, mögliche Spielräume entstanden sind. Aber das sollte uns hier vielleicht nicht vordergründig beschäftigen. Wir müssen jetzt laut Geschäftsordnung formell die Sitzung hier unterbrechen, um uns dem Publikum im Saal zu öffnen, was hiermit geschehen ist.

[Von 16.00 bis 16.28 Uhr wird die Sitzung unterbrochen. Die Diskussionsbeiträge aus dem Publikum sind im Anhang abgedruckt.]

16.28 Uhr – Die Sitzung wird fortgesetzt.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Dies war jetzt die letzte Wortmeldung, die aus dem Saal vorlag. Ich denke keiner wird böse sein, wenn wir dann zügig die Sitzung wieder eröffnen und zur Fortsetzung der Tagesordnung mit dem Schlußwort des Vorsitzenden kommen. Ich glaube, auch in dieser offenen Runde war sehr wichtig, daß wir weiter gemeinsam über Wege der Aufarbeitung nachdenken als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bei sicher sehr unterschiedlichen Herangehensweisen. Herr Stauss hatte heute Mittag das

Beispiel der „Truth and Reconciliation Commission“ in Südafrika gebracht, sicher eine Variante. Ob sie übertragbar ist, wage ich zu bezweifeln, aber es ist ein sehr interessanter Prozeß, der sicher einer Beobachtung bedarf. Vielleicht können wir auch in Deutschland davon lernen. Wichtig für unsere Kommission war ja nicht nur, die Vergangenheit zu betrachten, sondern auch den Transformationsprozeß, das Hinüberwachsen in demokratische Strukturen zu betrachten. Denn ich glaube, über eines sind wir uns sicher einig: Dieser Prozeß der Aufarbeitung ist notwendig, er führt zu mehr Gerechtigkeit und damit zu einem inneren Frieden, den wir ganz dringend in Deutschland brauchen. Soweit mein Schlußwort und ich eröffne jetzt formell die Tagesordnung wieder und gebe dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Eppelmann, das Wort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke, lieber Kollege. Ich habe im Grunde nur noch zwei Dinge zu tun. Einmal den Gastgebern Dankeschön zu sagen, die dazu beigetragen haben, daß wir nicht verdurstet und verhungert sind, daß wir hier in einem angenehm klimatisierten Raum gesessen haben – Herr Mielke wußte schon, was gut ist, nicht? Zum Zweiten möchte ich all denen nochmal danken, die hierher gekommen sind, keine Mitglieder der Enquete-Kommission waren und sagten, das Thema ist uns so wichtig, daß wir uns einen ganzen Tag hier hinsetzen, die mit uns geredet haben und uns – ich glaube, das ist auch gelungen – noch ein bißchen klüger gemacht haben. Die meisten Bundestagsabgeordneten wollen nämlich lernen und wollen noch klüger werden, das muß man einmal sagen, weil man meistens den Eindruck hat, die Leute denken etwas anderes von uns. Ich möchte den Mitarbeitern der Medien danken, vor allen Dingen dem Kollegen Baum, der bis zuletzt ausgehalten hat. (Beifall) Er hat wirklich ein Dankeschön verdient, denn es gibt keine öffentliche Sitzung der Enquete-Kommission, an der Herr Baum nicht teilgenommen hat. Man merkt schon, er ist noch aus Zeiten, als es die DDR noch gab; damals ist er akkreditierter Journalist hier in der Hauptstadt der DDR gewesen. Ihn läßt das Thema nicht los, herzlich Dank noch einmal.

Uns allen hier ist deutlich, daß wir um die weitere Beschäftigung mit dem Thema nicht herumkommen, und mir fällt leicht zu sagen, daß allen auch deutlich ist, daß man die Enquete-Kommission an dieser Stelle nicht alleine lassen darf. Somit hätte das ganze nämlich wenig Sinn. Wir werden also nur mit Ihnen gemeinsam weiter an dieser Stelle etwas erreichen. Ganz wichtig ist Aufarbeitung als ein gesellschaftlicher Prozeß und als ein gesellschaftliches Bemühen, darum bin ich ganz sicher, daß die Enquete-Kommission sich darum bemühen wird, daß es so etwas wie eine Fortsetzung von AB-Maßnahmen geben wird über den Sommer 1997 hinaus. Ich habe hier nicht versprochen – damit mich keiner falsch versteht –, daß es das geben wird, weil ich natürlich aus weiß, daß die Angehörigen des Parlamentes, die zugleich Mitglieder der Enquete-Kommission sind, nicht die Mehrheit im Parlament darstellen, sondern sie müssen jetzt erst eine Mehrheit suchen. Darum werden wir uns aber bemühen.

Das Zweite: Es ist nicht nur ein gesellschaftlicher Prozeß. Ich glaube, es ist immer wieder auch ein individueller Prozeß an all den Stellen, an denen Einzelgeschichten deutlich wurden, auch aus dem Bereich der Volksbildung, ein individueller Prozeß, der nicht zeitlich begrenzt ist, sondern ein permanenter Prozeß ist. Den haben Menschen schon vor uns getätigt, als es die DDR noch gar nicht gab, und ich bin ganz sicher, das werden die Menschen auch noch tun, zumindest wenn sie klug sind, wenn es uns, die wir jetzt in diesem Raum sind, nicht mehr gibt. Aber bis dahin ist ja noch ein bißchen Zeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute, kommen Sie gut nach Hause, einen guten Sommer und gute Erfolge beim weiteren Aufarbeiten. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 16.32 Uhr

Anhang

Diskussionsbeiträge der öffentlichen Diskussion während der Sitzungsunterbrechung von 12.16 – 12.39 Uhr.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Tom Sello ist mir bekannt, Du hast das Wort.

Tom Sello: Ich habe weniger Fragen als vielmehr ein paar Antworten auf die gestellten Fragen und vielleicht auch noch ein paar Anmerkungen zu Sachen, die meiner Meinung nach ein bißchen zu kurz gekommen sind.

Mein Name ist Tom Sello und ich arbeite im Matthias-Domaschk-Archiv in Berlin. Wir tragen seit Beginn der Wende Oppositionsmaterial zusammen. Material, das in kirchlichen Räumen entstanden ist, von Privatpersonen, Material über Widerstand, über widerständiges Verhalten und über die politischen Ideen von Leuten, die Auskunft darüber geben, warum sie das getan haben. Ich fange mit dem an, was es für heute bedeutet. Warum macht man das überhaupt? Wieso beschäftigt man sich mit dem alten Kram? Warum trägt man diese Schnipsel zusammen? Warum beschäftigt man sich mit Geschichte? Was hat es für eine Bedeutung? Geht es nur um die Geschichte? Das ist natürlich nicht so, sondern es hat nur einen Sinn, wenn es etwas mit der Gegenwart zu tun hat. Und genau darum geht es uns. Widerständiges Verhalten, Zivilcourage – das war in der DDR kein Massenphänomen, und das ist es auch jetzt nicht. Das kann man in vielen Bereichen sehen. Das kann man auf der Arbeit sehen, das kann man in der U-Bahn sehen, in der S-Bahn, das kann man überall wiederfinden. Und das Material, das wir zusammentragen, zeigt, wie Leute als Einzelperson Zivilcourage gezeigt haben. Und das ist auch genau der Grund, warum das wichtig ist für heute, warum das unsere Gesellschaft voranbringen kann. Und wenn Jugendliche zu uns kommen, dann finden sie genau solche Zeugnisse. Unser Anliegen ist es, das weiterzuvermitteln. Das ist vielleicht auch schon eine Antwort auf die Frage, die hier gestellt wurde, warum das gemacht wird. Wie kommen wir nun zu diesen Materialien? Kann das ein Landesarchiv, eine Bibliothek übernehmen? Es gibt ja genug. Es gibt große Ein-

richtungen, die haben auch einen großen Haushalt. Unsere Erfahrung ist, daß die das nicht können. Ich kann Ihnen sagen: Mit jeder Person, von der wir Material bekommen, haben wir einen monatelangen Kampf, weil die Leute mit dem Herzen daranhängen. Das ist nicht irgendetwas, was mal geschrieben wurde – und ohne das abzuwerten –, es ist nicht mal so zu sehen wie irgendein Vortrag oder ein Buch, das jemand schreibt zu einem Thema, sondern da hängt Herzblut dran. Es ist sehr schwierig, daß uns diese Leute die Materialien zur Verfügung stellen. Dazu muß Vertrauen aufgebaut werden. Da müssen stundenlange Gespräche geführt werden. Damit hängt eine persönliche Geschichte zusammen, und die Leute, die uns ihre persönliche Geschichte erzählen, erwarten Betroffenheit. Jetzt sage ich Ihnen – es mag ein bißchen überheblich klingen, ist es aber überhaupt nicht –, man kann nicht jeden Tag betroffen sein. Also wenn jemand kommt und erzählt uns seine tragische Geschichte, die mit diesem Material zusammenhängt, dann erwartet er von uns eine Betroffenheit und das ist manchmal sehr schwierig. Es dauert Monate, manchmal sagen die Leute: „Na ja gut, gebe ich euch diese zwei Seiten", ein halbes Jahr später kommen sie und sagen, es soll ja raus, damit andere auch damit arbeiten, und so nach und nach stellen wir daraus einen Fundus zusammen. Dieser Fundus ist inzwischen sehr groß geworden, er umfaßt in den 80er Jahren fast vollständig das, was die Gruppen hergestellt, produziert haben, Zeugnisse über ihre Aktionen, und er geht, das muß ich auch sagen, weit über das hinaus, was wir uns am Anfang vorgestellt haben. Unsere Situation ist die, daß diese Materialien, die also nirgendwo in diesem Umfang in einer großen Bibliothek, einem großen Archiv gesammelt werden können, wieder im Keller verschwinden – genau am Jahresende. Wir haben keine Mittel mehr, keine Mittel für Stammpersonal mit Erfahrung, das sich mit der Problematik auskennt, wir haben keine finanziellen Mittel mehr für Miete, wir haben keine Mittel mehr um diese Materialien zu erhalten, das ist nämlich Papier, das mit der Zeit zerfällt, wo die Schrift nicht mehr zu erkennen ist. Wir haben keine Möglichkeiten, das auf Mikrofilm zu sichern usw. Ich sehe, ich muß zum Ende kommen. Es gibt noch ein paar andere Sachen, die kann ich auch gerne den Leuten, wenn sie wollen, genauer beantworten. Ich bitte nur noch um eins: Wir haben hier ein Papier für diese Veranstaltung zusammengestellt. Wir hatten nicht die Möglichkeit zu sprechen, aber ich bitte, daß dieses Papier und unsere Erklärung als Teil der Sitzung mit aufgenommen werden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Das Papier wird den Mitgliedern der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt. Ich hatte eingangs keine Zeitbegrenzung gemacht – so etwas finde ich bei einer Publikumsdiskussion auch ein bißchen problematisch –, aber ich werde nach spätestens drei Minuten deutliche Zeichen geben und nach etwas mehr Zeit mich dann auch einschalten. Es ist die Frage, ob es uns gelingt, daß noch einige zu Wort kommen. Der nächste, der sich gemeldet hat, ist Herr Hussock von HELP, die auch hier im Hause residieren und arbeiten.

Peter Alexander Hussock: Ich bin von der Hilfsorganisation HELP. Gestern und vorgestern hat an der Ruhr-Universität Bochum eine Veranstaltung statt-

gefunden, an der auch HELP teilgenommen hat, mit dem Titel „Opfer der SED-Diktatur – Ohnmacht und Protest“. Dürfen wir von der Enquete-Kommission erwarten, daß sie irgendwann eine Veranstaltung mit dem ähnlichen oder demselben Titel in Berlin stattfinden läßt? Ich muß einen kleinen Vorfall schildern: HELP macht einmal im Monat, natürlich auch nur einmal wegen personeller Knappheit, Kontaktnachmittage. Entweder mit Haftopfern, Psychiatrieopfern oder Berufsverbotsopfern. Auf einem der letzten Kontaktnachmittage ist zum ersten Mal der Ruf nach Vergeltung und Rache laut geworden. Man müßte das sogar konkretisieren, es wurde sogar von Liquidierung gesprochen. Einer verlangte, daß wir jetzt aufhören sollten uns auf Justiz und Politiker zu verlassen, wir sollten Stasi und SED liquidieren. Alle vierzehn, die da rumsaßen, nickten und wir hatten natürlich zu tun, die Wogen zu glätten. Können Sie sich aber vorstellen, wenn die Organisation die Gelder für solche Kontaktnachmittage zur Betreuung nicht mehr haben und diese Menschen sich irgendwo privat oder außerhalb der Organisation mit den selben Forderungen treffen, was dann demnächst ins Haus steht? Dabei lasse ich es.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Die nächste, die sich gemeldet hat, ist Frau Dr. Oleschinski vom Dokumentations- und Informationszentrum Torgau.

Dr. Brigitte Oleschinski: Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau ist bei den Anhörungen in Leipzig und in Sachsenhausen bereits dabeigewesen. Dort habe ich schon genügend Ausführungen zur Frage der Geldbeschaffung und der Institutionalisierung gemacht. Nur ganz kurz: Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau ist heute eine staatlich geförderte Gedenkstätte des Freistaates Sachsen unter dem Dach der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ und hat die üblichen Probleme einer Gedenkstätte für die Verfolgungsperioden vor und nach 1945. Der Träger ist weiterhin der Förderverein DIZ Torgau. Der Punkt, auf den ich heute hier noch einmal ausdrücklich zu sprechen kommen möchte, ist eine bestimmte Betroffenengruppe, die eigentlich aus allen Diskussionen bisher immer wieder herausgefallen ist. Das sind die Jugendlichen aus dem ehemaligen geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau. Wir haben heute hier – das können Sie draußen im Foyer sehen – die Ausstellung „Auf Biegen und Brechen“ mitgebracht, die einen ganz kurzen Überblick darüber vermittelt, was der geschlossene Jugendwerkhof in Torgau gewesen ist. Das Problem, auf das ich heute noch einmal aufmerksam machen möchte, ist folgendes: Wir haben es bei diesen ehemaligen Insassen des geschlossenen Jugendwerkhofs mit der eigentlich jüngsten Betroffenengruppe zu tun, die merkwürdigerweise am wenigsten mit behördlichem Verständnis rechnen kann. Das zeigt sich in einigen Entscheidungen von Reha-Behörden, die, obwohl es ein entsprechendes Urteil gibt, die Jugendlichen als nicht rehabilitierungsfähig nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz betrachten. Diese Frage muß unbedingt noch einmal auf den Tisch! Es geht einfach nicht, daß dieses Problem den einzelnen Jugendlichen, die dazu Rechtsbeistand in höchst unterschiedlicher Qualität erfahren, überlassen wird. Ich denke, da wäre eine Institution wie die Enquete-Kommission durchaus gefordert. Was wir als eine Gedenkstätte, als Doku-

mentations- und Informationszentrum dazu anbieten können, ist natürlich der Hinweis, daß solche Institutionen wie wir z. B. in der Lage sind, Gutachten zu erstellen für solche Fälle. Die wiederum müssen aber von den Gerichten überhaupt zugelassen werden. Das wäre so eine Forderung, die ich in den Raum stellen möchte, daß der Sachverstand der einzelnen Dokumentations- und Informationszentren, der Gedenkstätten und der Aufarbeitungsinitiativen auch für die Rehabilitierungsverfahren wirklich genutzt wird. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Als nächste Frau Hildegard Wetzel vom Forum für Aufklärung und Erneuerung in Halle.

Hildegard Wetzel: Das Forum arbeitet nicht nur in Halle, sondern überregional. Kurze Reflexion zu dem bisher Gesagten: Daß die Gruppen und Verbände eine historisch wichtige Arbeit leisten, halte ich nicht für eine These, sondern schlicht für eine Tatsache. Das andere, was für mich wichtig ist, ist die Tribunalidee, die das Forum verfolgt. Es sollte sich auf die Aufarbeitung nicht nur der DDR-Ideologie, sondern auch des Faschismus und anderer Ideologien in anderen Ländern beziehen. Es sollte eine grundsätzliche Aufarbeitung von Verhaltensweisen unter verschiedenen Bedingungen sein, und wir halten es für wichtig, dafür Unterstützung zu bekommen. Das weitere im Forum ist die Arbeit über Wirtschaftskriminalität, die faktische Unterstützung braucht, und da bitten wir auch um einen Ansprechpartner in der Enquete-Kommission, daß Herr Dobrinsky, der sich damit beschäftigt, dort jemanden hat, den er um bestimmte Dinge bitten kann. Zu meiner Arbeit: Ich leite die Arbeitsgruppe Pädagogik der DDR, also Aufarbeitung der Ideologie in den Schulen. Das Motto hat sich nach der zweiten Konferenz, die wir durchgeführt haben, in „Gesamtdeutscher Bildungsdialog“ gewandelt, weil wir merkten, daß die Vereinigungsproblematik auch in den Schulen wichtig ist. Der Weg in eine Zukunft wurde dort eingefordert von den Leuten, die kamen. Es kamen aber nicht viele. Die Frage nach der Popularität unserer Ideen und unserer Aufarbeitungsbeschäftigung dokumentiert sich nicht durch die hier Anwesenden, sondern durch die Leute, die in die öffentlichen Veranstaltungen gehen. Und das sind relativ wenige. Das heißt, in der Öffentlichkeit haben wir eigentlich keine Lobby. Das erscheint mir ganz wichtig zu sagen, denn es ist mir mehrfach passiert, daß Journalisten mich gerade bei Erneuerungsgesprächen als Dissidentin bezeichneten und mir sagten: „Sie wissen überhaupt nicht, wie schwarz wir sind.“ Die Frage nach Zukunft ist hier ungeheuer wichtig. Ich möchte das anmahnen, weil wir nicht die Jugendlichen für das Leistungssystem, in dem wir uns befinden, erziehen sollten, sondern für einen Gedanken darüber hinaus. Ich bitte deshalb auch um Unterstützung ideeller Art. Das andere ist: Was machen wir mit dem Material, das wir erstellt haben? Es liegen bei mir zuhause sehr viele Kassetten mit den Aufnahmen dieser Konferenzen. Ich kann sie nicht umsetzen, weil meine Kraft dazu nicht ausreicht. Auch die anderen Gruppenmitglieder arbeiten intern irgendwo anders. Wir haben das Geld nicht, um das vielleicht abschreiben zu lassen, oder es sitzen irgendwo Leute, die das tun könnten und wir wissen es nicht. Darüber ein Gespräch zu führen wäre vielleicht auch interessant. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt habe ich nur noch eine Wortmeldung vorliegen – ich höre gerade eine zweite ist dazugekommen. Das ist Karl Bohley.

Karl Bohley: Mein Adressat ist die Enquete-Kommission. Ich habe eine Bitte, die in eine Forderung ausarten kann. Ich möchte, daß alle die Akteneinsicht bekommen, die Materialien, die Band F (phon) von der Gauck-Behörde erstellt haben, kostenfrei zur Verfügung bekommen. Ich habe mittlerweile einen Kostensatz von ca. 200 DM, wenn man sich das alles kauft.

Zu Herrn Poppe habe ich eine Anmerkung, die mir sehr wichtig erscheint. Wir dürfen und sollten nicht nach irgendwelchen Haushaltstiteln fragen, sondern sollten nach dem Grad der Selbstausbeutung fragen. Wie soll sich die Zukunft gestalten, wenn die Leute sich selbst aufreiben, die an der eigenen Geschichte arbeiten?

Zu Dr. Elm habe ich zu bemerken, daß von den zitierten 2 Millionen gewesenen SED-Mitgliedern heute wahrscheinlich 98 % vergessen haben, daß sie einen Schutz und Schild hatten. Ich möchte daran erinnern, daß die Leute doch bitte heute hier in dieser Demokratie ankommen und sich nicht dahinter verstecken, daß sie irgendwann mal andere Ideen hatten, sondern es ist eine riesenhafte Aufgabe, auch an die Enquete-Kommission gerichtet, um Gottes Willen demokratische Strukturen erstmal in den eigenen Verbänden und Parteien zu schaffen, keine Kungelei. Alles, was geheim passiert ist, ist undemokratisch aus meiner Sicht, auch alles, was unter den Tischen passiert. Ich denke auch an eine Schlichtungskommission wie bei meinen Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen, das ist für mich sowas von Kungelei, daß ich denke, wir müßten wirklich das Wort Demokratie langsam mal ernstnehmen, wenn wir zu einem Ausgleich kommen wollen, wenn es gelingen soll, daß zwei Komma und wieviel Millionen gewesene SED-Mitglieder sich endlich daran erinnern, daß sie wegen dieses Schutzes und Schildes mit ihrer langjährigen Kandidatur in diese Kannibalenpartei mit den zwei abgehackten Händen reingegangen sind.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Jetzt noch Reinhard Dobrinsky aus Berlin, Forum zur Aufklärung und Erneuerung.

Reinhard Dobrinsky: Verehrte Damen und Herren, für mich war auch diese Bemerkung bezüglich der 2,3 Millionen SED-Mitglieder Anlaß zu dieser Wortmeldung. Wo sind sie? Sie sind allgegenwärtig, sie firmieren unter PDS, soweit sie – wie sagt man – eine neue Partei als ihre Heimat offen zu erkennen geben. Auf der anderen Seite sind sie aber in einer Situation, die sich wesentlich unterscheidet von den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Dazu gehört auch das Forum zur Aufklärung und Erneuerung, dem ich angehöre, das den Tribunalgedanken verfolgt, bis zur Stunde aufrechterhält, aber auch von der Gefahr des Finanziellen ausgeblutet zu werden, massiv bedroht ist. Sie, verehrte Damen und Herren der Enquete-Kommission, hatten in ihrer ursprünglichen Arbeit, nämlich in der ersten Phase, sich selbst die Aufgabe auf-

erlegt, die Milliarden der SED und der Blockparteien auch den Aufarbeitungsinitiativen zugänglich zu machen. Wenn Sie in Ihre eigenen Protokolle schauen – und darum würde ich heute nachdrücklich bitten –, werden Sie sehen, daß genau dieses nicht passiert ist. Das Geld ist in die Treuhandanstalt bzw. die Nachfolgereinrichtung BVS marschiert und eine Verwaltungsvereinbarung – Sie alle wissen davon, keine der Parteien, die hier am Tisch sind, die PDS ausgenommen, hat im Schriftwechsel mit uns erklärt, wie sehr diese Verwaltungsvereinbarung daran hindert, Geld an die Opferverbände und an die Aufarbeitungsinitiativen weiterzureichen. Ich glaube, es ist auch keine Antwort auf die Stiftung zu erwarten, denn wir alle wissen, daß ein solcher Gesetzgebungsakt Jahre dauern wird. Aber die Finanznot ist jetzt da!

Um auf die 2,3 Millionen zurückzukommen: Das Finanzmonopol für diese Verbände, die sich mit der DDR-Vergangenheit beschäftigen, liegt bei der SED/PDS. Es ist dort eine ungebrochene Medienherrschaft. Das „Neue Deutschland“ – damit meine ich die Zeitung – gehört natürlich der PDS. Die elektronischen Medien vom Mitteldeutschen Rundfunk und vom ORB sind nach wie vor ganz entscheidend in der Hand derer, die auch bis 1989 Medienpolitik gemacht haben. Und wenn immer wieder gefragt wird nach dem Interesse der Medien an der Aufarbeitung, wenn dieses Interesse nicht vorhanden ist, dann deswegen, weil diese Leute ihre eigene Vergangenheit nicht vorgehalten bekommen wollen von Menschen, die plötzlich die Welt anders sehen. Meine Bitte ist, die 3 Milliarden zugänglich zu machen, bevor eine Stiftungsgründung gesetzlich verabschiedet werden sollte, die ja immer wieder mit drei Fragezeichen versehen wird. Außerdem ist festzustellen, ob die BVS eine Projektförderung betreibt und damit Finanztöpfe verfügbar macht für Aufarbeitung, die aus ganz anderer Richtung getragen sind. Danke schön.

Abdruck der Diskussionsbeiträge der öffentlichen Diskussion während der Sitzungsunterbrechung von 16.00 – 16.28 Uhr:

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Mir liegen bisher drei Wortmeldungen aus dem Saal vor. Ich denke, es ist sehr wichtig, daß wir miteinander ins Gespräch kommen, um uns über die Vielfalt der angesprochenen Themen hier noch vertiefend austauschen zu können. Der Aufarbeitungsprozeß – wie soll er aussehen? Welche Zeiträume soll er umfassen? Die Frage der Stiftungsgründung wurde mehrfach genannt. Aber das sollten letztlich die Wortbeiträge selbst bestimmen. Als erstes rufe ich Hildegard Wetzel auf.

Hildegard Wetzel: Ich hatte heute früh wenig Zeit, und es ist mir eigentlich ein ganz großes Anliegen, auf die Belange der Jugend hinzuweisen, die tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes keine Zukunft sieht und deshalb extrem reagiert. Ich glaube, es ist sehr nötig, daß wir gerade der heranwachsenden Jugend und auch den Jugendlichen, die aus dem Schulbereich heraus sind, eine gesellschaftliche Orientierung anbieten und vor allen Dingen uns überlegen, was bieten wir als Zielsetzung für das Leben dieser Jugendlichen an. Ich weiß nicht, ob das interessant ist. Es ist einfach so, wenn ich Hartmut von Hentig höre, der sagt, Jugend sollte für das Leben erzogen werden und ich se-

he, was in der Schule geschieht, dann ist da ein sehr großes Defizit. Das ist es, was ich heute früh eigentlich auch sagte, man sollte nicht für die Leistungsgesellschaft erziehen, sondern man sollte für die Dinge erziehen, die vielleicht über die Marktwirtschaft oder über die jetzige Situation, um mit niemandem anzuecken, über diese gegenwärtig brisante Situation hinausführen. Die sollte man versuchen durchzusetzen, und ich sagte auch, ich bin mehrfach von der Presse als Dissidentin bezeichnet worden für diese Art zu diskutieren. Da setzt mein Problem ein mit dem Angriff auf Herrn Stauss wegen des Verfassungsschutzes. Ich möchte nochmal deutlich machen: Auch ich sehe es mit sehr viel Mißtrauen – können Sie bitte das mal den beiden Herren, die es besonders interessiert und die vielleicht auch besonders ... Sie hatten sich gegen Herrn Stauss geäußert, weil er angeblich einen Angriff auf das Verfassungsschutzgesetz, auf den Lauschangriff, von sich gegeben hat. Ich möchte das einfach insofern relativieren: Ich kenne die Situation aus der DDR, Angst zu haben, daß eines Abends zwei Herren vor der Tür stehen, die bestimmte Fragen haben. Und aus dem Kontext heraus, den ich eben erzählte, habe ich das Gefühl, daß es mir wieder passieren könnte, daß es einfach mißverstanden wird, denn wie man selbst verstanden wird, wenn man etwas aussagt, das haben wir in der DDR erlebt. Eine solche Regelung kann immer gedehnt und legitimiert werden. Wer kontrolliert das letztendlich so, daß es klar ist? Wichtig ist für mich noch zu sagen, wir brauchen dringend die Aufarbeitung auch des Westens, weil wir in dem gesamtdeutschen Bildungsdialog merken, daß der Westen sich als Maßstab für die Dinge der DDR sieht, und dem kann ich nicht zustimmen. Es gibt auch dort eine bestimmte Prägung von Verhaltensweisen, die ist sicher anders als unsere sind, aber man muß darüber reden. Wenn wir gemeinsam weiterwollen, müssen wir uns über unsere gegenseitigen Verhaltensweisen und Prägungen schon unterhalten. Ich möchte dazu ein Beispiel sagen, das vielleicht deutlich macht, wo meine Sorge liegt. In einem Zug zwischen Prag und Berlin fuhren drei behinderte Leute, die auf Plätzen eines Kegelclubs gelandet waren – durch ihre Behinderung bedingt nehme ich an –, und diese Leute wehrten sich gegen das Besetzen ihrer Plätze in dem vollbesetzten Zug. Sehr gewalttätig, auch handgreiflich, hat man eine Gehhilfe gegen eine der Behinderten gedrückt, um ihr deutlich zu machen, daß sie auf diesem Platz lästig ist und das Ganze gipfelte in den Aussagen, man müßte sowas erschießen oder man müßte das Fenster öffnen und sie rauswerfen. Der Hintergrund dieser Geschichte ist: Die drei Behinderten sind Juden. Einer der drei war Insasse des KZ's Bergen-Belsen, der stark alkoholisierte Kegelclub stammt aus dieser Region, und die Aussage aus der Region zu diesen Dingen ist, daß man sagt wir sind jetzt schon die dritte Generation nach dem KZ Bergen-Belsen, wir wollen doch endlich mal unsere Ruhe haben mit diesen Problemen, wir sind sensibilisiert, weil die Behinderten sich immer aggressiv verhalten. Diese Behinderten sind 1944 aus dem Land gegangen, unter knapper Not mit dem Leben davongekommen, nach 50 Jahren zurückgekommen, um die Judengedenkstätten hier zu sehen, und erleben nach ca. 50 Jahren das gleiche Bild, das sie damals aus dem Land getrieben hat. Ich denke das ist kein Einzelfall. Es mag vielleicht in der Schärfe ein Einzelfall sein, aber ich sehe, daß andere solche Vorfälle auch

auftreten, und das sollte ein Thema sein. Wir müssen unserer Jugend sagen, wo das Leben hingeht. Wenn wir uns weiter drücken vor der Verantwortung, ihnen zu zeigen, was wichtig ist in diesem Leben, dann wird es weitergehen in dieser Weise. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank für diese bedrückende Geschichte, aber auch das engagierte Statement. Als nächster hatte sich Herr Hussock von HELP gemeldet.

Peter Alexander Hussock: Meine Damen und Herren, ehe wir weiter über die Opfer reden, möchte ich Ihnen doch mal kurz darlegen, wie trostlos die Lage der Opfer überhaupt ist im vereinten Deutschland. HELP hat über 10.000 Beratungs- und Betreuungsgespräche geführt. Wir wissen also, wovon wir reden. Ich mache es ganz schnell hintereinander in Form eines Fragenkatalogs. Angemessene Haftentschädigung: nein; Vererbbarkeit der Haftentschädigung: nein; materielle Entschädigung für den jahrelangen Verlust des Einkommens in der Haft: nein; Anerkennung von Gesundheitsschäden: kaum; nur 1 DM materielle oder immaterielle Entschädigung für Jahre des Arbeitseinstellungsboykotts ohne Zahlung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe: nein; wenigstens die jämmerlichen 150 DM Ausgleichsleistung nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz: nein; nur wenn man auf das Niveau eines Sozialhilfeempfängers herabgesunken ist, kann man diese 150 DM bekommen, aber nur für den Fall, daß man nicht mehr vermittelbar ist auf dem Arbeitsmarkt. Bei den von roten Seilschaften durchsetzten Arbeitsämtern ist natürlich jeder vermittelbar, also bekommt so gut wie keiner diese 150 DM. Ein gesetzlich verankertes Recht wenigstens auf eine ABM-Stelle: nein; die Möglichkeit rechtsbeugende Arbeitsgerichtsurteile des SED-Regimes rehabilitieren zu lassen: nein; damit ist der Widerständler, der Oppositionelle, unter die Exkriminellen der DDR gestellt, die im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ihre Urteile rehabilitieren und teilweise rehabilitieren lassen dürfen. Die Möglichkeit, auf dem Klageweg solches Unrecht bereinigen zu lassen: im Grunde nein; denn niemand kannte die Vier-Wochen-Notfrist, die zwischen dem 3. Oktober und dem 3. November 1990 herrschte. Es lag der Einigungsvertrag noch nicht mal gedruckt vor. Weder die Rechtsanwälte der alten Bundesländer noch die der neuen kannten diese Vier-Wochen-Frist. Damit hat man Hunderttausende – wenn nicht Millionen – Bürger ausgegrenzt vom Klageweg. Die Möglichkeit auf Schadensersatz gegen die Täter zu klagen: wir betreuen einen Journalisten, der sieben Jahre in Haft war, der jetzt erst 1993 den IM aus den Akten erfahren hat, trotzdem hat das Kammergericht Berlin die Klage abgeschmettert, es ging nur um 10.000 DM. Der Mann hat jetzt schon 14.000 DM Kosten zu zahlen, der muß dem Täter den Hotelaufenthalt, die Reise von Stuttgart bezahlen – das ist der Filmemacher Roschak, der ihm damals und zehn anderen zu insgesamt 100 Jahren Gefängnis verholfen hat – also auch diese Möglichkeit nicht. Der Fall Göllner, das ist nur ein Gefälligkeitsurteil von Juristen, abgerungen von einem Juristen. Anders kann man das Urteil, das ein Jurist in fünf Jahren mühseligen Kampfes erreicht hat, nicht bewerten. Die Genugtuung durch juristische Verurteilung der Täter: nein. Es stehen 52 rechtskräftige Urteile gegen-

über bis jetzt 260.000 Opfern, die teilweise schon rehabilitiert sind oder auf dem Wege der Rehabilitierung sind. Unter diesen 52 rechtskräftigen Urteilen kein Stasi-General, kein VP, kein NVA-General, kein ZK-Mitglied, kein Volkskammermitglied, von den Ministern nur Mielke. Zum Vergleich: Norwegen – auch ein Rechtsstaat – hat in dem selben Zeitraum 48.000 rechtskräftige Urteile gesprochen. Neues Unrecht: ja. Den Opfern wurde im 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz versprochen, ihr im Zusammenhang mit der Inhaftierung abhanden gekommenes Vermögen – Uhren, Gold, Autos, Häuser – wird ihnen zurückgegeben. Sie müssen den Erlösnachweis bringen. Sie müssen heute nach 30 Jahren erforschen, was die Stasi eventuell mit der Uhr oder mit dem Auto gemacht hat. Das können sie natürlich nicht, und da sie den Erlösnachweis nicht bringen, bekommen sie auch nicht nach dem Entschädigungsausgleichsgesetz wenigstens diese magere Entschädigung. Damit sind sie unter den Neffen gestellt, dessen Onkel 1933 Deutschland verlassen hat oder 1953 in die Bundesrepublik ging, der kriegt entweder das Haus zurück oder – wenn das nicht erfolgen kann – wenigstens die Entschädigung nach diesem Entschädigungsausgleichsgesetz. Zu diesem gesetzlich fixierten Unrecht kommt noch das ungesetzliche. Vermögensämter begünstigen durchweg die Mitläufer und Täter bis hin zu Fälschungen.

(Beifall)

Es werden zunehmend Rehabilitierungen abgelehnt. Ein Mann, der den Mut hatte, 1981 in Magdeburg auf die Scheinwahlen hinzuweisen, der also den Wahlzettel zur Versteigerung angeboten hat, dem schreibt der Regierungspräsident von Köln: „Der Oberkreisdirektor hatte Ihnen bereits erläutert, den Bewohnern der vormaligen DDR muß zugemutet werden, sich an das System dieses Staates bis zu einem gewissen Grad anzupassen. Diese Anpassung verlangt die Rechtsprechung, wenn auch in eingeschränktem Maße, ebenfalls auf dem Gebiet der Meinungsbildung und -äußerung, d. h. abweichende Meinungsäußerungen sind dann im Sinne des Gesetzes zu vertreten, soweit sie nicht in unnötiger aufreizender oder leichtsinniger Weise gemacht worden sind. Der Häftling muß also Übertreibungen in diesem Bereich in jedem Falle vertreten. Eine solche Übertreibung der Meinungsäußerung ist stets dann anzunehmen, wenn zwischen Mittel und Ziel des Verhaltens ein offenbares Mißverhältnis besteht.“ Der Mann ist nicht rehabilitiert, saß zweimal in Haft. Ein von uns betreuter Fregattenkapitän, der voriges Jahr den Jugoslawien-Einsatz entscheidend vorbereitet hat, hat nicht die Rehabilitierung seines Vaters bekommen, der sieben Jahre in Bautzen war, mit der Begründung: Wir finden kein Urteil und laut Einigungsvertrag sind wir leider gezwungen, im Zweifelsfalle für die SED-Diktatur zu entscheiden, also für die Gesetzgebung des SED-Staates. Die Täter, das Politbüro, dort wird das mildere Gesetz der Bundesrepublik herangezogen. Wo eigentlich Gefängnisstrafe angezeigt wäre, bekommen sie Bewährung, weil man laut Einigungsvertrag das mildere Gesetz anwenden muß. Warum nicht bei der Rehabilitierung bei den Opfern? Die Opfer hatten keine Chance, je eine Rechtsschutzversicherung zu bekommen. Sie sind zu 100 % abgeschmettert von den Rechtsschutzversicherungen immer mit der

Begründung, das lag alles vor der Vereinigung. Die können heute die Rechtsanwaltsgebühren nicht mehr bezahlen. Nicht etwa, weil die Leistungsgebühren so hoch wären, nein, weil die Streitwertgebühren vier-, fünfmal höher sind als die Arbeitsleistungsgebühren. Kein Berufsstand der Welt verdient sein Geld für das, was er nicht tut, nur für irgendeinen Streitwert. Also Sie sehen, die Opfer sind auf der Verliererstrecke. Jetzt möchte ich mal ein Zitat bringen, was ich vorhin gerade gefunden habe: „Lieber wieder satte Nazischweine", schilderte ein US-Berichterstatter die Volksmeinung des Jahres 1947/48 „als hungernde und frierende Demokraten." Ich möchte heute fast sagen, die Regierungsmeinung scheint mir zu sein: „Lieber wieder zufriedende Ex-SED-Bonzen und Ex-SED-Mitläufer als eine Fülle von Zivilklagen vor den deutschen Gerichten und eine Fülle von PDS-Beschwerden über die Bundesrepublik im Ausland." Das beziehe ich auf den jetzt geplanten Wegfall der Rentenkappung. Uns steht der Wegfall der Rentenkappung für 75 % der SED-Täter bevor. Da sind ein paar Leute dabei, die in einer Einzelfallprüfung durchaus vielleicht zu den Unschuldigen gehören, aber 75 % sind SED-Täter, d. h. demnächst bekommt der SED-Kreissekretär irgendeines Nestes in Thüringen mehr Rente als die Frau oder der Mann aus der alten Bundesrepublik, die 40 Jahre redlich gearbeitet haben. Das sind bis zu 2.600 DM. Die Rente für die Bundesbürger liegt auch nur bei 2.200 DM. Es gibt auch 7 Mio. Altbundesbürger mit 700 DM Rente. Das heißt, es ist ein Unding; 400 Mio. DM stellt der Staat dafür bereit. Das sind in 10 Jahren 4 Mrd., aber eine einzige Milliarde noch zur Novellierung der zwei Gesetze sind angeblich nicht vorhanden. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank für diesen vehement vorgetragenen Beitrag. Man sieht daran die Schwierigkeit dieses historischen Prozesses, ihn allein juristisch aufarbeiten zu wollen. Aber genau das ist ja die Absicht der Enquete-Kommission, hier auch andere Formen der Aufarbeitung zu versuchen, und so sollten wir auch weiter in unserem Dialog verfahren. Es hatte sich noch Herr Simon gemeldet.

Herr Simon: Ich möchte auf einen Zustand hinweisen, der mir als sehr unbefriedigend erscheint. Er ist schon vielfach durch die Presse gegangen. Es gibt zur Zeit noch ca. 700 freie Rechtsanwälte in der Bundesrepublik, die früher Stasi-Offiziere waren, höhere Stasi-Offiziere vom Oberstleutnant an aufwärts. Darum haben sich verschiedene Institutionen gekümmert; man hat versucht Einzelfallprüfungen anzustellen. Von diesen 700 Anwälten ist bisher etwa zehn – vielleicht ist die Zahl nicht ganz aktuell – die Lizenz entzogen worden aufgrund von Dingen, die sie vor der Wende getan haben, die man ihnen nachweisen konnte. Man hat auch versucht, eine allgemeine Gauck-Überprüfung einzurichten. Dagegen hat sich aber der Anwaltsverband gewandt, weil aus Gründen der Gleichbehandlung dann wohl alle Mitglieder des Anwaltsverbandes hätten überprüft werden müssen. Ausgangspunkt ist, glaube ich – Herr Schäuble möge es mir verzeihen – eine Naivität im Einigungsvertrag. Die Qualifikation für ihren jetzigen Beruf haben sich diese Stasi-Offiziere an der Stasi-Hochschule in Potsdam erworben. Der Knackpunkt ist, daß im Zuge des Einigungsvertrages dieses Jura-Diplom anerkannt wurde. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Simon. Als nächste Wortmeldung liegt die von Wolfgang Kusior vor. Bitte schön.

Wolfgang Kusior: Ich möchte nochmal auf das, was heute vormittag vor allen Dingen zur Sprache gekommen ist, zurückgekommen. Es ist sehr viel über die Frage diskutiert worden, was sind eigentlich die Kosten, die entstehen durch die Verbände, durch die Aufarbeitungsinitiativen? Ich würde diese Frage ganz gerne einmal umdrehen, weil aus meiner Sicht viel zu wenig in dieser Debatte die Frage gestellt wurde: Was ist eigentlich der Nutzen, den diese Aufarbeitungsinitiativen und diese Verbände für uns bringen? Wir stehen hier in den neuen Ländern vor einem ganz großen Problem – auch heute noch. Wir sind in einem Prozeß der Demokratisierung einer an sich undemokratisch strukturierten Gesellschaft – ich behaupte, auch heute noch undemokratisch strukturiert an vielen Punkten. Wir haben auf der einen Seite das große Bemühen, sowohl von Verbänden und Parteien als auch von Institutionen, diese Gesellschaft demokratisch zu strukturieren, und haben auf der anderen Seite relativ starke Widerstände aus den Reihen der Gesellschaft. Genau an diesem Punkt spielen diese Verbände und Aufarbeitungsinitiativen eine ganz wichtige Rolle. Indem sie nämlich selbst einerseits durch eine sehr lange Tradition von Demokratie, die über 1989 hinausreicht, geprägt sind, und sie auf der anderen Seite eine sehr aktive Arbeit direkt an den Punkten in der Gesellschaft, wo diese dringend einer Demokratisierung bedarf, leisten. Durch diese Arbeit leisten sie einen ganz wesentlichen Beitrag im Demokratisierungsprozeß, der sich ganz schlecht aufrechnen läßt in finanziellen Dimensionen. Für die finanziellen Dimensionen möchte ich auf eine andere Sache hinweisen. Wir haben auf der einen Seite beträchtliche Mittel freigesetzt, die die Aufarbeitung der informellen Sammelwut in der DDR finanzieren. Es sind beträchtliche Mittel freigesetzt worden, diesen materiellen Überanspruch der ehemaligen DDR aufzuarbeiten, über die Treuhandanstalt und die entsprechenden Folgeverträge. Und in diesem Zusammenhang halte ich es für absolut notwendig, daß auch Mittel aufgebracht werden, und natürlich gibt es die Möglichkeit, das aus dem Parteienvermögen der DDR zu machen, die den entsprechenden Beitrag leisten auf der ganz persönlichen Ebene, wo es darum geht, Opfer zu betreuen, wo es darum geht, ganz konkret die Geschichten aufzuarbeiten. Aufarbeitung heißt ja nicht nur die Aufarbeitung von gesellschaftlichen Strukturen, sondern heißt auch zunehmend die Aufarbeitung von Biographien, um nämlich genau diesen konterkarierenden Aufarbeitungsansatz, der passiert, indem die DDR-Identität gepflegt wird in einer Art und Weise, die die undemokratischen Restbestände weiter befestigt, indem da über Zeitzeugen deutlich gemacht wird, daß es auch noch andere DDR-Identität gegeben hat, zu verhindern. Und das halte ich unbedingt für finanzierungsbedürftig.

(Beifall)

Zum anderen möchte ich auf etwas hinweisen, was Herr Passauer schon angesprochen hat. Ich glaube, daß wir uns hier in einem Prozeß von Institutionalisierung befinden. Diese Verbände und Aufarbeitungsinitiativen haben 1989

und 1990 zu einem Zeitpunkt, an dem es an Institutionen einfach gemangelt hat in der ehemaligen DDR, Aufgaben erfüllt, die für einen normalen Rechtsstaat in Mitteleuropa staatliche Aufgaben sind. Ob das im Feld der historischen Forschung ist, was in den Universitäten normalerweise angelegt ist, oder auch, ob das im Feld der politischen Bildung ist. Da ist einfach mal zu einem Zeitpunkt dringend notwendige Arbeit gemacht worden, als es noch keine Institutionen gegeben hat. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo ein natürlicher Prozeß der Professionalisierung auf der einen Seite – das haben wir bei diesen Aufarbeitungsinitiativen deutlich gesehen – stattfindet und wo zum anderen natürlich auch ein Prozeß der Konzentrierung der Aufgaben stattfindet. Und aus diesem Grunde halte ich es für dringend notwendig, daß dieser Prozeß der Institutionalisierung entsprechend finanziell gefördert wird. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Recht vielen Dank. Mir liegt im Augenblick nur noch eine Wortmeldung vor. Wenn es noch weitere gibt, dann sollten sie jetzt geschehen. Ich rufe jetzt Harald Wernowsky vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt auf.

Harald Wernowsky: Ich will jetzt versuchen, den Jugendlichen in der Bildungsarbeit nahezubringen, daß es eben einfacher ist und lohnenswerter, eine Demokratie zu erhalten als eine Diktatur zu beseitigen. Denn wir haben diese Erfahrung einmal gemacht. Nun sehen wir, daß die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland auseinandergeht, und wir müssen uns davor hüten, daß die Demokratie zum Deckmantel für die Privilegien der Kapitaleigner wird, denn sonst sind wir nicht mehr glaubwürdig.

Zu dem Punkt MfS und Verfassungsschutz. Ich will aus eigener Erfahrung dazu sagen, und man kann immer nur über die eigene Erfahrung sprechen, ich hatte vor dem MfS damals keine Angst; seitdem ich die Akten kenne, hätte ich sie eigentlich haben müssen. Ich habe aber auch keine Angst vor dem Verfassungsschutz. Das ist vielleicht auch eine ganz persönliche Erfahrung, aber als man uns 1990 gesagt hat, ihr seid in das Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes geraten, da haben wir gesagt: „Was soll's?“ Die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur, darum möchte ich vielleicht noch bitten, daß das mit bedacht wird, kann ja nicht mit dem 3. Oktober 1990 zu Ende gewesen sein. Denn mit den Folgen haben wir ja heute immer noch zu kämpfen. Ich will nur sagen, daß es ja weiter gewirkt hat, z. B. aus Magdeburg fuhr der stellvertretende Abteilungsleiter Inneres beim Rat des Bezirkes, Herr Renger, 1990 im Frühjahr nach Frankfurt und traf dort durch Zufall auf einen Herrn Matschke, Leiter eines Sicherheitsbüros, und der kam dann nach Magdeburg – Herr Matschke war übrigens Informant des niedersächsischen Verfassungsschutzes und der Frankfurter Polizei – und wurde dort zum ersten Beamten des Landes bestellt. Er bekam einen Zugang zum Gauck-Archiv und hat dann dort gewirkt. Ich hatte das heute vormittag schon einmal angesprochen, das Ganze führte dann zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, dessen Akten dem Magdeburger Landtag ja vorliegen, und letztendlich schon im Vorfeld zum

Rückzug des Herrn Matschke. Das sind die Geschichten, die eben weitergewirkt haben.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Mittlerweile ist eine weitere Wortmeldung hier vorn eingegangen. Frau Drews, wenn ich das richtig lese.

Frau Drews: Mir ist eingefallen, sollte es finanzielle Schwierigkeiten geben bei der Entschädigung der Opfer, könnte man doch, wenn ein Tribunal in Gang kommt, die Täter nicht zu Bewährungsstrafen, sondern zu Geldstrafen verurteilen, die dann der Aufarbeitung dieser Arbeit zugute kommen könnten.

(Beifall)

Das, denke ich, ist realisierbar. Wir bekommen auch ständig Geldstrafen aufgebrummt, weil wir uns für die Einhaltung unseres Grundgesetzes einsetzen, da wo im Augenblick das Grundgesetz tatsächlich durchbrochen wird. Ich möchte an den Artikel 16 a, die Asylpolitik, die jetzt läuft, erinnern. Und in diesem Zusammenhang stehen wir selbstverständlich wieder im Blickfeld des Verfassungsschutzes, und ich empfinde das nicht weniger gefährlich als zu DDR-Zeiten.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Zu diesem Thema hat sich auch noch Stefan Köhler gemeldet. Bitte schön.

Stefan Köhler: Ich hatte eigentlich nicht vor, das Wort hier zu ergreifen. Aber die Diskussion um Verfassungsschutz und MfS läßt mich eigentlich innerlich lächeln. Wer also MfS-Haft am eigenen Leibe gespürt hat und jahrzehntelange Repressalien danach, der weiß recht gut zu unterscheiden zwischen Verfassungsschutz und MfS. Und den Kollegen von der grünen Seite, die ich durchaus achte wegen ihres politischen Engagements für unsere Natur, für die Umwelt und ähnliches, möchte ich auf den Weg geben, wer diese Haftanstalten der Staatssicherheit von innen nicht kennengelernt hat, wer Bautzen, Cottbus und andere Einrichtungen nicht kennt, sollte den Verfassungsschutz – und überhaupt alle Rechtsorgane der Bundesrepublik – mit dem MfS überhaupt nicht in Vergleich bringen. Ich sage Ihnen aber mal einen ganz primitiven einfachen Satz, den ich schon in der Wende zum Vergleich gebracht habe: Der Unterschied zwischen Demokratie und DDR, zwischen Verfassungsschutz, Staatsschutz oder BND und dem MfS oder dem KGB ist der, daß Sie beim Verfassungsschutz beobachtet werden und daß man dann entscheidet, ob Sie sich verfassungskonform verhalten haben, und daß Sie beim MfS ohne Vorwarnung inhaftiert wurden und wenn Sie Pech hatten, nie wieder lebend rausgekommen sind.

(Beifall)